



Hochschule Neubrandenburg
University of Applied Sciences

Fachbereich: Landschaftswissenschaften und Geomatik

Studiengang: Naturschutz und Landnutzungsplanung

Der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld in Berlin - Kommunikation und Beteiligung in Planungsprozessen

Bachelorarbeit zur Erlangung des akademischen Grades Bachelor of Science

vorgelegt von:

Mareen Heppner

betreut durch:

Prof. Dr. Ute Baldermann Cornec
Hochschule Neubrandenburg

Prof. Dr. Peter Dehne
Hochschule Neubrandenburg

URN:

urn:nbn:de:gbv:519-thesis2015-0562-2

Neubrandenburg, der 08. Juli 2015

Zusammenfassung

Unter dem Titel: „Der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld in Berlin - Kommunikation und Beteiligung in Planungsprozessen“ soll im Rahmen dieser Bachelorarbeit untersucht werden WIE Kommunikation und Beteiligung im Beispiel des Volksentscheides zum Tempelhofer Feld in Berlin den Planungsprozess beeinflusst haben.

Kommunikation und Beteiligung sind bei der Planung von Vorhaben entscheidend. Mit der Beteiligung im Planungsprozess steigt und fällt die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung eines Projekts. *„Vor allem Infrastrukturprojekte aus den Bereichen Verkehr und Energie stoßen immer wieder in Teilen der Bevölkerung auf Ablehnung: Flughafenerweiterungen, der Ausbau von Autobahnen und Eisenbahnstrecken, die Fehmarnbelt-Querung, der Bau von Kohle- oder Gaskraftwerken, Strom-Überlandleitungen, CO₂-Endlager, das Pumpspeicherkraftwerk in Atdorf. Die Liste ließe sich fortsetzen. Stets artikulieren lokale Bürgerinitiativen ihren Unmut. Umweltverbände springen ihnen bei.“* (Brettschneider 2015: 282) So auch beim Tempelhofer Feld in Berlin. Die Initiative 100 % Tempelhofer Feld, die Trägerin des Volksbegehrens, das zum Volksentscheid geführt hat, ist gemeinsam mit dem Bund für Natur und Umweltschutz (BUND) gegen die Planungen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (SenStadtUm) und den Beteiligungsprozess dazu vorgegangen. Vor allem die geplante Bebauung am Rand des Feldes war einer der Hauptkonflikte. Nach der Schließung des ehemaligen Flughafens wurde das Tempelhofer Feld im Mai 2010 für die Öffentlichkeit freigegeben. Seit dem ist es mit rund 300 Hektar die größte Freifläche in Berlins City. Die Menschen nutzen die Freiheit auf der Fläche sehr vielseitig, zum Sport treiben, Kleingärtnern und vieles mehr. Gegen den Wohnungsmangel der Stadt Berlin möchte der Senat Teile des Feldes mit Wohnungen bebauen. Diese Nachnutzung des Tempelhofer Feldes trifft selten auf Zustimmung und führte zum Volksentscheid. Am 25. Mai 2014 wurde über zwei Gesetzesentwürfe, einen von der Initiative 100 % Tempelhofer Feld und einen Gegenentwurf des Abgeordnetenhauses, abgestimmt. Der Gesetzesentwurf zum Schutz des Tempelhofer Feldes der Initiative 100 % Tempelhofer Feld hat gewonnen. Somit ist am 14. Juni 2014 das Gesetz zum Erhalt des Tempelhofer Feldes (ThF-Gesetz) in Kraft getreten.

Ziel dieser Bachelorarbeit ist es, den positiven wie negativen Einfluss, den die Beteiligung von BürgerInnen und TrägerInnen öffentlicher Belange auf ein Projekt haben kann, aufzuzeigen. Ein positiver Einfluss von Beteiligung für das Projekt kann das Erreichen einer Akzeptanz der Planung bzw. des Projektes sein. Werden alle Beteiligten angesprochen und wurde eine Einigung erreicht hat sich die Beteiligung für alle und für das Projekt gelohnt. Ist das nicht der Fall, also wurde beispielsweise durch die Beteiligung das Scheitern eines Projektes erwirkt, dann ist das eine negative Einwirkung von Beteiligung für ein Vorhaben. Der Ursprung dieses vermeintlich negativen Einflusses einer Beteiligung für ein Projekt wird auf das Misslingen der Beteiligung zurückgeführt. Welche Gegebenheiten und Rahmenbedingungen zu einer schlechten Beteiligung führen und welche unterschiedlichen Faktoren ein Beteiligungsverfahren begünstigen, wird diskutiert.

Um Erklärungen und Gründe für das Geschehen um den Beteiligungsprozess zum Tempelhofer Feld darstellen zu können, wurden vier ExpertInneninterviews geführt. Dabei wurden die unterschiedlichen Standpunkte der Beteiligten deutlich. Die Sichtweisen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (SenStadtUm) und der Tempelhof Projekt GmbH stehen im Widerspruch zu den Ansichten der demokratischen Initiative 100% Tempelhofer Feld und dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Anhand eines Fragebogens, der als Leitfaden diente, wurden stellvertretend für die vier genannten Organisationen vier ExpertInnen befragt. Ihre Aussagen wurden transkribiert und im Hauptteil vergleichend ausgewertet.

Sie vertreten verschiedene Positionen zur Planung und zu der dazugehörigen Beteiligung. Konkret zum Volksentscheid zum Tempelhofer Feld in Berlin, äußerte sich Herr X. (SenStadtUm). Seiner Meinung nach, sei schwer einschätzbar, ob es wirklich um die Planung in der Abstimmung ging oder eher die Stimmung gegen die Politik entscheidend war. (vgl. Anhang II: 54) Er denkt, dass der Volksentscheid, von einer leicht lenkbaren und schwer zu beherrschenden Stimmung getragen wurde und somit der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld nicht unbedingt klug gewesen sei. Auch Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH) beschrieb die miese Stimmung gegenüber Politik und Verwaltung mit den BürgerInnenaussagen die SenStadtUm kriege keine Großprojekte in den Griff, Sie verschleudere Geld, baue Berlin weit immer mehr Luxuswohnungen und jetzt auch noch auf dem Tempelhofer Feld. *„Wir (BerlinerInnen) glauben Denen (Senat) nicht, die erzählen zwar*

die machen hier eine Randbebauung, aber eigentlich wollen die alles zu bauen. Die fangen jetzt mit dem Rand an und in zehn Jahren ist alles zu gebaut“, so gab Frau X. (Tempelhof Projekt) die Vorwürfe der BerlinerInnen wieder. (Anhang II: 66)

In dieser aufgeheizten Atmosphäre zu vermitteln und zu kommunizieren wurde laut Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH) nicht geschafft. Das Misstrauen der Bürger gegenüber dem Senat reichte nach Aussage von Frau X. bis zur Tempelhof Projekt GmbH selbst. Sie beschreibt es anhand einer ihrer Meinung nach oft vertretender BürgerInnenansicht: *„Die (Senat) machen, was die wollen - ich (BerlinerIn) glaub denen kein Wort - ja, wenn Sie (Tempelhof Projekt GmbH) das so sagen, Sie arbeiten in deren Auftrag (SenStadtUm), Sie müssen das so sagen.“* (Anhang II: 66)

Wem das ganze Dilemma bzw. der Konflikt um das Geschehen zum Tempelhofer nützt und wer die letzte Entscheidungsgewalt darüber hat, ist noch nicht abschließend geklärt und lässt sich nur vermuten.

Die drei folgenden Hypothesen wurden aufgestellt und werden überprüft.

1. Der Erfolg eines Verfahrens hängt von seiner Struktur und seinem Prozedere ab.
2. Die Struktur des Verfahrens schränkte Flexibilität und Kreativität für ein einfacheres Vorgehen ein.
3. Der Vorgehensweise fehlte es an Transparenz, Ergebnisoffenheit, Verfahrensklarheit, Neutralität, Fairness, einer ausgewogenen Repräsentation der betroffenen Interessen und Motivation der Teilnehmenden zur konstruktiven Problemlösung.

Mit Erfolg eines Verfahrens, wie in der ersten Hypothese formuliert, ist das Erreichen einer Akzeptanz aller Beteiligten an der Durchführung des Verfahrens und dem Ergebnis des Verfahrens gemeint. In der zweiten Hypothese wird die Einengung eines Verfahrens aufgrund der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, die zu und in einem Verfahren vorgegeben sind, beschrieben. Ein einfacheres Verfahren wäre vor allem auch ein offeneres Verfahren.

Eine grundsätzliche Erkenntnis, die von den befragten Akteuren genannt worden ist und die aus ihren Aussagen abgeleitet werden konnte, ist das Scheitern der Dreifachrolle des Senats als Entscheider, Planer und Moderator. Diese Dreifachrolle entsprach einer Machtbündelung, sodass eine Rhetorik von oben bzw. Seiten der Politik entstand. DienstleisterInnen, wie der Tempelhof Projekt GmbH hätte mehr Freiheit im eigenen Handeln gegeben werden können. Sie standen zu sehr unter den Vorgaben der SenStadtUm. Um in Zukunft die BürgerInnen offensiver und aktiver zu beteiligen, müssen die Menschen Ernst genommen und ihnen zugehört werden. Des Weiteren wurde erkannt, dass auch das OB und nicht nur das WIE hätte diskutiert werden müssen. Mit einer Kompromissbereitschaft wäre der Prozess offener gewesen. Damit sind die Vermutungen der Hypothesen weitgehend bestätigt wurden. Die eingeeengte Struktur des Verfahrens durch das von vornherein bestehende politische Ziel, einer Bebauung auf dem Tempelhofer Feld, führte letztlich zum Misserfolg des Beteiligungsverfahrens während der Planung. Eine Akzeptanz für das Projekt konnte nicht erreicht werden, sodass die Umsetzung des Vorhabens scheiterte. Um zukünftig eine Akzeptanz zu Erreichen wurde erkannt, dass es einen transparenteren und vor allem offeneren Planungsprozess braucht. Unabdingbar sei auch ein anderes Miteinander und andere Beteiligungsformate, in denen Themen nicht nebeneinander, sondern nacheinander diskutiert werden. Schließlich fehle es auch an verfassungsrechtlichen Randbedingungen. Diese könnten in Anlehnung, der in Hamburg bestehenden, geschaffen werden.

Abstract

This Bachelor Thesis titled *Der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld in Berlin - Kommunikation und Beteiligung in Planungsprozessen* explains the participation and communication during the planning process to the Tempelhofer Feld in Berlin.

Experts involved in the planning process were interviewed to gain insider information. These were used to compare the different opinions. The perceptions of four of the major players will be presented. Representative for these four organizations, the Senate Department for Urban Development and the Environment, the BUND friends of the earth Germany, the Tempelhof Projekt GmbH/limited company and the initiative 100 % Tempelhofer Feld were four persons interviewed in order to check the author's supposition. These are as follows:

Firstly, I argue that the success of this process depends on its structure and on its procedure. In addition, the structure of the Process limited the flexibility and creativity for an easier procedure. In conclusion, the procedure lacks transparency, openness, clarity, neutrality, fairness, a well-balanced representation of the affected interests and a motivation of the participants to a constructive problem solving.

The positive and negative impacts of participation in the planning process are illustrated. Reasons and explanations for the events related to the referendum to the Tempelhofer Feld in Berlin will be described.

„After the functional airport has disappeared, the postindustrial green field is (temporarily) dropped down from the economic system of valorization.“ (Roskamm 2014: 19) The referendum to the Tempelhofer Feld in Berlin was taken on the 25th of May 2015. The initiative 100 % Tempelhofer Feld won with its law, called ThF-Gesetz, which stands for the protection and (nature) conservation of the Tempelhofer Feld. This sounds like Roskamm (2014: 19) said *„Probably it is the place of a really different form of space production (in the place of discourse), a production where new forms of the political (something like miracles) can appear.“*

Abkürzungen

SenStadtUm:	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt
BUND:	Bund für Umwelt und Natur Deutschland
ThF-Gesetz:	Gesetz für den Erhalt des Tempelhofer Feldes
EPP:	Entwicklungs- und Pflegeplan für das Tempelhofer Feld
LA 21 Berlin:	Lokale Agenda 21 Berlin
TÖB:	Träger öffentlicher Belange

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	7
1.1	Einführung in die Thematik	7
1.2	Abgrenzung des Themas	8
1.3	Fragestellungen und Hypothesen	8
1.4	Methodik und Aufbau	9
1.4.1	Dokumenten- und Interviewmaterialanalyse	9
1.4.2	Kriterienkatalog der InterviewpartnerInnen	9
1.4.3	Interviewmethodik	11
2	Beteiligungsprozesse in Deutschland	13
2.1	Die Forschungslandschaft	13
2.1.1	Die Lokale Agenda 21 in Berlin	14
2.2	Beispiele für (Bürger-)Beteiligungen	15
2.2.1	Stuttgart 21	16
2.2.2	Andere Bürgerinitiativen	17
2.3	Volksentscheide	18
3	Das Tempelhofer Feld	20
3.1	Die Anfänge der Beteiligung bis zum Masterplan	20
3.2	Die Initiative 100 % Tempelhofer Feld	27
3.3	InterviewpartnerInnen	28
3.4	Das Volksbegehren	29
3.5	Der Volksentscheid	31
3.5.1	Folgen des Volksentscheids	34
3.6	Erstellung des Entwicklungs- und Pflegeplans	37
3.7	Erkenntnisse und Empfehlungen	39
3.8	Ausblick	41
4	Methodenkritik	43
5	Fazit	44
6	Weiterer Forschungsbedarf	45
7	Quellenverzeichnisse	47
7.1	Literaturverzeichnis	47
7.2	Abbildungsverzeichnis	50
7.3	Tabellenverzeichnis	50
8	Anhang	51
8.1	Anhang I Fragebogen	51
8.2	Anhang II Interviewtranskripte	53
9	Eidesstattliche Erklärung	73

1 Einleitung

In dieser Bachelorarbeit mit dem Titel „*Der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld in Berlin - Kommunikation und Beteiligung in Planungsprozessen*“ soll untersucht werden, WIE Kommunikation und Beteiligung im Beispiel des Volksentscheides zum Tempelhofer Feld in Berlin, den Planungsprozess beeinflusst haben.

Der Prozess um das Tempelhofer Feld in Berlin ist weit mehr als eine Auseinandersetzung über eine Randbebauung des ehemaligen Flughafenfeldes. Die Diskussion wird scheinbar über die Kosten des Projekts, die Auswirkungen auf die Stadtentwicklung und die Folgen für die Umwelt geführt. Der Ursprung und Kern des Konfliktes liegt jedoch wesentlich tiefer. Es handelt sich um einen kulturellen Konflikt, bei dem der Politik-Stil und die Bürgerbeteiligung in ihrer Art und ihrem Ausmaß diskutiert werden. (Vgl. Brettschneider 2015: 287)

Es wird ein Einblick in die unterschiedlichen Sichten und Einstellungen der einzelnen Akteure gegeben. Die Aussagen der ExpertInnen werden vergleichend dargestellt, um den Einfluss der Beteiligung und Kommunikation während des Planungsprozesses zu bewerten. Zuvor wird in den thematischen Hintergrund zur Beteiligung, Kommunikation und zu Volksentscheiden in Planungsprozessen eingeführt. Die Entwicklung der Beteiligungsveranstaltungen während des Planungsprozesses bis zum Volksentscheid auf dem Tempelhofer Feld werden mittels einer Dokumentenanalyse erläutert. Die Folgen des Volksentscheids, sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich für die Vorhabensträger und für das Projekt, werden anschließend aufgeführt. Eine der Folgen des Volksentscheids ist das ThF-Gesetz, welches die Erarbeitung eines Entwicklungs- und Pflegeplan (EPP) unter breiter Bürgerbeteiligung für das Tempelhofer Feld vorsieht. Auf das laufende Verfahren zur Erstellung des EPP wird ebenfalls eingegangen.

Im Anschluss daran werden die verschiedenen Empfehlungen der einzelnen Akteure aufgezeigt und ein Ausblick gegeben. Abschließend wird ein Fazit gezogen, in dem der Einfluss der Beteiligung und Kommunikation während des Planungsprozesses speziell zum Tempelhofer in Berlin ausgewertet wird. Darauf folgt eine Abstraktion im Hinblick auf den weiteren Forschungsbedarf.

1.1 Einführung in die Thematik

Das mediale Aufsehen, welches die Planungen und der Prozess zum Tempelhofer Feld erzeugt haben, zeigt die gesellschaftliche Relevanz des Themas Beteiligung und Kommunikation während des Planungsprozesses. *„Die Entwicklung des Raumes wird von vielen Akteuren geprägt. Öffentliche Akteure wirken mit. Die Fachleute aus Städteplanung, Regionalplanung, Landschaftsentwicklung oder Raumplanung haben keine übergeordnete, lenkende Rolle. Sie nehmen an einem andauernden Auseinandersetzungsprozess teil - mit fachlichen Positionen und gelegentlichen auch mit Moderations- und Vermittlungsaufgaben.“* (Selle 2005: 73) Somit sind Programme, Projekte und Pläne, die von öffentlichen Akteuren aufgestellt werden, nur ein Beitrag in Planungsprozessen. Planen, Entscheiden und Handeln liegt in den Händen Vieler. Die verschiedenen Akteure wirken in vielerlei Hinsicht auf das Vorhaben und darüber hinaus. Dazu werden Fragen, wie: Was Partizipation für das Projekt und sein Gelingen bedeutet? und darin auch, Was „gelingen“ bedeutet? laut. Es entwickelte sich das Bewusstsein, dass nur die breite Beteiligung allen Wissens und aller Interessen die Ergebnisse eines solchen Entscheidungsprozesse demokratisch legitimiert. (vgl. Töpfer et.al. 2013: 8). Erst durch Konflikte in einer breiten Beteiligung können Vereinbarungen zu einem gemeinsamen Konsens entstehen. Dass heißt eine kontroverse Auseinandersetzung mit dem Vorhaben ist unabdingbar und nötig für den weiteren Planungsprozess. Das *„Gesellschaften lernen, wenn überhaupt, anhand von Krisen und Konflikten.“* (Bachmann 2013: 187) heißt, das bei einem als „gelingen“ bezeichneten Prozess nicht alle Betroffenen zufrieden sein müssen, jedoch Akzeptanz erreicht wurde.

Was es für das Projekt und für die Stadt bedeutet, wenn Bürgerbeteiligungen schief laufen und eine Beteiligung während des Planungsprozesses nicht funktioniert, wird im Punkt 3.4.1 Folgen des Volksentscheids (S. 31) erläutert.

Kommunikation und Beteiligung sind bei der Planung von Vorhaben entscheidend. Mit der Beteiligung im Planungsprozess steigt und fällt die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung eines Projekts. *„Vor allem Infrastrukturprojekte aus den Bereichen Verkehr und Energie stoßen immer wieder in Teilen der Bevölkerung auf Ablehnung: Flughafenerweiterungen, der Ausbau von Autobahnen und Eisenbahnstrecken, die Fehmarnbelt-Querung, der Bau von Kohle- oder Gaskraftwerken, Strom-*

Überlandleitungen, CO2-Endlager, das Pumpspeicherkraftwerk in Atdorf. Die Liste ließe sich fortsetzen. Stets artikulieren lokale Bürgerinitiativen ihren Unmut. Umweltverbände springen ihnen bei.“ (Brettschneider 2015: 282)

1.2 Abgrenzung des Themas

In dieser Bachelorarbeit wird auf die Beteiligung und Kommunikation während des Planungsprozesses zum Tempelhofer Feld in Berlin eingegangen. Einführend wird anhand von Definitionen und Erläuterungen zur Forschungslandschaft auf heutige Beteiligungsprozesse in Deutschland eingegangen. (Bürger-) Beteiligungen und Volksentscheide werden am Beispiel „Stuttgart 21“ genauer betrachtet. Dann wird auf das Geschehen zum Tempelhofer Feld eingegangen. Begonnen wird bei den Anfängen der Beteiligung zum Masterplan bis zur Bebauungsplanbeteiligung. Die Initiative 100 % Tempelhofer Feld, die Trägerin des Volksbegehren wird vorgestellt, sowie die drei weiteren InterviewpartnerInnen. Chronologisch folgen dann das Volksbegehren und der Volksentscheid selbst. Beide werden allgemein inhaltlich durch Daten und Fakten geschildert. Im Jetzt angekommen, wird die Erstellung des Entwicklungs- und Pflegeplans für das Tempelhofer Feld dargestellt. Des Weiteren wird auf den Schwerpunkt der Beteiligung in der jeweiligen Phase des Prozesses eingegangen.

Schlussfolgernd werden Empfehlungen und ein Ausblick gegeben. Eine Methodenkritik zu den Interviews und ein Fazit zur Thematik werden ebenfalls gezogen. Darauf hin wird im Kapitel 6 Weiterer Forschungsbedarf (S. 45) zu weiteren Themenfeldern, die in dieser Bachelorarbeit nicht (ausreichend) betrachtet werden, aufgeführt. Teilweise werden Bezüge der Thematik beispielsweise zur Politik hergestellt. Dies war jedoch nicht der Schwerpunkt dieser Arbeit und könnte anderweitig noch genauer betrachtet werden. Das Thema der Beteiligung und Kommunikation während eines Planungsprozesses wird von vielen Faktoren beeinflusst. Alle Aspekte dieser Thematik zu behandeln, war nicht Ziel dieser Arbeit.

1.3 Fragestellungen und Hypothesen

Anhand der Forschungsfrage: *„Wie haben Kommunikation und Beteiligung im Planungsprozess den Volksentscheid zum Tempelhofer Feld in Berlin beeinflusst?“* und weiteren Unterfragen, wird versucht das Geschehen um den Volksentscheid und seinen Verlauf zu beschreiben. Folgende Unterfragen werden versucht im Hauptteil unter Punkt 3 (ab S. 20) mithilfe der Interviewauswertungen zu beantworten.

Unterfragen

- Wann, warum und wie kam es zum Volksentscheid?
- Welche Akteure waren beteiligt?
- Woher kam das große Interesse am Volksentscheid? (Wie hat die Initiative es geschafft alle zu mobilisieren?)
- Welche Hindernisse tauchten in der Beteiligung auf?
- Hätte mit anderen Mitteln früher eine Lösung gefunden werden können?
- Was kann aus der Beteiligung zum Tempelhofer Feld gelernt werden?
- Ist die partizipative Erstellung des Entwicklungs- und Pflegeplanes ein Neuanfang?

Des Weiteren wurden Hypothesen zur Thematik und Problemlösung aufgestellt. Die folgenden drei Hypothesen werden in der Arbeit überprüft und ggf. falsifiziert.

Hypothesen

1. Der Erfolg eines Verfahrens hängt von seiner Struktur und seinem Prozedere ab.
2. Die Struktur des Verfahrens schränkte Flexibilität und Kreativität für ein einfacheres Vorgehen ein.

3. Der Vorgehensweise fehlte es an Transparenz, Ergebnisoffenheit, Verfahrensklarheit, Neutralität, Fairness, einer ausgewogenen Repräsentation der betroffenen Interessen und Motivation der Teilnehmenden zur konstruktiven Problemlösung.

Mit Erfolg eines Verfahrens, wie in der ersten Hypothese formuliert, ist das Erreichen einer Akzeptanz aller Beteiligten an der Durchführung des Verfahrens und dem Ergebnis des Verfahrens gemeint. In der zweiten Hypothese ist die Einengung eines Verfahrens aufgrund der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, die zu und in einem Verfahren vorgegeben sind, beschrieben. Ein einfacheres Verfahren wäre vor allem auch ein offeneres Verfahren.

1.4 Methodik und Aufbau

Die Fragen und Hypothesen werden aufbauend auf einer Dokumentenanalyse und einer Interviewmaterialanalyse der vier ExpertInneninterviews bearbeitet.

1.4.1 Dokumenten- und Interviewmaterialanalyse

Die *KLEINE ANFRAGE NR. 17/12 785* vom 23. Oktober 2013 über die Bürgerbeteiligung zu Planungen am Tempelhofer Feld der Piraten (Herr Magalski) an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses über die Senatskanzlei beantwortet von der SenStadtUm wurde von Herr X. (SenStadtUm) nach dem Interview mitgegeben. Dieses Dokument und weitere Dokumente, z. B. Die Mitteilung und an das Abgeordnetenhaus von Berlin über die Senatskanzlei zur Kenntnisnahme über die Lokale Agenda 21 (Drucksachen Nr. 15/3245 und 15/5221) wurden analysiert und als Quellen für den Hauptteil zur Erläuterung des Beispiel: der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld genutzt. Für die vorherige allgemeine Einführung und fachliche Stützung dienten Fachbücher und Beiträge aus Fachzeitschriften zu dieser Thematik. Ebenfalls für den Ausblick (Punkt 3.8, S. 41) und für den weiteren Forschungsbedarf (Kapitel 6, S. 45) wurden Literaturanalysen angewandt.

1.4.2 Kriterienkatalog der InterviewpartnerInnen

Um den Beteiligungsprozess zum Tempelhofer Feld und die unterschiedlichen Positionen genauer zu betrachten sowie an Informationen aus erster Hand zu gelangen, wurden vier Interviews mit vier verschiedenen Personen, stellvertretend für vier wichtige Organisationen des Beteiligungsprozesses zum Tempelhofer Feld, geführt. Die Personen wurden anonymisiert.

Als erstes wurde die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt befragt, da das Land Berlin die Fläche des ehemaligen Flughafens mit dem Flughafengebäude und das Flugfeld nach der Schließung des Flughafens gekauft hat. Als Besitzer des Tempelhofer Feldes kann das Land Berlin bestimmen, was passiert. Die SenStadtUm leitet stellvertretend für das Land Berlin die Planung zum Tempelhofer Feld, indem sie nach dem politischen Willen und den politischen Entscheidungen des Abgeordnetenhauses handelt (Tab. 1). Das Interview wurde mit Herrn X., der in einer gehobenen Position in der Abteilung II Städtebau und Projekte in dem Bereich B städtebauliche Projekte der SenStadtUm arbeitet, geführt.

Ebenfalls mit den Planungen zum Tempelhofer Feld beschäftigte sich die extra dafür gegründete Tempelhof Projekt GmbH (Tab. 1). Sie wurden von der SenStadtUm beauftragt. Hier wurde mit Frau X., die eine leitende Funktion im Bereich Planung und Entwicklung hat, gesprochen.

Im Widerspruch dazu zeichnete sich die Position des BUND ab. Er ist ein Träger öffentlicher Belange (TÖB) und muss beteiligt werden. Als TÖB kann er Klage einreichen, was der BUND auch getan hat (Bsp.: Wasserbecken/Landform). Durch seine Klage gegen das Wasserbecken/Landform, genauer gegen die Beteiligung, die dazu stattgefunden hat, und durch die Unterstützung der Initiative 100 % Tempelhofer Feld, vertritt er andere Ansichten zum Tempelhofer Feld als die SenStadtUm und die Tempelhof Projekt GmbH. Darum wurde ein Interview mit Herrn Y. aus dem Segment der Geschäftsführung des BUND geführt.

Eine zweite Kontraposition, die oft aber nicht immer mit der Ansicht des BUND übereinstimmt, ist die Initiative 100 % Tempelhofer Feld. Für ein Interview war Frau Y. aus dem Vorstand des Vereins demokratische Initiative 100 % Tempelhofer Feld e.V. bereit. Die Initiative 100 % Tempelhofer Feld, aus der sich für den Volksentscheid der Verein demokratische Initiative 100 % Tempelhofer

Name der Organisation	SenStadtUm	BUND
Form der Organisation	Verwaltung des Landes Berlin	unabhängiger Umweltverband
Rolle der Organisation	stellvertretende VohabensträgerIn	Träger öffentlicher Belange (TÖB)
Funktion der Organisation	Entscheidungsgewalt (Politik)	Naturschutzbelange, Beteiligung
Seit wann involviert?	von Beginn an bis heute	seit 2007 bis heute
Position/Sichtweise	Politik- und Verwaltungssicht	Klage gegen Senat und Unterstützer der Initiative
Volksentscheid	Verlierer des Volksentscheids	Mitgewinner des Volksentscheids

Name der Organisation	Tempelhof Projekt GmbH	Initiative 100 % Tempelhofer Feld
Form der Organisation	DienstleisterIn (angestellt vom Land Berlin)	Bürgerinitiative und Verein
Rolle der Organisation	Projektgesellschaft	Trägerin des Volksbegehrens
Funktion der Organisation	UmsetzerIn der Vorgaben der SenStadtUm	Widerstand gegen Senat
Seit wann involviert?	seit 2010 (Gründung) bis 2014 (Volksentscheid)	seit 2010 (Gründung)
Position/Sichtweise	praktische (Planungs-) Sicht	Gegen Bebauung für Erhaltung des Feldes
Volksentscheid	Mitverlierer des Volksentscheids	Gewinnerin des Volksentscheid

Tabelle 1: Übersicht zur Auswahl der InterviewpartnerInnen (Eigene Darstellung).

Feld e.V. gründete, stellt einen Zusammenschluss von BerlinerInnen dar. Als Trägerin des Volksbegehren zum Tempelhofer Feld hat die Initiative 100 % Tempelhofer Feld die Entscheidungsmacht der Bürgerschaft gegenüber der Politik und der Verwaltung ausgespielt.

1.4.3 Interviewmethodik

Ein Interview ist eine wissenschaftliche Methode aus der Sozialforschung, die der Erhebung von Daten dient. Hierbei stellt eine interviewende Person einer zu interviewenden Person Fragen. (vgl. Fuchs-Heinritz 2011: 312) Es werden verschiedene Varianten, wie das ethnografische Interview, narrative Interview oder das ExpertenInneninterview nach Einsatzgebiet, Struktur, Situation, Rolle der Personen und dem Ziel des Interviews unterschieden (Tab 2).

Qualitative Interviewformate im Vergleich

	Ethnographi- sches Interview	Narratives Interview	Experteninterview
Einsatzgebiet	Teilnehmende Beobachtung	Historische Fallstudie	Fallstudie
Grad der Strukturierung	Offen/halb- strukturiert	Offen	Halb-strukturiert /strukturiert
Erkenntnis- interesse	Einstellungen	Biographien	Informationen
Rolle des Interviewers	Gesprächs- partner	Aktiver Zuhörer	Interviewer
Interview- situation	Symmetrisch	Asymme- trisch (zu- gunsten des Befragten)	Asymmetrisch (zugunsten des Interviewers)

Tabelle 2: Qualitative Interviewformate im Vergleich (Kaiser 2014: 3).

Das ExpertInneninterview ist in seinem Grad der Strukturierung zwischen halb-strukturiert bis strukturiert das passende Interviewformat für die Befragung innerhalb dieser Arbeit über den Volksentscheid zum Tempelhofer Feld. Es dient dazu, an Informationen zu Gunsten der interview führenden Person zu erlangen (Tab. 2). Ziel ist eine klare Erfragung von Daten, die nicht aus anderen Quellen zu ermitteln sind. (Vgl. Kaiser 2014: 3 u. 35) Hierbei geht es darum, „... *ein Phänomen präzise zu beschreiben oder die Gründe für dessen Veränderung zu benennen.*“ (Kaiser 2014: 41)

Nach Gläser und Laudel (2010: 13) sind Experteninterviews „*rekonstruierende Untersuchungen, um eine sozialwissenschaftliche Erklärung zu finden. Es wird versucht Prozesse und Situationen durch das besondere Wissen der Experten zu verstehen.*“

Die befragten Experten „...*sind also nicht das 'Objekt' unserer Untersuchung, der eigentliche Fokus unseres Interesses, sondern sie sind bzw. waren 'Zeugen' der uns interessierenden Prozesse.*“ (Gläser/Laudel 2010: 12). Sie stehen repräsentativ für die Handlungen und Sichtweisen einer Gruppe bzw. Organisation. (vgl. Heisteringer 2006: 3) Dabei ist diese Definition nicht auf ihre Berufsrolle verengt, sondern auch ehrenamtliche Tätigkeiten, wie die AktivistInnen der Bürgerinitiative 100 % Tempelhofer Feld, zählen dazu. Eine Person wird ExpertIn durch ihr Sonderwissen, das sie in ihrer Tätigkeit erworben hat. Über dieses individuelle Sonderwissen verfügen die Akteure eines Prozesses, da sie über einen privilegierten Zugang an Informationen gelangen. Durch die Auswahl von verberuflichten ExpertInnen, wie dem Behördenmitarbeiter Herr X. von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt und dem Herrn Y. vom BUND sowie einer "freien" ExpertIn, wie Frau Y. aus der Initiative 100 % Tempelhofer Feld, soll das Spektrum der unterschiedlichen ExpertInnenperspektiven abgebildet werden. (vgl. Meuser/Nagel 2009: 468)

Es wurde eine mündliche Befragung geführt, als face-to-face Interview. Face-to-face meint, dass die interview führende Person und die zu interviewende Person in direktem Kontakt stehen. (vgl. Friedrichs 2002: 42-43) In der Technik der Vorgehensweise wird ein neutrales Interview geführt. Ein neutrales Interview ist sachlich und distanziert, aber zugleich freundlich und unpersönlich. (vgl. Endruweit 2002: 280)

Alle genannten ExpertInnen vereint das Mitwirken am Beteiligungsprozess zum Volksentscheid über die Zukunft des Tempelhofer Feld in Berlin. Aufgrund ihres Fachwissens können sie den Verlauf beurteilen. Ein einheitlicher Interviewleitfaden soll die unterschiedlichen Positionen auf den Sachverhalt im Anschluss vergleichbar lassen. ExpertInnen können über Entscheidungsfälle berichten, nach denen sie verfahren. Aber um die überindividuellen, handlungs- bzw. funktionsbereichsspezifischen Muster, die dahinter stehen, zu erfahren, müssen die Daten und Fakten, das sogenannte „Basiswissen“, bekannt sein. Aus diesem Grund wird ein halboffenes Leitfadeninterview als das angemessene Erhebungsinstrument angesehen. (Vgl. Meuser/Nagel 2009: 472)

Interviewleitfaden/-fragebogen

Ein Interviewfaden ist laut Fuchs-Heinritz eine „*Interviewanweisung, schriftlich festgelegter Richtlinien, nach denen der Interviewer in der Interaktion mit dem Interviewten vorzugehen hat.*“ Darin können alle einzelnen Handlungen und Fragen detailliert festgelegt werden. (Vgl. Fuchs-Heinritz 2011: 313) Der Interviewleitfaden besitzt eine stark strukturierende und steuernde Funktion. (vgl. Heisteringer 2006: 3)

Das soll ein Ansprechen aller forschungsrelevanten Themen bzw. eine rudimentäre Vergleichbarkeit der Interviewergebnisse sicherstellen. (vgl. Schnell et. al. 2009: 379)

Anhand eines Fragebogens, der den Leitfaden darstellt, wurden vier ExpertInnen interviewt. Der Beteiligungsprozess des Volksentscheides zum Tempelhofer Feld in Berlin soll aus mehreren Sichtweisen beleuchtet werden, um eine umfassende Darstellung des Geschehenen abbilden zu können. Zu erwartende Ergebnisse der Interviewauswertungen sind (Teil-)Antworten zu den aufgestellten Forschungsfrage und zu den Hypothesen dieser Arbeit.

Ziel der Interviews ist es, die verschiedenen Sichtweisen der interviewten Personen (Die Rolle der InterviewpartnerInnen: Stellvertretende eines Akteurs im Volksentscheid zum Tempelhofer Feld) zum Ablauf des Volksentscheides heraus zu stellen und Positives, sowie Negatives abzuleiten, sowie Gründe für das Geschehen um die Beteiligung im Planungsprozess des Tempelhofer Feldes in Berlin zu erfahren. Dazu sollen die Interviewaussagen untereinander vergleichend ausgewertet werden. Deshalb wurde versucht die Interviews auf Grundlage eines Fragebogens zu führen, dass heißt es wurde versucht jeder Person die gleichen Fragen zu stellen. Festgestellt wurde, dass nicht alle InterviewpartnerInnen den gleichen Informationsstand/-zugang besitzen und nicht alle von Beginn an beteiligt/dabei waren. Es haben sich zwar alle einen längeren Zeitraum mit dem Beteiligungsprozess zum Tempelhofer Feld befasst, aber beispielsweise die Tempelhof Projekt GmbH wurde erst 2010 gegründet und konnte daher nicht zu den Anfängen des Geschehens berichten. Die längste Zeit hat sich die SenStadtUm mit den Planungen und dem dazugehörigen Beteiligungsprozess beschäftigt. Da Vieles verwaltungsintern ablief und abläuft kamen BUND und Initiative erst später hinzu.

2 Beteiligungsprozesse in Deutschland

Bevor das gewählte Beispiel dieser Arbeit im Hauptteil (Kapitel 3, S. 20) erläutert wird, soll ein kurzer Überblick in die Theorie zur Thematik gegeben werden. Dafür wird die Forschungslandschaft zu nachhaltiger (Stadt-)Entwicklung vorgestellt und im Bezug auf Berlin, die lokale Agenda 21 Berlin, erläutert. Des Weiteren werden Begriffe, wie Beteiligung, Bürgerinitiativen und Volksentscheid, fachlich definiert. Zudem wird auf den Protest zu Stuttgart 21 eingegangen und die Bürgerinitiative 100 % Tempelhofer Feld näher beleuchtet.

2.1 Die Forschungslandschaft

Nachhaltige (Stadt-) Entwicklung - mehr als nur ein Leitbild?

Das zuerst in der Forstwirtschaft bekannte *Leitbild der Nachhaltigkeit* wurde durch die Vereinten Nationen in die internationale Politik gebracht. In einer nachhaltigen Entwicklung werden soziale, ökologische, kulturelle und ökonomische Belange integrativ behandelt (Abb. 1). Dass heißt, die Lebensbedürfnisse und -bedingungen der heutigen Gesellschaft dürfen nicht zu Lasten der zukünftigen Gesellschaften sein.

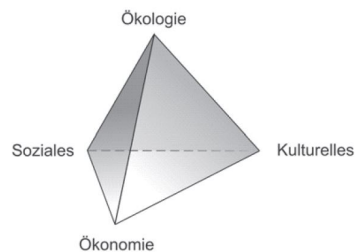


Abbildung 1: Das symbiotische Tetraeder der Nachhaltigkeit (Streich 2011: 41).

Politisch verbindlich wurde das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro durch die dort beschlossene Agenda 21. Auf EU-Ebene gibt es weitere Beschlüsse, wie die Charta von Aalborg, den Aktionsrahmen der Europäischen Union für eine Nachhaltige Stadtentwicklung und die europäische Nachhaltigkeitsstrategie. In der Strategie wird versucht Handlungsmöglichkeiten für die sieben Schlüssel-Herausforderungen, wie „Klimawandel und saubere Energie“ und nachhaltiger „Verkehr“, zu entwickeln. Für die Umsetzung dieser wurde die Agenda 21 aufgestellt. Im Kapitel 28 der Agenda 21 werden insbesondere die Kommunalverwaltungen aufgerufen kommunale Programme und Strategien zu entwickeln. (vgl. Der Senat von Berlin 2009: 5 - 7)

In Deutschland hat die Bundesregierung 2002 ebenfalls eine Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Diese beschäftigt sich mit der Nachhaltigen Stadtentwicklung in Deutschland besonders in den Handlungsfeldern Klima und Energie, nachhaltige Rohstoffwirtschaft und demografischer Wandel.

All diese Strategien, Methoden und Instrumente sind noch nicht miteinander verbunden oder abgestimmt. Zudem fehlen die Umsetzungen in der Realität. Weiland formuliert dazu folgende These: „Es wird davon ausgegangen, dass eine langfristige, detaillierte Vorausplanung der Stadtentwicklung nicht möglich ist, sondern dass stattdessen ein „lernfähiges“ und „kommunikatives“ Steuerungsmodell ihrer Komplexität angemessener ist.“ (vgl. Weiland 2010: 346) In „Lernenden Systemen“ können einzelne Aktionen reflektiert und wenn nötig korrigiert werden. Damit ist gemeint, es können Ergebnisse von Entwicklungen überprüft und Veränderungen von Zielen, Instrumenten und Maßnahmen durchgeführt werden. Die Festlegung von Zielen der Stadtentwicklung ist ein Vorgehen, in dem vielen Konflikte entstehen können. „Je detaillierter Ziele ausformuliert werden, desto schwieriger die Konsensfindung. Die Steuerung von Stadtentwicklungsprozessen erfolgt durch alle politischen Ebenen und eine Vielzahl von Akteuren – somit ist auch eine nachhaltige Stadtentwicklung ein „Mehrebenen-Governance-Konzept“.“ (Weiland 2010: 346).

Politische Trends prägen die Stadtentwicklung. Ob das Leitbild der Nachhaltigen Stadtentwicklung nur ein Leitbild bleibt, liegt an der zukünftigen Verwirklichung der Programme und Strategien in der Realität. Das Erreichen des „30-ha-Ziel“ sei hier als ein Beispiel für die noch vorhandene

Lücke zwischen den Nachhaltigkeitszielen und der praktischen Einhaltung dieser genannt. Das „30-ha-Ziel“ ist eine Vorgabe der Agenda 21, die besagt, dass in Deutschland bis 2020 die Neuversiegelung von Flächen auf 30 ha pro Tag eingedämmt werden soll. Der aktuelle Flächenverbrauch ist weitaus höher. Es werden viel mehr Hektar Fläche pro Tag in Deutschland, beispielsweise durch den Bau von Infrastruktur und Gebäuden versiegelt. (Vgl. Weiland 2010: 343ff)

Das Dilemma der nachhaltigen Metropolen/Stadtplanung: Verdichtung/sozialer Wohnungsbau im Zentrum versus sozial egoistisch geforderter Freiraum

Die sozialräumlichen Spaltungen in den Städten werden immer größer. Die Soziale Stadt als Politikprogramm soll die Integrationsfähigkeit der Stadtgesellschaft und den sozialen Zusammenhalt fördern. Vor allem in den Armuts- und Zuwanderungsquartieren, besonders in den innerstädtischen Altbauquartieren und den großen Wohnsiedlungen am Stadtrand ist diese Problematik verortet. Die Ursachen für sozialräumliche Spaltungen liegen unter anderem im wirtschaftsstrukturellen Wandel, den Wanderungsbewegungen und der Langzeitarbeitslosigkeit. (Walther 2010: 423)

Um die Grundsatzdiskussion um die Vergesellschaftung von Grund und Boden erstmals zu beenden wurde 1953 das I. Wohnungsbaugesetz (WoBauG) auch Baulandbeschaffungsgesetz genannt erlassen. Es besagte, dass der Bund, die Länder und die Gemeinden Grundstücke für einen neuzeitlichen Städte- und Wohnungsbau bereitzustellen ggf. zu beschaffen hatten. (vgl. Kujath 2010: 428)

„Die europäischen Städte sind jedoch auch von gesellschaftlichen Widersprüchen, vom Gegensatz zwischen Arm und Reich, zwischen Macht und Benachteiligung geprägt. Die europäische Stadt weiterzuentwickeln, fordert deshalb immer neue Bemühungen um Interessenausgleich, offenen Diskurs und Konsens.“ (Lütke 2010: 494)

Beispielsweise die Leipzig Charta 2007 ist ein weiterer Versuch die Verhältnisse zu ändern. Doch bei anhaltender Festivalisierung der Metropolen durch immer mehr städtebauliche Großprojekte, die vermeintlich gebraucht werden um im Wettkampf der Metropolen mithalten zu können, werden die gefassten politischen Vorsätze vernachlässigt. Dem Projekt zur Steigerung des Ansehens der Stadt wird meist der Vorrang. Die eigentliche Probleme in der Stadt, wie Steigerung der Lebensqualität durch sozialen Wohnungsbau stehen hinten an. Ebenso die zunehmende Segregation in den Städten. Die soziale und ethnische Zerteilung und Entmischung der Städte nimmt zu. *„Städtische Standorte zerfallen zusehends in ein Patchwork von bevorzugten und benachteiligten Quartieren mit entsprechender Stigmatisierung von Bewohnern.“* (Lütke 2010: 495)

Im Dilemma der nachhaltigen Metropolen- und Stadtplanung zur Verdichtung des Stadtzentrums durch sozialen Wohnungsbau versus sozial-egoistisch geforderter Freiraum im Zentrum, kann sich je nach Ansicht für die Festivalisierung der Stadt oder für eine Weiterentwicklung der Stadt im sozial gesellschaftlichen Konsens entschieden werden.

2.1.1 Die Lokale Agenda 21 in Berlin

Im Juni 2006 wurde die Lokale Agenda 21 für Berlin (LA 21 Berlin) beschlossen. Um Berlins Fortschritte in einer nachhaltigen Entwicklung in Zukunft besser überprüfen zu können, wurden zwölf Kernindikatoren festgelegt. In der LA 21 Berlin sind strategische Absichten und konkrete Handlungsweisen zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung Berlins aufgeführt. Ein Aktionsplan mit sieben Handlungsfeldern und zwei Querschnittsthemen sowie mehrere Leitlinien sind enthalten.

Die sieben Handlungsfelder lauten:

- Das soziale Leben in der Stadt gestalten
- Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation
- Verkehr und Mobilität
- Berlin in der märkischen Landschaft
- Energie- und Klimaschutzpolitik
- Wirtschaft und Arbeit

- Bildung für die Zukunft.

Geschlechtergerechtigkeit und globale Verantwortung sind die beiden Querschnittsaufgaben, die bestimmt wurden.

Das Handlungsfeld „Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation“, soll das bürgerschaftliche Engagement in der sozial und ökologischen Arbeit sowie in Bürgerinitiativen, als eine wertvolle Ressource stärken. Damit gemeint ist ein freiwilliger Einsatz jedes Einzelnen für mehr Nachhaltigkeit im eigenen Umfeld und der Gemeinschaft. Beteiligung, auch Partizipation genannt, bedeutet den Zusammenschluss der BürgerInnen, um gemeinsam politische Entscheidungen zu beeinflussen. Beispielsweise in Form einer Bürgerinitiative (2. 2 Beispiele für (Bürger-)Beteiligungen, S. 15). Des Weiteren meint Partizipation hier auch eine „[...] Wahlbeteiligung, Mitgliedschaft in politisch relevanten Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften, Mitgliedschaft in Ausschüssen und eine Beteiligung in formellen und informellen Interessensvertretungen, wie Agenda-Gruppen, Elternbeiräte, Betriebsräte, etc.“. (Der Senat von Berlin 2009: 2)

Leitbild ist die „aktive Bürgerschaft“, d.h. eine Einbeziehung der BerlinerInnen, die Verantwortung für ihre Stadt trägt. *„Sie bringen ihr Potenzial, ihre Vorstellungen und ihr Wissen durch umfassende Partizipationsmöglichkeiten in die verschiedenen Bereiche und Entscheidungsprozesse ein. Politik und Verwaltung Berlins erschließen dieses „soziale Kapital“ und fördern Engagement, Selbsthilfe und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in allen Lebens- und Politikbereichen.“* (Vgl. Der Senat von Berlin 2009: 3)

Neun Jahre nach der Formulierung der LA 21 Berlin mit der Leitidee einer Nachhaltigen Entwicklung, ist anhand der Vorschläge auf der Internetplattform www.tempelhofer-feld.berlin.de erst wenig messbar. (Kernindikatoren zur nachhaltigen Entwicklung Berlins 2014). In der Allgemeinheit sei bis auf wenige Ausnahmen (z.B. EUREF) wenig spür- und erlebbar. (vgl. Wittau 2015)

Mit der Schließung des Flugfeldes Tempelhof bekommt Berlin die Chance zu zeigen, was unter einer nachhaltigen Politik der sozialen Stadtentwicklung zu verstehen ist. *„Das Tempelhofer Feld soll zu einem integrativen Modell für zukunftsweisende Stadt- und Freiraumplanung werden.“* (Der Senat von Berlin 2009: 38).

2.2 Beispiele für (Bürger-)Beteiligungen

Die Beteiligung, Teilnahme und Teilhabe an politischen und sozialen Entscheidungsprozessen, wird auch Partizipation genannt. Der Begriff Partizipation wurde in den 60er Jahren aus dem englisch-amerikanischen Sprachraum übernommen. Mithilfe der Forderungen der Studentenbewegung, der Kritik am Wohnungs- und Städtebau sowie durch die Ende der 60er Jahre beginnenden städtischen Sanierungen, konkretisierte sich die Partizipations-Bewegung. Sie setzt sich zum Ziel eine Fundamentaldemokratisierung von Staat und Gesellschaft, mehr Basis-Demokratie und eine institutionalisierte Ergänzung zu den Beteiligungsformen einer repräsentativen Demokratie zu fördern. Einer Expertokratie und dem steigenden Grad der Selbstverwaltung gesellschaftlicher Organisationen soll entgegengewirkt werden. Aufgrund der Entfernung von den Bedürfnissen und Interessen der BürgerInnen, wird in repräsentativen Demokratien mehr Partizipation gefordert. Im Bereich der Planung ist die Partizipations-Bewegung ähnlich der Bürgerinitiativ-Bewegung (siehe Punkt 2.2.2. Andere Bürgerinitiativen, S. 17). (Vgl. Schäfers 2001: 267–268)

Fördert die Bürgerbeteiligung die Akzeptanz von Planungsprozessen und deren Ergebnissen? Diese Frage lässt sich laut Prof. Oscar W. Gabriel, Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart, nicht eindeutig beantworten. Nach Gabriel kann die Akzeptanz eines Planungsverfahrens durch eine passende Bürgerbeteiligung erhöht werden. Die Bürgerbeteiligung muss nicht zwingend zu einer Einigkeit bezüglich des Themas führen. Ergebnisse in der Planung können Win-win-Lösungen oder Win-lose-Situationen sein. Auch wenn es Gewinner und Verlierer gibt, kann ein akzeptiertes Planungsverfahren zu einer höheren Akzeptanz der Planungsergebnisse beitragen. Also entsprechen die Ergebnisse des Prozesses nicht exakt den eigenen Vorstellungen, so ist es leichter diese anzuerkennen, wenn das Planungsverfahren fair und nachvollziehbar abgelaufen ist. (Vgl. Müller 2011: 3)

Um eine gute Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung zu ermöglichen, müssen laut Brettschneider (2015: 289-290) Information, Konsultation und Mitgestaltung als drei zu erfüllende Ebenen angesehen werden. Dies erfolgt durch richtige Anwendung der verschiedenen Instrumente der Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung. Ziel auf der Informationsebene ist es, über das

Projekt und die konkrete Planung zu informieren. Dabei werden die Ziele und der Planungsstand des Vorhabens genannt. Entscheidend hierbei ist die Transparenz des Vorgehens.

Die Konsultationsebene dient dem Diskutieren verschiedener Vorschläge, aus denen dann Handlungsempfehlungen formuliert werden. Eine unmittelbare Verständigung zwischen der Öffentlichkeit und den Vorhabensträgern soll Daten sammeln und vielfältige Möglichkeiten in die Planung einbeziehen. Bei der Mitgestaltung wird versucht, Uneinigkeit durch Abwägung und Kompromissfindung zu lösen. Die Durchführung einer Beteiligung mit Beachtung der drei Ebenen nützt allen Beteiligten. Es werden Zeit und Geld gespart, sowie Planungssicherheit und eine Realisierung ermöglicht. (Vgl. Brettschneider 2015: 290)

Die Zehn Grundregeln einer transparenten und demokratischen Öffentlichkeitsbeteiligung nach Brettschneider (2015: 290-293):

1. Eine aufgeschlossene und wertschätzende Grundhaltung gegenüber den Meinungen der BürgerInnen. Den BürgerInnen zuhören und ihre Anliegen Ernst nehmen, sowie das Erklären und Begründen der eigenen Sichtweise gehören zur Diskussion des Projekts und seiner Alternativen.
2. „*Klare Rahmenbedingungen schaffen*“ mithilfe einer Prozessstruktur. Anhand dieser ist allen Teilnehmenden der Zweck, das Ziel, der Ablauf, die Freiheitsgrade und die Spielräume bekannt.
3. Eine frühzeitige Einbeziehung der Bürgerschaft in den Planungsprozess. Damit kann dem üblichen „Beteiligungsparadoxon“ entgegen gewirkt werden. Meist erfährt ein Projekt zu Beginn eher wenig Interesse, obwohl da die Möglichkeiten zu Mitgestaltung offen stehen. Sind die Planungen fast abgeschlossen, zeigt sich das Interesse der BürgerInnen am Vorhaben. Zu diesem Zeitpunkt sind jedoch kaum noch Spielräume im Projekt vorhanden. Deshalb sollte bereits von Anfang an das Interesse zur Beteiligung und Mitgestaltung geweckt werden. Besonders der informelle Austausch, der über die formalen Verfahren hinaus geht, schafft neue Formen der Kommunikation und Beteiligung.
4. Eine umfassende Faktenklärung zum Vorhaben fördert eine sachliche Diskussion. Die Faktenklärung ist zur Vorbeugung eines Konflikts bzw. zur Kompromissfindung in einem öffentlichen Konflikt unabdingbar.
5. Die Einbeziehung von unterschiedlichen Interessen ist in einem Dialog-Verfahren, indem alle bedeutenden Gruppen teilhaben, umsetzbar.
6. Eine professionelle Prozessgestaltung, beispielsweise durch eine neutrale, externe Moderation, hilft bei der Umsetzung eines fairen und transparenten Verfahrens.
7. Klarheit im Umgang mit den Ergebnissen, das heißt, die Ergebnisse des Dialog-Verfahrens müssen nachvollziehbar in den Planungsprozess zum Vorhaben einfließen.
8. Die Finanzierung der gesamten Beteiligung mit Öffentlichkeitsbeteiligung muss von vorn herein in der Projektkalkulation enthalten sein.
9. „*Verständlich kommunizieren*“ meint, Fachsprache für alle zugänglich zu machen. Erreicht wird das durch Visualisierungen der Pläne und „Übersetzen“ der Texte.
10. Die Vielfalt der möglichen Kommunikationsinstrumente nutzen, um über die Inhalte der Projektplanungen auf unterschiedlichen Wegen zu informieren.

Ob diese Grundregeln im Verfahren zum Tempelhofer Feld beachtet wurden, wird im Hauptteil dieser Arbeit (Kapitel 3, S. 20) diskutiert.

2.2.1 Stuttgart 21

Das Bauprojekt um den Hauptbahnhof Stuttgarts führte 2010 zu Unterschriftensammlungen, Protesten, Schweigemärschen und Großdemonstrationen gegen das geplante Vorhaben. Nach diesen Ausschreitungen erfolgte eine Schlichtung, deren Ergebnis: „Stuttgart 21 Plus“ sah Veränderungen

der Planungen der Deutschen Bahn AG vor. Am 27. November 2011 fand eine Volksabstimmung statt, bei der mehrheitlich gegen den Austritt des Landes aus der Finanzierung gestimmt wurde. Demzufolge konnte eine breite Akzeptanz für das Projekt gewonnen werden. (vgl. Brettschneider 2015: 281)

Der Protest und die Demonstrationen der Wutbürger richteten sich nicht nur gegen das geplante Vorhaben, sondern vielmehr gegen den Politikstil, genauer gegen die Herangehensweise der Beteiligung der BürgerInnen. Die Bürgerschaft forderte mehr demokratische Teilhabe. Dadurch kam es zu einer Schlichtung, in der über fünf Wochen mit Vertretern beider Seiten die verschiedenen Aspekte von Stuttgart 21 besprochen wurde. Der gefundene Kompromiss hat keine rechtliche Bindung, aber eine starke psychologische Wirkung. (vgl. Brettschneider 2015: 285) Zur Volksabstimmung kam es nach der Schlichtung durch den neu gewählten Grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, der Stuttgart 21 als Wahlkampfthema nutzte.

Bei jedem Projekt ähnlich Stuttgart 21 gibt es mehrere Gründe für die Entstehung einer Ablehnungs- und Protestbewegung der Bürgerschaft. Sie unterscheiden sich je nach Lebenssituation und -bedürfnissen der Menschen. Brettschneider (2015: 288) nennt diese 5 Hauptursachen für Proteste: NIMBY-Effekt, Projektbezogenen Gründe, Verborgene Gründe, Vertrauensverlust in Wirtschaft und Politik und Art der Kommunikation und Intransparenz formaler Verfahren.

Die AnwohnerInnen fühlen sich oder sind direkt in ihrer Lebensqualität durch das geplante Vorhaben eingeschränkt. Sie müssen nicht unbedingt gegen das Projekt an sich sein, sie stören sich daran, dass es vor ihrer Haustür stattfindet. Dieses Phänomen wird als NIMBY-EFFEKT beschrieben. NIMBY ist eine englische Abkürzung, sie steht für *Not In My Backyard*. Übersetzt meint es soviel wie *nicht vor meiner Tür* und ist auch als ST. FLORIANS-PRINZIP bekannt. Betroffene Personen sind vergleichsweise am stärksten in ihrem Protest motiviert. (Brettschneider 2015: 288)

Beanstandungen zu hohen umweltschädlichen Auswirkungen eines Vorhabens, Unrentabilität, wirtschaftliches Risiko oder andere einzelne Aspekte stellen die zweite Ursache der von den BürgerInnen ausgehenden Kritik dar. Verborgene Gründe meint Beispielsweise das Unwohl empfinden durch das Verschwinden der kulturellen Identität der Region. Diese Wahrnehmungen werden selten dargelegt, sie werden in Form des Protests gegen ein Projekt nach Außen getragen.

Eine negative Grundhaltung gegenüber großen Unternehmen, der Wirtschaft und der Politik stellt die vierte Ursache zur Ablehnung von Vorhaben und Misstrauen gegenüber Planungen dieser dar. Schlechte Erinnerungen oder Vergleiche zu anderen Projekten mit den Beteiligten aus Wirtschaft und Politik lassen Unmut für das neue Projekt entwickeln.

Der fünfte Grund schließt die endlose Reihe der Ursachen der Protestäußerungen nicht ab, ist jedoch mit einer der aussagekräftigsten Gründe. Die Art der Kommunikation und die ungenügende Transparenz formaler Verfahren wird oft kritisiert. BürgerInnen wollen auf Augenhöhe wahrgenommen werden und fühlen sich nicht Ernst genommen. Politikern und Vorhabensträgern wird ein Handeln von oben herab unterstellt. Mithilfe bürokratischer und rechtlicher Verfahren sowie der juristischen Fachsprache, distanzieren sie sich von der Bürgerschaft. Zudem wird eine zu späte Informationskundgebung bzw. das Fehlen von ausreichenden Informationen vorgeworfen. (Brettschneider 2015: 288-289)

2.2.2 Andere Bürgerinitiativen

Nicht nur Stuttgart 21 führte zu Konflikten. Auch andere Projekte, wie der Ausbau von Autobahnen und Eisenbahnstrecken, die Fehmarnbelt-Querung oder der Bau von Kohle-/Gaskraftwerken stoßen auf Ablehnung. Oft bilden sich lokale Bürgerinitiativen, die meist zusammen mit Umweltverbänden das Vorhaben in Frage stellen. Eine öffentliche Auseinandersetzung findet statt, bei der die Vorhabensträger, die Entscheidungen der Parlamente und die Genehmigungsbehörden kritisiert werden. (Vgl. Brettschneider 2015: 282)

Die Bürgerinitiative bezeichnet: „eine - aufgrund eines akuten, lokal und thematisch begrenzten Interessenkonfliktes - spontan entstandene, kurzzeitige, offene Sekundärgruppe“ (Tasseit 2002: 73). Oft bestehen sie aus einer kleinen Führungsgruppe, einem Kreis wechselnder BeraterInnen und HelferInnen sowie einem größeren SympathisantInnenkreis. Die Mitglieder einer Bürgerinitiative gehören überwiegend den sozialen Mittelschichten an und verfügen über einen höheren Bildungsgrad. Meistens sind sie vom Konflikt direkt betroffen. Mithilfe von Unterschriftensammlungen, Demonstrationen und Ähnlichem kritisieren sie ein aus ihrer Sicht empfundenes Fehlverhalten

des politisch-administrativen Systems. Ihre öffentlichen Interessenkundgebungen betreffen oft den sozialen, politischen oder ökologischen Zustand. Sie wollen den politischen Entscheidungsprozess hinsichtlich ihres spezifischen Anliegens (z. B. Umweltschutz) beeinflussen oder den nicht für richtig erachteten Zustand durch bürgerschaftliche Selbsthilfe verändern. „Die Aktionsformen (Demonstrationen, Sitzstreiks u. Ä.) verweisen auf den Ursprung in der außerparlamentarischen Opposition (APO) an der Hälfte der 60er Jahre. Ihren Zenit erreichten die Bürgerinitiativen Mitte der 70er Jahre. Sie können als Wegbereiter und Schrittmacher für die neuen sozialen Bewegungen, insbesondere für die Ökologie- und Antikernkraftwerkbewegung, gesehen werden.“ (Tasseit 2002: 73)

Zum Volksentscheid über das Tempelhofer Feld in Berlin bildete sich Initiative 100 % Tempelhofer Feld, die unter Punkt 3.2 (S. 27) erläutert wird.

2.3 Volksentscheide

In der Theorie sind die repräsentative Demokratie und die direkte Demokratie besonders bezüglich ihrer Verfahren grundsätzlich verschieden. Praktisch gesehen haben sich diese Gegensätze jedoch entschärft. (Vgl. Kaufmann 2014: 19) Heute steht laut Kaufmann (2010: 19) eher die Frage im Mittelpunkt „[...] wie moderne, direkt-demokratische Verfahren dazu beitragen können, das repräsentative System repräsentativer zu gestalten.“

Damit direkt-demokratische Verfahren als ein Bestandteil der repräsentativen Demokratie diese auch fördern, wurden von nationalen und internationalen Organisationen Empfehlungen abgegeben. Darin wird sich für eine Legitimation der Verfahren und eine verbindlich-rechtliche Wirkung der Ergebnisse dieser Prozesse ausgesprochen. Dysfunktionalitäten der direkt-demokratischen Verfahren, wie sie in den USA oder der Schweiz auftreten sollen beim Nutzen der direkt-demokratischen Verfahren in den repräsentativen Demokratie Europas oder Nordamerikas nicht auftreten. (Vgl. Kaufmann 2010: 24)

Im Abkommen von Lissabon, dem 2009 beschlossene Grundlagenvertrag der Europäischen Union, wird im Artikel 11 festgehalten, dass die repräsentative Demokratie gleichberechtigt aus indirekten (parlamentarischen) und direkten (partizipativen) Verfahren bestehe. Unter Abschnitt 4 des Artikel 11 wird ein europäisches Volksinitiativrecht festgeschrieben. (vgl. Kaufmann 2010: 19)

„[...] seit April 2012 können 'mindestens eine Millionen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger aus 'mindestens sieben Mitgliedsstaaten' der EU-Kommission eigene Legislativinitiativen vorlegen, die von der Kommission entsprechend den Vorstößen aus dem EU-Parlament und dem EU-Rat geprüft werden müssen.“ (Kaufmann 2010: 25)

In der Verfassung von Berlin vom 23. November 1995, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 7. Februar 2014, ist im Abschnitt V der Gesetzgebung im Artikel 59 (2) folgendes festgeschrieben: „Gesetzesvorlagen können aus der Mitte des Abgeordnetenhauses, durch den Senat oder im Wege des Volksbegehrens eingebracht werden.“ Damit können die BürgerInnen Berlins seit 1995 über die Schritte Volksinitiative und Volksbegehren zum Volksentscheid gelangen und somit Gesetzgebungskompetenzen ausüben. Eine Volksabstimmung ist nicht nur an die drei Stufen Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid gebunden, sondern an Stimmquoten und zeitliche Fristen. Die erste Vorstufe zum Volksgesetzgebungsverfahren ist das Zustandekommen einer Volksinitiative. Dafür werden 20 000 Unterschriften benötigt. Jede wahlberechtigte Person kann bei der Wahl des Abgeordnetenhauses für die Initiative unterschreiben. Wahlberechtigt ist jede Person, die mindestens 18 Jahre alt ist, deutsche StaatsbürgerIn ist und mit dem ersten Wohnsitz in Berlin gemeldet ist. Anschließend beginnt die zweite Stufe, das Volksbegehren. Hierfür müssen sich innerhalb von vier Monaten sieben Prozent der Wahlberechtigten, das sind rund 170 000 BerlinerInnen, eintragen und unterschreiben. Danach ist der Senat für die Durchführung des Volksentscheid zuständig. Er kann entscheiden, wann die Volksabstimmung stattfinden soll (maximal acht Monate nach dem Volksbegehren). Der Volksentscheid ähnelt einer Wahlabstimmung. Erfolgreich ist er, wenn 25 Prozent der Wahlberechtigten mit Ja stimmen und sie gleichzeitig auch die Mehrheit bilden. Für Berlin heißt das, dass rund 610 000 Wahlberechtigte dem Volksentscheid zustimmen müssen. (Vgl. Wambach 2014: 427-428)

Die Entscheidung, ob es zu einem Volksentscheid kommt oder nicht, liegt beim Senat und dem Abgeordnetenhaus. Sie können nach jeder Phase eines Bürgerbegehrens, durch die Annahme einer kompletten oder Teile einer Gesetzes- oder Beschlussvorlage, das Bürgerbegehren in diesem Schritt beenden. Die Trägerinitiative des Begehrens kann über das Stattfinden einer Abstimmung nicht

entscheiden. (vgl. Wambach 2010: 428–429)

Ob Volksentscheide verhindert werden sollen oder nicht meint Wambach: „*Nein, denn es geht um eine Abstimmung gegen die Regierungsmehrheit in einem Bundesland.*“ (Wambach 2010: 428) Damit meint er, Volksentscheide sollten nicht verhindert werden.

3 Das Tempelhofer Feld

Der Prozess um das Tempelhofer Feld in Berlin ist weit mehr als eine Auseinandersetzung über eine Randbebauung des ehemaligen Flughafenfeldes. Die Diskussion wird scheinbar über die Kosten des Projekts, die Auswirkungen auf die Stadtentwicklung und die Folgen für die Umwelt geführt. Der Ursprung und Kern des Konfliktes liegt jedoch wesentlich tiefer. Es handelt sich um einen kulturellen Konflikt, bei dem der Politik-Stil und die Bürgerbeteiligung in ihrer Art und ihrem Ausmaß diskutiert werden. (Vgl. Brettschneider 2015: 287)

Das Tempelhofer Feld grenzt an drei Bezirke Berlins: Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg und Tempelhof. Es ist jedoch in ganz Berlin und darüber hinaus, aufgrund seiner Geschichte als Flughafen bekannt. Nachdem die Beendigung des Flughafenbetriebs beschlossen wurde, begann die Beteiligung zum Planungsprozess. 2007 wurde der Internet-Dialog gestartet. Bis zum Volksentscheid, der am 25. Mai 2014 stattfand, wurden verschiedenste Beteiligungsformate in unterschiedlichen Veranstaltungen von der SenStadtUm und der Tempelhof Projekt GmbH durchgeführt (Abb. 3, S. 20). Das Geschehen um den Beteiligungsprozess zur Planung des Tempelhofer Feldes wird aus Sicht vier wichtiger Akteure dargestellt. Die SenStadtUm, der BUND, die Tempelhof Projekt GmbH und die Initiative 100 % Tempelhofer Feld. Im Anschluss folgt eine chronologische Aufarbeitung der Geschehnisse um das Tempelhofer Feld, an der die Entwicklung der unterschiedlichen Positionen aufgezeigt wird. Die einzelnen Beteiligungs- und Informationsveranstaltungen werden im Punkt 3.1 Die Anfänge der Beteiligung bis zum Masterplan näher beleuchtet.

3.1 Die Anfänge der Beteiligung bis zum Masterplan

Bereits 1994 wurde durch die damalige Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz ein erstes Gutachten zum Tempelhofer Feld beauftragt. Entstanden ist das Rahmengutachten zur Nachnutzung von Hentrich-Petschnigg & Partner / Seebauer, Wefers und Partner, das die Rahmenbedingungen möglicher städtebaulicher Konzepte darstellt. Im Mai 1996 wurde die Schließung des Flughafens Tempelhof im Zuge des Ausbaus des Flughafens Berlin-Schönefeld zum Hauptstadtflughafen BER beschlossen. Zwei Jahre später, im Jahr 1998, fand eine „Zukunftswerkstatt Tempelhof“ statt. Es wurden Planungsziele als Grundlage für einen Masterplan, der die kommenden 10 Jahre die Nachnutzung des Flughafens leiten und prägen sollte, festgelegt. (vgl. Tempelhof Projekt et. al. 2013)

Das Verfahren, welches zum Masterplan führte, war ein *„international offener landschaftsplanerischer Ideen- und Realisierungswettbewerb mit anschließendem Verhandlungsverfahren.“* (SenStadtUm 2012: 36) Die Beteiligten waren das Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt als Auslober des landschaftsplanerischen Wettbewerbs *„Parklandschaft Tempelhof“*, in Zusammenarbeit mit den Bezirksämtern Tempelhof-Schöneberg, Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg. Die GrünBerlin GmbH war als Bauherr vorgesehen. Die Verfahrensdurchführung lag bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt. (vgl. SenStadtUm 2012: 66)

Eine frühzeitige Bürgerbeteiligung ist *„bei einem so prominenten Projekt wie der Tempelhofer Freiheit [...] besonders wichtig, da das Interesse besonders groß ist und auch sehr viele Berliner und Berlinerinnen zukünftig das Gebiet nutzen werden.“* SenStadtUm (2012: 38) Es wurde erkannt, dass Bürgerbeteiligung wichtig ist, da das Thema alle angeht.

Daher wurde frühzeitig eine umfangreiche Bürgerbeteiligung in mehreren Schritten angestrebt. (Abb. 2) Es wurden verschiedene Methoden zur Partizipation angewandt, um möglichst viele verschiedene Bevölkerungsgruppen zu erreichen. (vgl. SenStadtUm 2012: 38) Die Anfänge der Planung und der Beteiligung sind Thema der erste Interviewfrage, die den InterviewpartnerInnen gestellt wurde. Sie lautete: *„War die Planung bzw. dass etwas geplant wird bereits entschieden, bevor beteiligt wurde? Sodass Flexibilität und Kreativität eingeschränkt wurden?“*

Herr X. (SenStadtUm) antwortete, dass das Planungsziel Wohnungsbau bereits feststand. Der Bau von 4.700 Wohnungen war geplant. Nur die Details, wie Dichte oder die Höhe der Bebauung, waren noch nicht klar. Somit ging es von vornherein nur um das WIE und nicht um das OB. Die Bebauung des Tempelhofer Feldes stand außer Frage, nur in welcher Form bebaut wird, war noch nicht klar. Dass das OB nicht zur Debatte stand, hat die Initiative 100 % Tempelhofer Feld schnell erkannt und sich in den Beteiligungsveranstaltungen, die laut ihrer Auffassung bestenfalls gute



Abbildung 2: Ablauf der Partizipation zum Masterplan (SenStadtUm 2012: 37).

Informationsveranstaltungen waren, nicht ausreichend Ernst genommen gefühlt. Herr Y. (BUND) teilte im Interview die Information mit, dass die SenStadtUm einige Flächen des ehemaligen Flughafens vom Bund gekauft hat und der Finanzsenator viel Wert darauf legte, dass diese Flächen Einnahmen erzielen, also entsprechend verwertet werden. Die Verbindung zwischen dem Tempelhofer Feld als Einnahmequelle für die Finanzierung der Sanierung des Flughafengebäudes fixierte, wie viel Fläche auf dem Tempelhofer Feld bebaut werden sollte. Frühzeitig war der Grün- und Freiflächenaspekt auf dem Tempelhofer Feld, nach Herr Y. (BUND) sehr stark gegenüber der Bebauung im Konflikt zur späteren Nutzung des Tempelhofer Feldes getreten. Laut Herr Y. (BUND) wurde das Bebauungsthema mit dem Masterplan deutlich.

Die folgende Auflistung zeigt die verschiedenen Beteiligungsveranstaltungen, die von der SenStadtUm und der Tempelhof Projekt GmbH geführt wurden. 2007 wurde der Beteiligung durch einen **Internetdialog** mit der Frage „*Was braucht Berlin an diesem Ort?*“ gestartet (Abb. 3, S. 22). Über den Versand und das Auslegen von Benachrichtigungskarten und Plakaten wurden BürgerInnen über diese Beteiligungsmöglichkeiten informiert. Zudem gab es viele Pressemitteilungen und öffentliche Stellen und Multiplikatoren konnten einen Teaser mit Bild auf ihrer Homepage einpflegen. Des Weiteren gab es die Möglichkeit sich in Newsletter-Netzwerken zu informieren und an einer Verlosung für eine Bustour über das Tempelhofer Feld teilzunehmen. (Vgl. SenStadtUm 23.10.2013: 5) Die Zahlen der Menschen, die sich dort beteiligt haben, ist schwer nachvollziehbar. In der Antwort der *KLEINEN ANFRAGE NR. 17/12 785* der Piraten an das Abgeordnetenhaus über die Bürgerbeteiligung zu Planungen am Tempelhofer Feld werden die Besuche, Registrierungen, Kommentare und Bewertungen summiert. Dadurch kommt der Senat auf die 68.000 Besuche der Website insgesamt. Das sind jedoch nur Besuche, nicht jeder Besuch fand durch eine andere Person statt. Es kann also eine Person gleichzeitig etwas kommentieren und bewerten. Die Zahl der registrierten Nutzer ist wesentlich geringer. In der ersten Phase des Internetdialogs im Frühsommer, registrierten sich 1000 BesucherInnen. Im Herbst, in der 2. Phase, 1.400 BesucherInnen. Somit sind es insgesamt 2.400 registrierte BesucherInnen, die 400 Ideenvorschläge für die Nutzung des Feldes, wie beispielsweise die Skateanlage Vogelfreiheit, einbrachten. (vgl. SenStadtUm 23.10.2013: 1)

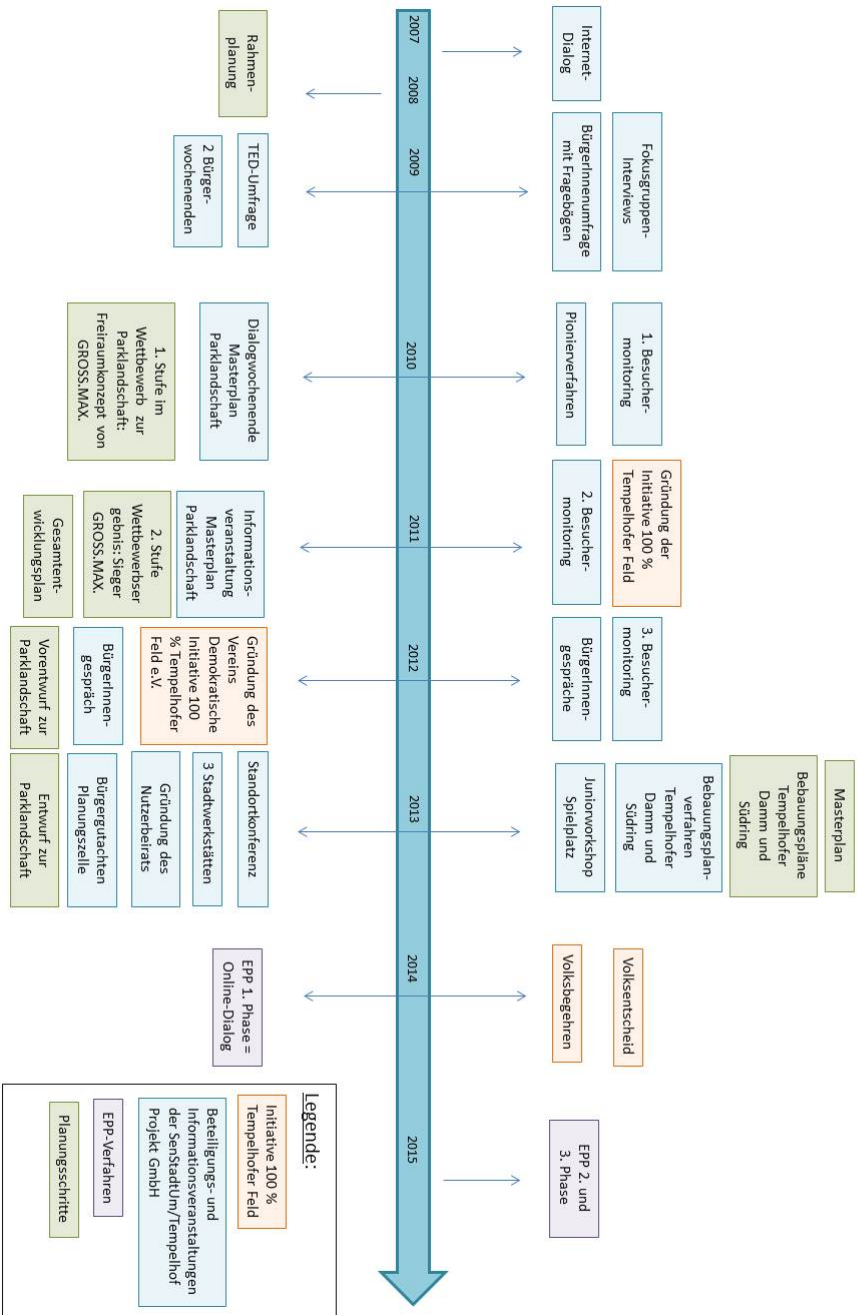


Abbildung 3: Zeitstrahl zu Beteiligungsveranstaltungen und weiteren wichtigen Ereignissen im Bezug auf den Volksentscheid zum Tempelhofer Feld (Eigene Darstellung).

Im Oktober 2008 wurde der Flughafen Tempelhof nach 85 Jahren Betrieb geschlossen. 2009 ging es weiter mit einer schriftlichen **Befragung**, bei der 6.000 Fragebögen direkt per Anschreiben an AnwohnerInnen der an das Feld angrenzenden Quartiere verschickt wurden, um Wünsche und Ideen der Menschen für die Zukunft des Tempelhofer Feldes zu erhalten. Auch hierzu gab es eine Pressemitteilung und eine Ansprache über Vereine, das Quartiersmanagement und ähnliche Zusammenschlüsse, beispielsweise die Fokusgruppen. (vgl. SenStadtUm 23.10.2013: 5) Ca. 25% der Fragebögen wurden beantwortet. (vgl. SenStadtUm 2012: 38) Des Weiteren wurde mithilfe von **Fokusgruppengesprächen** versucht an die Meinungen und Ideen weiterer Menschen zu gelangen. In 17 Gruppeninterviews wurde eine Teilnehmerschaft von 138 Personen mit 60% Migrationshintergrund befragt. Hierzu wurden Einladungskarten und Plakate im Einzugsbereich ausgelegt und aufgehängt. An beiden Wochenenden wurden Anzeigen in Tageszeitungen geschaltet und der Termin wurde auf Internetportalen, die mit Tempelhof in Zusammenhang standen, bekannt gegeben. (vgl. SenStadtUm 23.10.2013: 5) Im Oktober 2009 fanden zwei **Bürgerwochenenden** am 3./4.10 und 10./11.10.2009 statt, bei denen 1.200 auswertbare Fragebögen und 74 Pläne von BürgerInnen in Workshops erarbeitet wurden. Über diese Veranstaltung wurde ähnlich wie bei den Veranstaltungen im Sommer 2009 informiert, jedoch ohne Anzeigen in Zeitungen. Bei der **TED-Umfrage** beteiligten sich 833 Menschen. (Vgl. Tempelhof Projekt et. al. 2014; vgl. SenStadtUm 23.10.2013: 2) *„Die Ergebnisse waren Grundlage für die Ausschreibung zum landschaftsplanerischen Wettbewerb.“* Die Ergebnisse der Beteiligung, also die Wünsche und Ideen der BürgerInnen, wurden den im Masterplanwettbewerb teilnehmenden Büros zur Verfügung gestellt. Hier hätte es laut Initiative 100 % Tempelhofer Feld bereits bemerkt werden können von Seiten der Politik bzw. der SenStadtUm, dass es keinen Masterplanwettbewerb braucht. Würden die BürgerInnen und ihre Ideen wirklich ernst genommen, wäre bereits klar gewesen, dass das Feld als Freiraum für Erholung und Weiteres genutzt werden will und gebraucht wird.

Auf Druck der vielen Proteste, Demos und Aktionen der BürgerInnen wurde das Tempelhofer Feld am 8. Mai 2010 für die Öffentlichkeit geöffnet. Das war laut Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld) auch eine Errungenschaft der Squad-Bewegung. Deren AnhängerInnen formten einen Widerstand, in dem sie durch das Stürmen der Zäune zur Öffnung des Tempelhofer Feldes drängten. Ebenfalls wurde das **Pionierverfahren** gestartet. Es diente der Ansiedlung von Projekten und Initiativen mit unterschiedlichen Angeboten an verschiedenen Teilflächen des Tempelhofer Feldes. Sie erhielten Verträge für maximal drei Jahre, wenn sie sich erfolgreich entwickelten, sollten sie langfristig den Standort behalten dürfen.

Am 28.8/29.8 fand ein **Dialog-Weekende** zwischen BürgerInnen, den Landschaftsarchitekten, dem Preisgericht und der SenStadtUm statt. Dort wurde über die bisherigen Planungsentwürfe diskutiert. Änderungswünsche, beispielsweise das Fehlen von Wasser, die aus der Bürgerbeteiligung hervorgingen, wurden dem Siegerentwurf hinzugefügt. (vgl. SenStadtUm 23.10.2013: 3)

Um das Geschehen auf dem Feld zu erfassen, wurde 2010 ein **Besuchermonitoring** begonnen. Dabei wurden Zählungen der auf dem Feld anwesenden Personen vorgenommen und NutzerInnen stichprobenhaft befragt.

„In einem internationalen landschaftsplanerischen Wettbewerb wählte ein Preisgericht im Sommer 2010 aus 78 eingereichten Arbeiten sechs Wettbewerbsentwürfe aus und diskutierte diese mit der Öffentlichkeit. Im Ergebnis des nachfolgenden Verhandlungsverfahrens mit den sechs Preisträgern empfahl die Jury im Frühjahr 2011 die Arbeit des schottischen Teams GROSS.MAX. / Sutherland Hussey als Grundlage für die weitere Entwicklung der Parklandschaft.“ (Tempelhof Projekt et. al. 2014)

Die Ausschreibung der Fläche des Tempelhofer Feldes in einem Masterplanwettbewerb wurde durch die SenStadtUm durchgeführt. Zur Information über die erste Wettbewerbsstufe wurde ein **Dialogwochenende** mit den Landschaftsarchitekten, Vertretern des Preisgerichts und der Senatsverwaltung abgehalten. Gerade einmal 2.400 Menschen nahmen Teil.

Nach der endgültigen Entscheidung über den *„Entwurf zur Gestaltung der Parklandschaft“* gab es im Mai 2011 eine weitere Informationsveranstaltung, die rund 300 Menschen das Ergebnis vorstellte. (Vgl. Tempelhof Projekt et. al. 2014) 300 Menschen sind viel zu wenig, dafür dass es um einen herausragenden Standorts in Berlin geht, der laut SenStadtUm nationale und internationale Bedeutsamkeit erfährt. Auch, die Form, nur über das Ergebnis zu informieren, scheint der Präsenz des Themas nicht ausreichend.

Der Entwurf von GROSS.MAX. brachte den Gedanken einer Allmende auf das Tempelhofer

Feld und stellte die Fläche der „Leere“ als Gegenpol zur engen Stadt dar. Die Bürgerschaft fand besonders die Einteilung des Tempelhofer Feldes in bepflanzte Fläche und Freifläche gut. Die Idee von GROSS.MAX, naturnahe Bereiche in Szene zu setzen und zu verbessern, statt auf alt bewährte Grünflächen zu setzen, fand ebenfalls Zuspruch. (Vgl. SenStadtUm 2012: 49)

Im Jahr 2011 und 2012 wurde das **Besuchermonitoring** fortgeführt. 2012 wurden in den drei an das Tempelhofer Feld angrenzenden Stadtteilen, Neukölln, Tempelhof-Schöneberg und Friedrichshain-Kreuzberg, **BürgerInnengespräche** mit jeweils 150-200 BürgerInnen durchgeführt. In diesen Gesprächen konnten Gestaltungsvorschläge und weitere Anregungen von der Anwohnerschaft eingebracht werden. (vgl. SenStadtUm 23.10.2013: 3)

Aus dem Entwurf von GROSS.MAX. wurde von der Tempelhof Projekt GmbH zusammen mit ASTOC Architects & PLanners, UrbanPLAN, ARGUS, den Landes- und Bezirksverwaltungen, sowie externen ExpertInnen der Masterplan entwickelt. (vgl. Tempelhof Projekt et. al. 2014: 1) Am 6. März 2013 wurde auf einer Standortkonferenz der Masterplan zum Tempelhofer Feld durch den Senator für Stadtentwicklung und Umwelt der Öffentlichkeit vorgestellt. Daran anschließend fand am 9. März 2013 eine **Stadtwerkstatt** statt, in der die interessierte Bürgerschaft die Möglichkeit zur Diskussion der Inhalte und Schwerpunkte des Masterplans (Abb. 4) mit ExpertInnen der SenStadtUm, den Projektgesellschaften Tempelhof Projekt GmbH und GrünBerlin GmbH sowie GutachterInnen gegeben wurde. *„Ein Masterplan definiert klare städtebauliche, freiraum- und verkehrsplanerische Ziele auf einer abstrakten planerischen Ebene. Er ist nicht vergleichbar mit rechtsgültigen Flächennutzungsplänen oder Bebauungsplänen.“* (Tempelhof Projekt GmbH et. al. 2013)

Neben der zentralen Freifläche des Tempelhofer Feldes, die als Park weiterentwickelt werden sollte, sah der Masterplan eine Bebauung vor, welche in drei Bereiche unterteilt wurde (Abb. 4, S. 24). Zum einen das südwestlich an das Flughafengebäude angrenzende Wohn- und Bildungsquartier Tempelhofer Damm. In diesem Areal war neben dem Bau neuer Wohnungen auch der Neubau der Zentralen Landesbibliothek (ZLB) geplant. Südlich der Landebahnen sollte das Quartier Am Südring entstehen. Themenschwerpunkte waren hier Arbeiten und Wohnen. Um das Quartier an die vorhandene Infrastruktur anzubinden, war der Bau einer Brücke über die Oberlandstraße vorgesehen sowie eine neue S-Bahnstation *„Tempelhofer Freiheit“*. Mit der Aufteilung des Gebiets war der innere Bereich für den Bau neuer Wohnungen gedacht und im äußeren Teil Gewerbegebiete. Der Übergang sollte durch einen Gürtel von gemischten Flächen gebildet werden. (vgl. Tempelhof Projekt GmbH et. al. 2013) Das dritte Quartier war im Osten des Tempelhofer Feldes an der Oderstraße gelegen. Dieses Quartier war als reines Wohnquartier geplant.

Im August 2013 wurde ein **Nutzerbeirat Parklandschaft** gegründet. Diese NutzerInnen sind ein Beteiligungsgremium, das in regelmäßigen Sitzungen über verschiedene Aspekte der Entwicklung der Parklandschaft tagt. Die Planentwürfe für die Bebauungspläne am Tempelhofer Damm und am Südring wurden vom 26. September 2013 bis zum 1. November 2013 in einer Ausstellung der Bevölkerung vorgestellt. (vgl. SenStadtUm 23.10.2013: 4)

Für die Standortkonferenz, die Stadtwerkstatt und den Nutzerbeirat wurden im Vorfeld Einladungskarten per Postwurfsendung in den umliegenden Nachbarschaften verteilt und Einladungen über die E-Mailverteiler der SenStadtUm, der Tempelhof Projekt GmbH und der GrünBerlin GmbH verschickt. Lokale und regionale Medien wurden über diese Termine informiert und alle Termine zu Veranstaltungen standen auf der Standortseite www.tempelhoferfreiheit.de.

Am 15. Oktober 2013 fand ein **Bürgergespräch** unter dem Motto: *„Das Tempelhofer Feld ist für alle da! Mischen Sie sich ein und diskutieren Sie mit“* statt. An einer öffentlichen Diskussion mit dem Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Michael Müller, haben sich 300 BürgerInnen beteiligt. Im Herbst 2013 begann das **Bebauungsplanverfahren** Tempelhofer Damm und Südring und dessen Vorstellung gegenüber der Bevölkerung. Im Dezember wurden 75 BürgerInnen zufällig ausgewählt um ein **Bürgergutachten** in einem zweitägigen Workshop zu erstellen. Auch die Ergebnisse dieser Planungszelle sind laut SenStadtUm in den weiteren Planungsprozess mit eingeflossen. (Vgl. Tempelhof Projekt 2014)

Fraglich ist, ob das die richtigen Wege bzw. die richtige Art der Kommunikation war. Laut SenStadtUm haben sich die verschiedenen Kommunikationswege und Beteiligungsformate bewährt. *„Es wurden viele verschiedene Bevölkerungsgruppen erreicht, nicht nur die, die regelmäßig an Diskussionsveranstaltungen teilnehmen und bereit sind, sich zu Wort zu melden.“* (SenStadtUm 23.10.2013: 6) Dies zu ermöglichen, bedeutet einen enormen Kostenaufwand, der aus Sicht der SenStadtUm an-

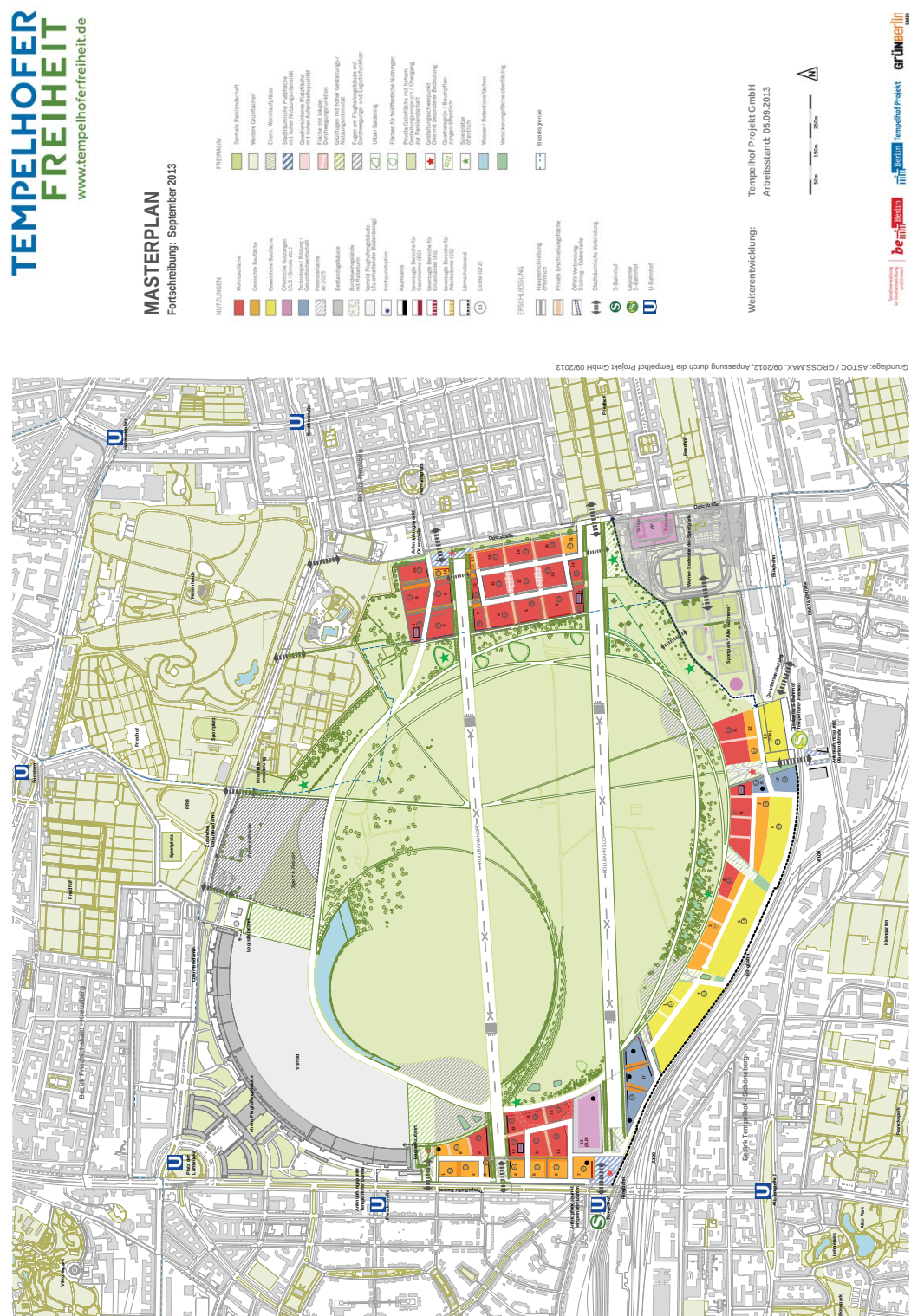


Abbildung 4: Masterplan zum Tempelhofer Feld (Tempelhofer Projekt GmbH: 2013).

gesichts der Größe des Plangebiets und der Bedeutung der Aufgabe gerechtfertigt erscheint. Auch für die vielen Informationsflyer wurde kein Aufwand und keine Kosten gescheut. (vgl. SenStadtUm 23.10.2013: 6)

Das keine Kosten von der SenStadtUm gescheut wurden, ist auch der Initiative 100 % Tempelhofer Feld aufgefallen. Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld) meinte, dass Vieles sehr kostspielig erschien. Oft gab es bei den Veranstaltungen Getränke und Häppchen. Alles wurde professionell aufgezogen, auch Herr Müller (damals als Stadtentwicklungssenator, jetzt regierender Bürgermeister) und Frau Lüscher (Bausenatorin) waren manchmal anwesend. Aber die Prominenz und dieser ganze Aufwand habe sich einen eher ärgern lassen, so Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld): „[...] weil man gedacht hat: für wie bescheuert halten die einen?“ (Anhang II: 69)

Generell wurde die Partizipation in vier thematische Beteiligungsräume eingeteilt: die Gesamtentwicklung, die Parklandschaft, die Baufelder und das Flughafengebäude. Ab 2013 sollten die folgenden Beteiligungsformate: Standortkonferenz, Stadtwerkstatt, Planungszelle/Bürgergutachten, Nutzerbeirat Park und verschiedene Informationsausstellungen fortlaufend angeboten werden. (Vgl. SenStadtUm 23.10.2013: 7) Zur siebten Frage aus der kleinen Anfrage der Piraten gegenüber dem Abgeordnetenhaus, in der sie wissen möchten, welche Ergebnisse der Bürgerbeteiligung in den Planungen zum Tempelhofer Feld umgesetzt wurden und werden, antwortet die SenStadtUm, dass die Gestaltung der zukünftigen Parklandschaft Tempelhof das Ergebnis einer breiten Bürgerbeteiligung darstellt. *„Mit sehr großer Mehrheit wünschen sich die Teilnehmenden mehr Bäume, Wasserelemente, Gastronomie, Spiel- und Sportangebote, Bänke, Geländebewegung und kleinteiligere Räume und Wege sowie bessere Zugänge.“* (SenStadtUm 23.10.2013: 8) Somit seien laut SenStadtUm die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung schon weitgehend in die Planung eingebunden.

Da mit der Parklandschaft, laut SenStadtUm, dem Bürgerwillen entsprochen wird, warten sie nicht auf den Abschluss der nächsten Stufe des Volksbegehren der Initiative 100% Tempelhofer Feld: *„Aufgrund des dringenden Wohnungsbedarfs in Berlin und der langen planerischen und partizipatorischen Vorläufen kann nicht bis zum Vorliegen des Ergebnisses des Volksbegehren gewartet werden.“* (SenStadtUm 23.10.2013: 8-9) Beispielsweise das Wasserbecken wurde auf Grundlage von Umfrageergebnissen, in denen sich viele BürgerInnen für kleinteilige Wasserlemente oder einen Badesees ausgesprochen hatten, von Seiten der SenStadtUm gerechtfertigt. Laut Herr Y. (BUND) ist das Wasserbecken weder kleinteilig noch ein Badesees. Somit wurden die Aussagen der BürgerInnen verkürzt, um eine breite Unterstützung aus der Bürgerschaft für das Vorhaben darstellen zu können. Das treffe laut Herr Y. (BUND) den Berufsethos der Verwaltung: *„Wir machen hier eben für alle Bürger, das ist eine gute Sache, was wir hier machen.“* (Anhang II: 59) Das mit den weiteren Planungsschritten nicht gewartet wurde, liegt laut Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH) auch daran, dass kaum jemand von Seiten der SenStadtUm an den Erfolg des Volksbegehren geglaubt hat.

Aus der Stellungnahme der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz e.V. (BLN), des BUND (LV Berlin), des NABU (LV Berlin), der Baumschutzgemeinschaft Berlin, der GRÜNEN LIGA Berlin, der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (LV Berlin), des Naturschutzzentrums Ökowerk Berlin, der NaturFreunde (LV Berlin) und der übrigen BLN-Mitgliedsverbände zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit Bebauungsplan 7-70 und 7-71:

Einer der zentralen Kritikpunkte der BLN ist die Öffentlichkeitsbeteiligung der SenStadtUm bei der Parkgestaltung und der Randbebauung. Diese wird laut BLN *„vornehmlich als Legitimationsinstrument für die Planung missbraucht, eine ergebnisoffene und faire Auseinandersetzung über das Pro- und Contra der Planungen findet nicht statt.“* (Schubert 2013: 1) Der BLN stellt fest, dass die BerlinerInnen diskutieren und kommentieren dürfen, aber das generelle OB dieser vorgelegten Planung nicht zur Debatte steht. Als Grundlage der Planung der SenStadtUm dient der Masterplan, welcher ohne Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeitet wurde. Für das Bebauungsverfahren wird von der SenStadtUm als gesetzt definiert, ohne eine Diskussion der damit verbundenen Änderungen des FNP. Daraus leitet der BLN ab, dass *„die frühzeitige Beteiligung zu einzelnen Bebauungsplänen ohne vorherige Diskussion der grundsätzlichen Entwicklungsoptionen für das Tempelhofer Feld [...] damit fundamental den Grundsätzen einer guten Planung und einer transparenten und offenen Bürgerbeteiligung (Abwägung, Alternativendiskussion, Abschtichung der*

Planungsverfahren) [widerspricht].“ (Schubert 2013: 1)

Zudem fehlt es nach dem BLN an einer Abwägung aller betroffenen Belange und einer Offenheit gegenüber grundsätzlicher Alternativen (einschließlich der sogenannten „Null“-Variante). Die SenStadtUm stellt Ihre Planungen zur Randbebauung und Gestaltung des Tempelhofer Feldes als alternativlos dar. Die Abwägung aller betroffenen öffentlichen und privaten Belange findet offenbar nur in Detailfragen statt. (vgl. Schubert 2013: 3)

Zusammenfassend stellt der BLN fest, „[...] dass die Begründungen für die Bebauungsplanentwürfe bei Weitem nicht den Anforderungen für die Durchführung einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung entsprechen.“ (Schubert 2013: 22) Nüchterne und nachvollziehbare Informationen zu den Planentwürfen mit wesentliche Aussagen zu den Wohnungszahlen, den Gewerbeflächen und dem Verkehr fehlen. Für das Verständnis der Planung reichen die bisher nur sehr bedingt ableitbaren Auswirkungen auf betroffene private und öffentliche Belange nicht aus. „Ohne verständliche und das 'Für & Wider' der Planung darstellende Bauplanungsunterlagen wird die Bürgerbeteiligung zur Farce.“ (Schubert 2013: 22)

Gerade bei stadtpolitisch herausragenden Planungen, wie dem Tempelhofer Feld, sollte mehr von Seiten der SenStadtUm zu erwarten sein. Die Planungsunterlagen unterscheiden sich teilweise in ihren Aussagen von den Fachgutachten, Inhalte werden nicht begründet, sondern nur bewertet (z.B. Ausgleich von Eingriffen in Naturhaushalt und Landschaft), und bei den Informationen auf den Flyern fehlt der Bezug zu den Gutachten als Quellenangabe. Unter diesen Umständen ist es fast unmöglich, sich als BürgerIn ernsthaft mit den Fakten der Planung auseinanderzusetzen. (Vgl. Schubert 2013: 22)

Im Hintergrundpapier zu Planung und Öffentlichkeitsbeteiligung von Wasserbecken, Landform und Rundweg auf dem Tempelhofer Feld wirft der BUND der SenStadtUm das Setzen von neuen Maßstäbe hinsichtlich Intransparenz und Bürger-Nicht-Beteiligung bei den aktuellen Vorhaben (Wasserbecken, Landform und Rundweg) der Parkplanung des Tempelhofer Feldes vor. (Heuser et. al. 2013: 11)

3.2 Die Initiative 100 % Tempelhofer Feld

Die Initiative 100 % Tempelhofer Feld beziehungsweise der 2012 gegründete Verein Demokratische Initiative 100% Tempelhofer Feld e.V. ist eine Bürgerinitiative von BürgerInnen Berlins für den Schutz und Erhalt des Tempelhofer Feldes in Berlin. „Insbesondere setzt sich der Verein ein für

- den Erhalt des Tempelhofer Feldes in Berlin als innerstädtische Offenlandschaft
- den Erhalt des wertvollen Landschaftsbildes des Tempelhofer Feldes, geprägt durch große, zusammenhängende Wiesenflächen
- den Schutz, die Erhaltung, Verbesserung und Pflege der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes auf dem Tempelhofer Feld mit seiner stadtklimatisch wirksamen Ausgleichfunktion
- den Erhalt des eigentlichen Flugfeldes auf dem Tempelhofer Feld in seiner gesamten Größen-dimensionierung und Ausprägung mit seiner besonderen kulturhistorischen Bedeutung
- den Erhalt von und den angemessenen Umgang mit den auf dem Tempelhofer Feld befindlichen geschichtlichen Relikten aus der Zeit der NS-Herrschaft, als auf dem Tempelhofer Feld Konzentrations- und Zwangsarbeiterlager betrieben wurden
- die Ermöglichung solcher Erholungs- und Freizeitnutzungen, die den oben aufgeführten Zielen nicht widersprechen, in Anerkennung des Erholungsbedürfnisses der Bewohnerinnen und Bewohner im hochverdichteten Berliner Stadtgebiet“ (Demokratische Initiative 100 % Tempelhofer Feld e. V.: 2012)

Der Vorstand, der durch die Mitgliederversammlung gewählt ist, vertritt den Verein. Die Mitglieder des (derzeitigen) Vorstands sind: Mareike Witt, Lena Schulte, Michael Schneidewind, Diego Cardenas und Niklas Engelmann (Kassenwart).

In der Satzung des Vereins Demokratische Initiative 100% Tempelhofer Feld e.V. im § 2 Zweck des Vereins unter Abschnitt (3) sind die o. g. Ziele des Vereins aufgeführt. Um diese zu Verwirklichen sind in Abschnitt (4) folgende Aufgaben genannt:

- „(a) *das öffentliche Eintreten für den Erhalt des Tempelhofer Feldes, wie die aktive Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen mit Bezug zum Tempelhofer Feld, die Organisation eigener Veranstaltungen (z.B. Podiumsdiskussionen, Workshops) und die Stellungnahme zu Presse- und Medienberichten*
- (b) *die Veröffentlichung von Information mit dem Ziel der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Belange des Tempelhofer Feldes im Sinne des Vereinszweckes*
- (c) *das Einwirken auf öffentliche Entscheidungsträger sowie gesellschaftlich relevante Gruppen und Organisationen im Sinne des Vereinszweckes*
- (d) *die kritische Begleitung und Mitwirkung an relevanten Planungs- und Entscheidungsprozessen mit Bezug zum Tempelhofer Feld im Sinne des Vereinszweckes*
- (e) *die Nutzung der vom Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene gegebenen Instrumente im Sinne des Vereinszweckes, insbesondere der durch die Berliner Verfassung ermöglichten Einbringung von Gesetzesvorlagen durch Volksbegehren“ (Demokratische Initiative 100 % Tempelhofer Feld e. V.: 2012)*

Die lokale Initiative 100 % Tempelhofer Feld ist TrägerIn des Volksbegehrens zum Tempelhofer Feld, welches zum Volksentscheid geführt hat. Für den Volksentscheid wurde aus der Initiative 100 % Tempelhofer Feld heraus der Verein Demokratische Initiative 100% Tempelhofer Feld e.V. gegründet. Die Initiative besteht nach wie vor und hat viele AnhängerInnen. Nicht jede Person aus der Initiative ist auch Mitglied im Verein Demokratische Initiative 100% Tempelhofer Feld e.V.

Die Reaktion auf die Bildung der Initiative 100 % Tempelhofer Feld von Seiten der Senatsverwaltung war laut Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH) flach bis gar nicht vorhanden. Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH) sagte, dass sie (Tempelhof Projekt GmbH, M. H.) oft versucht haben an die Verwaltung durchzustellen, dass sie (SenStadtUm, M. H.) das was die Initiative 100 % Tempelhofer Feld kommuniziert nicht im Vakuumraum stehen lassen können. Die SenStadtUm hätte nach der Meinung von Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH) einen offiziellen Kommentar abgeben müssen. Indem sie (SenStadtUm, M. H.) sagen, wofür es die Umsetzung der Planungen braucht. Viele Aussagen, die seitens der Initiative 100 % Tempelhofer Feld in die Öffentlichkeit getragen wurden, waren laut Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH) falsch. Das nicht klar zu stellen und laufen zu lassen, war in der Wahrnehmung der SenStadtUm nicht richtig, meinte Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH). (vgl. Anhang II: 65)

„Sie haben uns mit Flyern, die deutlich an der Realität vorbeigingen sehr geärgert“, sagte Herr X. (SenStadtUm) im Interview auf meine Frage zur Reaktion auf die Initiative 100 % Tempelhofer Feld. (Anhang II: 55)

Der BUND als größter Unterstützer der Initiative 100 % Tempelhofer Feld, sieht die Reaktion auf die Initiative ähnlich wie Frau X (Tempelhof Projekt GmbH). Herr Y. (BUND) sagte, dass die Initiative als zu klein, geldlos und allein (mit nur wenigen Unterstützern, M. H.) unterschätzt wurde. (vgl. Anhang II: 60)

Laut der Aussage von Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld) gab es kaum eine politische Reaktion. Die Politik hätte die Bürgerinitiative erst spät ernst genommen. Sie nennt ein Beispiel: An einem Montag mussten Unterschriften eingereicht werden und am Freitag vorher soll noch völlig ausgeschlossen worden sein, dass das Quorum erreicht wird. Dabei lagen dann am Montag Abend weit über 180.000 Unterschriften vor. (vgl. Anhang II: 70)

3.3 InterviewpartnerInnen

An alle Organisationen der jeweiligen InterviewpartnerInnen (Tab. 3.1 und Tab. 3.2) wurden Interviewanfragen per E-Mail verschickt. Es wurde versucht direkt an eine personenbezogene E-Mailadresse zu schreiben, wenn das nicht möglich war, dann wurden Info-E-Mailadresse oder Kontaktformulare der Homepages benutzt. Nach einer Zusage für ein Interview wurde anschließend per Telefon ein Termin vereinbart.

Vor Beginn des Interviews bzw. vor Einschalten des Aufnahmegeräts wurden alle InterviewpartnerInnen nochmals kurz über die Inhalte und Zielsetzungen der Arbeit und des Interviews

informiert, sowie die Anonymität erklärt. Die Erzählbereitschaft war bei allen InterviewpartnerInnen gegeben, bei einigen ausgesprochen ausgeprägt. Alle gaben sich Mühe, die Fragen ausführlich und präzise zu beantworten. Je nach Informationsstand und Wissensstand der einzelnen Personen, wurden manche Fragen genauer, andere allgemeiner beantwortet. Transkribiert wurden die Interviews anhand der Tonaufnahme des Interviews und der Mitschriften. Bei der Transkription wurde sich an den Grundsätzen von Gläser und Laudel orientiert. So wurde in Standardorthographie verschriftet und keine literarische Umschrift verwendet (z.B. „hast du“ statt „haste“).

Um eine Übersichtlichkeit der Interviewtranskripte zu erreichen wurden die Fragen gegenüber den Antworten in kursiv hervorgehoben. Zudem wird jeweils eine Frage mit Antwort als ein Absatz gegliedert. Inhaltlich zusammengehörige Aussagen wurden zusammen in einer Antwort, also in einem Absatz, formatiert. (vgl. Gläser 2010: 193-194)

Der Fragebogen ist als Anhang I und die Interviewtranskripte als Anhang II angehängt.

3.4 Das Volksbegehren

Das Tempelhofer Feld war bereits einmal Thema eines Volksbegehren. Die geplante Schließung des Flughafens Tempelhof 2008 wurde unter dem Titel *„Tempelhof bleibt Verkehrsflughafen!“* von der Interessengemeinschaft City-Airport Tempelhof e.V. zu einer Unterschriftensammlung genutzt. Eine Forderung gegenüber dem Senat war sofort die Schließungsabsichten aufzugeben und den Widerruf der Betriebsgenehmigung aufzuheben. Damals stimmten 60,1 % für die Offenhaltung, das entsprach aber nur 21,7 % aller Berliner Wahlberechtigten. Das war zu wenig und somit scheiterte dieser Volksentscheid. Generell schafften es bisher nur fünf Volksbegehren zum Volksentscheid. Davon wurde nur einer, der Wassertisch, gewonnen. (Vgl. Gennies 2014: 1)

Das Volksbegehren der Initiative 100% Tempelhofer Feld konnte bereits nach den ersten vier Wochen des Volksbegehren mehr als 30.000 Unterschriften für den Erhalt des Tempelhofer Feldes sammeln. (vgl. Initiative 100 % Tempelhofer Feld: 2013) Bis zum 13. Januar 2014, dem letzten Tag der Eintragsfrist, waren 2 487 385 Personen stimmberechtigt. Für ein Zustandekommen des Volksbegehren mussten 7 % der Stimmberechtigten, in Zahlen 174 117 Personen, dem Volksbegehren zustimmen. Eingereicht wurden insgesamt 237 063 Unterschriften, davon waren 185 328 Unterschriften gültig, das sind 11 211 Unterschriften mehr als erforderlich. (Vgl. Die Landesabstimmungsleiterin für Berlin 28.01.2014: 1)

Nach Meinung von Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH) würde heute, bei erneuter Stimmenauszählung, wahrscheinlich ein anderes Ergebnis entstehen. Der Vorwurf der Stimmfälschung fand von Seiten der Politik statt. Es wären auch Stimmen von Personen, die nicht wahlberechtigt seien, da sie nicht alt genug waren oder nicht länger als drei Monate in Berlin wohnen, gewertet worden, so der Vorwurf. Argumente, die auch von Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH) angegeben worden sind, dass viele Unterschriften nicht nur auf dem Feld gesammelt wurden, was auch viele Touristen auf die Listen gebracht haben soll, sondern auch in der U-Bahn gesammelt wurde. Dadurch sei eine Art Gruppenzwang ausgelöst worden: Wenn Ihnen das Tempelhofer Feld lieb ist, dann unterschreiben Sie hier. Auf Formalien, wie das Kontrollieren der Wahlberechtigungen sei nicht eingegangen worden. Dass, die Unterschriftenlisten nicht noch einmal überprüft wurden, sei ein großes Versäumnis des Senats, so Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH). Es gäbe laut ihr hunderttausend Stimmen, die nicht als gültig anerkannt werden dürften. (vgl. Anhang II: 66)

Zu der öffentlichen Diskussion über die Stimmenauszählung werden ähnliche Vorwürfe auch von Seiten der Politik laut, es hätten Manipulationen bei den Unterschriften stattgefunden. Das Sammeln und Einreichen ungültiger Unterschriften von Personen, die gar nicht wahlberechtigt seien, wurde unterstellt. Die Landesabstimmungsleiterin von Berlin nahm in einer Pressemitteilung zum Volksbegehren dazu Stellung: *„Dafür liegen mir keine Anhaltspunkte vor. Die Hinweise, die ich an die Bezirkswahlämter zur Prüfung der Unterschriften gegeben habe, stehen selbstverständlich im Einklang mit dem Abstimmungsgesetz. Seit 2008 stellt das Abstimmungsgesetz ausdrücklich darauf ab, ob trotz unleserlicher, unvollständiger oder fehlerhafter Eintragungen die unterzeichnende Person identifizierbar ist. War also die unterzeichnende Person zweifelfrei erkennbar und die anderen Voraussetzungen für eine gültige Zustimmung zum Volksbegehren erfüllt, wurden auch unvollständige Eintragungen als gültig gewertet. Anders wäre es natürlich bei gefälschten Unterschriften gewesen. Diese hätten als ungültig gewertet und der Staatsanwaltschaft übergeben werden müssen. Denn die Fälschung einer Unterschrift ist eine Straftat. Die Berliner Bezirkswahlämter haben mir mitgeteilt,*

Organisation	Name	Bereich/Funktion	Ort	Datum	Dauer
SenStadt Um	Herr X.	Städtebauliche Projekte	Sitz der SenStadt Um, in der Brückenstr. 6	13.05.2015	10:00 - 10:50 Uhr
BUND Landesverband Berlin	Herr Y.	Vorstand	Sitz des Landesverbandes, Crellestr. 35	13.05.2015	13:00 - 14:10 Uhr
Tempelhof Projekt GmbH	Frau X.	Planung und Entwicklung	Sitz der GmbH, Columbiadamm 10	21.05.2015	16:20 - 17:10 Uhr
Initiative „100% Tempelhofer Feld“	Frau Y.	Vorstand	Tempelhofer Feld	21.05.2015	20:00 - 21:00 Uhr

Name	Interviewvereinbarung	räumliche und zeitliche Besonderheiten	Interviewdurchführung	Nach dem Interview
Herr X.	bereitwillig	kurzes Telefonat zwischendurch	freundlich	Reichung der kleinen Anfrage der Piraten
Herr Y.	bereitwillig	keine Störungen, gute Atmosphäre	freundlich	Bitte um Zuschicken der Bachelor-Arbeit
Frau X.	bereitwillig	verspäteter Beginn	distanziert	
Frau Y.	bereitwillig	verspäteter Beginn, draußen auf dem Feld	freundlich	Bitte um Zuschicken der Bachelor-Arbeit

Tabelle 3: 1. Übersicht zu den Interviews (Eigene Darstellung), Tabelle 3.2: Darstellung der Interviewsituationen (Eigene Darstellung)

dass ihnen keine Hinweise auf gefälschte Eintragungen vorliegen.“ (Die Landesabstimmungsleiterin für Berlin 28.01.2014: 1)

Somit stellte die Landesabstimmungsleiterin, Dr. Petra Michaelis-Merzbach fest, dass die für das Volksbegehren geltenden Vorschriften beachtet worden sind und dass das Volksbegehren über den Erhalt des Tempelhofer Feldes zustande gekommen ist. (vgl. Die Landesabstimmungsleiterin für Berlin 28.01.2014: 1)

Der nächste Schritt, ein Volksentscheid über die Zukunft des Tempelhofer Feldes, konnte nun eingeleitet werden. Der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld fand am 25. Mai 2014 statt. (vgl. Initiative 100 % Tempelhofer Feld: 2013)

3.5 Der Volksentscheid

*"[...] der Entscheid zu Tempelhof fußt auf einer Reihe von Kampagnen, Aktionstagen, Kämpfen und Initiativen rund um das Tempelhofer Feld. Zu erwähnen sind hier etwa die Aktionstage zur Besetzung „Have You Ever Squatted an Airport“ oder die Initiative „Tempelhof für Alle!“ in den Jahren 2008 und 2009. Denn damals wollte der Senat noch nicht mal temporär eine Parknutzung zulassen und wurde erst durch die Kampagne und massiven zivilen Ungehorsam mehrerer tausend Teilnehmer*innen zur Öffnung des Areals gedrängt. Ein Stadtplaner auf Senatsseite gab im Tagesspiegel direkt zu, dass die so erkämpfte frühe Öffnung des Feldes den Ausschlag für den erfolgreichen Volksentscheid einige Jahre später gegeben hat. Denn nur so hätten die Menschen das Feld kennen und lieben gelernt, was aus der Perspektive der Bebauungs- und Verwertungsinteressen eben ein Fehler gewesen sei.“* (Kahlo 2014: 6)

Zur Wahl beim Volksentscheid zum Tempelhofer Feld standen zwei Gesetzesentwürfe zur zukünftigen Entwicklung des Tempelhofer Feldes. Einerseits das ThF-Gesetz der Initiative 100% Tempelhofer Feld, welches für den Erhalt und Schutz der Fläche steht, und andererseits das Kontergesetz des Abgeordnetenhauses. Bezüglich der beiden Gesetzesentwürfe wurden im Vorlauf der Wahl (Wahlkampf) Vorwürfe und Spekulationen laut. So wurde der Gesetzesentwurf der Initiative 100 % Tempelhofer Feld als 100 % Stillstand des Feldes deklariert und der Gesetzesentwurf des Abgeordnetenhauses als Gesetzesgrundlage für den Masterplan bezeichnet.

Eine Auswertung des Prozesses vor der Abstimmung vom BUND zeigte bereits, „[...] dass es neuer Regeln für Beteiligung bei der Stadtentwicklung, aber auch beim Zusammenspiel zwischen parlamentarischer Demokratie bedarf.“ (Heuser 2014: 2) Der BUND betitelte eines ihrer Hintergrundpapiere über den Volksentscheid zum Tempelhofer Feld: *„Klarheit statt Verwirrung: Welche Entwicklungsoptionen bieten die Gesetzesentwürfe für das Tempelhofer Feld?“* Ein offener Dialog und eine faire Diskussion von Alternativen hätte Klarheit bei allen Beteiligten schaffen können. Bei der Diskussion über das Tempelhofer Feld ist problematisch, dass die vorliegenden Gesetzesentwürfe nur einen Rahmen für die weitere Entwicklung abstecken, welcher zukünftig erst noch durch weitere Planungsschritte ausgefüllt werden muss. Dadurch entsteht der oben genannte breite Interpretationsspielraum über die Wirkung der Gesetze. Sowohl die Trägerin des Volksbegehrens, die Initiative „100 Tempelhofer Feld“ als auch die SPD setzten auf eine polarisierende Interpretation dieser Spielräume, um den eigenen Gesetzesentwurf durchzubringen. Der Senat hat seine Planungsabsichten mit dem Masterplan skizziert, aber nicht detailliert und endgültig formuliert. Die Spekulationen über eventuelle Ausfüllungen des Gesetzesentwurfs des Abgeordnetenhauses bieten vor allem im Hinblick auf zukünftige Regierungen Spielraum. Vermutungen und Zweifel zur möglichen Randbebauung entstehen. Es könnten mehr „Luxusimmobilien“ geplant und gebaut werden, aber auch eine Gestaltung der Baufelder als Parkanlage ist denkbar - nicht festgeschrieben. (Vgl. Heuser 2014: 3)

Ebenso bestehen Entwicklungsoptionen im Gesetzesentwurf der Initiative „100 % Tempelhofer Feld“. Die Rahmensetzung des ThF-Gesetzes ist jedoch detaillierter für die weitere Nutzung des Feldes verfasst. Die charakteristische offene Wiesenlandschaft, die stadtklimatische Funktion, die historischen Bezüge werden, laut BUND, geschützt. (Heuser 2014: 4)

„Eine Vielfalt von Teilnehmungsformaten ersetzt keinen strukturierten und transparenten Entscheidungsprozess unter Beteiligung der Öffentlichkeit. Alternativlos ist keine Planung, mögliche Alternativen müssen fair und offen konkretisiert, diskutiert und dann durch die zuständige Volksvertretung entschieden werden. Trifft diese keine breit akzeptierte Entscheidung muss die Entscheidung durch ein Volksbegehren rückholbar sein.“ (Heuser 2014: 6)

Der Volksentscheid am 25. Mai 2014 zum Tempelhofer Feld führte zu einem klaren Ergebnis und ist der zweite Volksentscheid, nach dem Wassertisch, der in Berlin gewonnen wurde bzw. positiv für die TrägerInnen des Volksbegehrens ausging. Der Gesetzesentwurf der Initiative 100 % Tempelhofer Feld, das ThF-Gesetz, erhielt 739.121 Ja-Stimmen, gegenüber 468.094 Ja-Stimmen für das Gesetz des Abgeordnetenhauses (Abb. 5 und Abb. 6).

Das ThF-Gesetz trat am 14. Juni 2015 in Kraft. Es sieht die partizipative Erstellung eines Entwicklungs- und Pflegeplans für das Tempelhofer Feld vor. „*Es ist wichtig, dass das Land Berlin die Berlinerinnen und Berliner in die Umsetzung dieses Gesetzes und in die Verwaltung des Feldes einbezieht und hierfür geeignete Verfahren entwickelt.*“ (Initiative 100 % Tempelhofer Feld: 2014)

Stimmberechtigte absolut	2 491 365
Teilnehmer absolut	1 149 145
Abstimmungsbeteiligung in Prozent	46,1
1. Abstimmungsfrage (Zustimmung zum Gesetzesentwurf der Trägerin)	
JA-Stimmen	
absolut	739 124
in Prozent der Teilnehmer	64,3
in Prozent der Stimmberechtigten	29,7
NEIN-Stimmen	
absolut	343 982
in Prozent der Teilnehmer	29,9
Ungültige Stimmen	
absolut	66 039
in Prozent der Teilnehmer	5,7
2. Abstimmungsfrage (Zustimmung zum Gesetzesentwurf des Abgeordnetenhauses)	
JA-Stimmen	
absolut	468 094
in Prozent der Teilnehmer	40,7
in Prozent der Stimmberechtigten	18,8
NEIN-Stimmen	
absolut	588 586
in Prozent der Teilnehmer	51,2
Ungültige Stimmen	
absolut	92 465
in Prozent der Teilnehmer	8,0

Abbildung 5: Korrigiertes endgültiges Ergebnis des Volksentscheids (Die Landeswahlleiterin: 2014).

In der Abbildung 5 ist das korrigierte und endgültige Ergebnis des Volksentscheids aufgeteilt in Punkt 1 die Stimmen für und gegen den Gesetzesentwurf der Initiative 100 % Tempelhofer Feld und unter Punkt 2 die Stimmen für und gegen den Gesetzesentwurf des Abgeordnetenhauses dargestellt.

Die Abbildung 6 zeigt die Stimmenverteilung in einem Säulendiagramm an. Deutlich zu erkennen ist die höchste orangefarbene Säule, welche die Ja-Stimmen für den Gesetzesentwurf der Initiative anzeigt. Sie ragt mit Abstand über die rote Querlinie, die das nötige Quorum im Diagramm darstellt.

Somit zeigen die beiden höchsten Säulen, dass in allen Berliner Bezirken die Menschen ihre Stimme mehrheitlich gegen den Gesetzesentwurf des Abgeordnetenhauses und für den Gesetzesentwurf der Initiative 100 % Tempelhofer Feld abgegeben haben.

In der Abbildung 7 sind die Beteiligung und die abgegebenen Stimmen nach den einzelnen Bezirken Berlins aufgeführt.

Demnach haben sich 53,2 % der Stimmberechtigten aus dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg an der Abstimmung zum Volksentscheid beteiligt. In Friedrichshain Kreuzberg haben 54,2 % der Stimmberechtigten und in Neukölln 46,3 % der Stimmberechtigten teilgenommen. Damit war die Wahlbeteiligung in den umliegenden Bezirken des Tempelhofer Feldes mit am Höchsten. Prozentual die wenigsten TeilnehmerInnen hatte der Bezirk Marzahn-Hellersdorf mit 32,9 % der Stimmberechtigten, begründbar unter anderem durch die entfernte Lage zum Tempelhofer Feld.

Die Landesabstimmungsleiterin erklärt, dass nach § 36 Abs. 1 des Abstimmungsgesetzes ein Gesetzesentwurf durch einen Volksentscheid angenommen ist, wenn die Mehrheit der TeilnehmerInnen und zugleich mindestens ein Viertel der Stimmberechtigten zustimmt. Somit konnte von der Landesabstimmungsleiterin festgestellt werden, dass der Volksentscheid nach den geltenden Vorschriften gültig ist und dass der Gesetzesentwurf der Trägerin des Volksbegehrens (Initiative 100 %

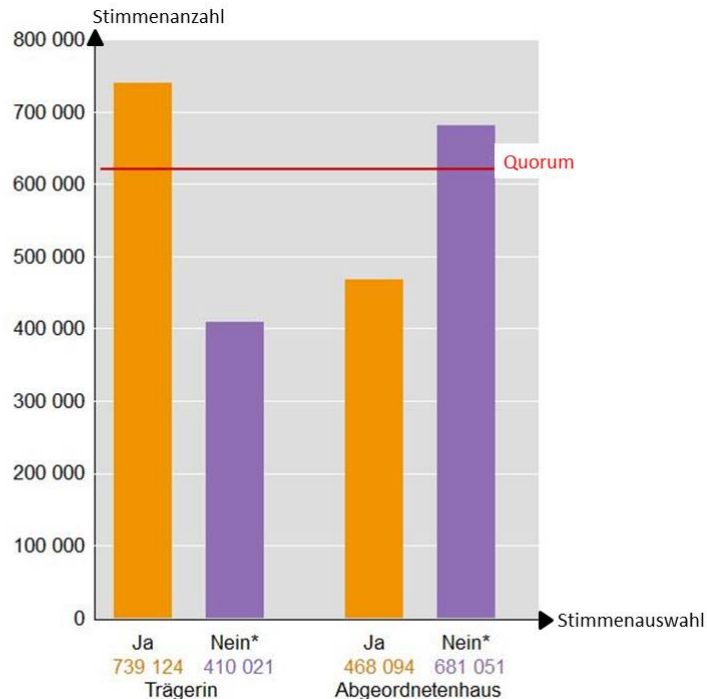


Abbildung 6: Zustimmung zum Gesetzentwurf der Trägerin/ des Abgeordnetenhauses Berlin (Die Landeswahlleiterin: 2014 verändert).

Tempelhofer Feld) angenommen wurde. (vgl. Die Landesabstimmungsleiterin für Berlin 05.06.2014: 2)

Die Reaktionen auf den Volksentscheid von Seiten der SenStadtUm und Tempelhof Projekt waren ähnlich. Beide haben mir in den Interviews berichtet, dass nicht an den Erfolg des Volksentscheid geglaubt wurde. Bis zuletzt habe man gedacht, dass das Quorum nicht erreicht wird, so Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH). (vgl. Anhang II: 66 - 67) Das deutliche Ergebnis des Volksentscheid hat Politik und Verwaltung überrascht. Die Initiative 100 % Tempelhofer Feld wurde von Seiten der Politik und der Verwaltung unterschätzt.

Trotz dessen stellte sich die Frage: Wie konnte die Initiative den Volksentscheid gewinnen? Laut Wambach (2010: 429) „[...] muss ein Sachthema innerhalb kurzer Zeit in der gesamten Stadt kommuniziert und nicht nur Interesse, sondern entscheidungsreifes Interesse geweckt werden. Ein breites Interesse, das mehrere Hunderttausend BürgerInnen der Stadt dazu bewegt, zur Abstimmung zu gehen und entweder dafür oder dagegen abzustimmen.“ Im Vergleich hierzu die letzte Europawahl, bei der sich nur 35 % der BerlinerInnen beteiligt haben. Der Vergleich zur Europawahl, bei der der Versuch ein breites Interesse zu wecken gescheitert ist, scheint auf den ersten Blick nicht einleuchtend. Jedoch ist das Thema Europa nicht scheinbar so nah am Menschen wie das Tempelhofer Feld in Berlin - für die BerlinerInnen direkt vor der Nase. Der NIMBY-Effekt war mit ausschlaggebend. Das Sachthema Tempelhofer Feld musste nicht „[...] innerhalb kurzer Zeit in der gesamten Stadt kommuniziert [...] werden“. Es war bereits bekannt, das Interesse musste nicht erst geweckt werden. (Vgl. Wambach 2010: 429)

Herr X. (SenStadtUm) beschrieb die Mittel der Initiative 100 % Tempelhofer Feld als „Propagandamittel“ mit denen die Menschen gefangen wurden. Gegen diese, laut Herr X. (SenStadtUm) unfairen Mittel, konnte sich die SenStadtUm nicht wehren. Auch mehrfache Gegendarstellungen, die die SenStadtUm in Zeitungen geschrieben habe, konnten nichts ausrichten, sagte Herr X. (SenStadtUm). Zudem meinte er, wären sie (Initiative 100 % Tempelhofer Feld, M. H.) mit vielen Gruppen in allen Bezirken hoch aktiv gewesen. Dies könne eine Behörde, laut Herr X. (SenStadtUm), gar nicht leisten, dafür fehle es an Kraft und Personal. (vgl. Anhang II: 55)

Herr Y. vom BUND, der größte Unterstützer der Initiative 100 % Tempelhofer Feld, sagt, dass die Politik und die Verwaltung nicht nur die Initiative unterschätzt hätten, sondern auch den Volks-

Region	Stimm- berechtigte	Teilnehmer	Gesetzentwurf...					
			der Trägerin			des Abgeordnetenhauses		
			Ja	Nein	Ungültige	Ja	Nein	Ungültige
	Anzahl							
Berlin	2.491.365	1.149.145	739.124	343.982	66.039	468.094	588.586	92.465
Mitte	203.653	92.068	59.996	27.520	4.552	36.729	48.747	6.592
Friedrichshain-Kreuzberg	172.597	93.533	72.401	18.245	2.887	24.527	63.452	5.554
Pankow	285.162	132.510	82.690	42.456	7.364	57.887	65.191	9.432
Charlottenburg-Wilmersdorf	217.811	115.094	69.934	38.408	6.752	52.315	53.061	9.718
Spandau	164.167	64.867	38.181	21.848	4.838	31.074	27.560	6.233
Steglitz-Zehlendorf	218.597	122.960	75.333	40.100	7.527	51.029	61.410	10.521
Tempelhof-Schöneberg	233.925	124.453	86.440	32.145	5.868	41.631	72.864	9.958
Neukölln	204.633	94.790	70.390	19.952	4.448	27.878	59.470	7.442
Treptow-Köpenick	200.959	87.427	55.805	25.963	5.659	37.019	42.801	7.607
Marzahn-Hellersdorf	202.671	66.644	38.294	23.667	4.683	34.324	26.753	5.567
Lichtenberg	205.284	74.963	45.065	24.662	5.236	35.008	33.563	6.392
Reinickendorf	181.906	79.836	44.595	29.016	6.225	38.673	33.714	7.449

Abbildung 7: Beteiligung und abgegebene Stimmen zum Volksentscheid nach Bezirk (Die Landesabstimmungsleiterin für Berlin: 2014).

entscheid. Der Volksentscheid wurde laut Herr Y. (BUND) aus der Mitte der Gesellschaft aufgegriffen. Viele Menschen hätten sich selber aktiviert und Unterschriften gesammelt. Dies beschreibt Herr Y. (BUND) als Top-Down Ansatz, welcher laut ihm in die bekannte Logik der Parteien nicht rein passte und nicht verstanden wurde. Die emotionale Schlagkraft des Themas, wie es Herr Y. (BUND) erklärt, wurde von Politik und Verwaltung unterschätzt. (vgl. Anhang II: 60)

Auf die Frage: ob der Volksentscheid als direkt-demokratisches Instrument zu nutzen sei oder besser verhindert werden sollte, indem früher eine Lösung gefunden wird, habe ich verschiedene Antworten von meinen InterviewpartnerInnen bekommen.

Konkret zum Volksentscheid zum Tempelhofer Feld in Berlin, äußerte sich Herr X (SenStadtUm). Es sei schwer einschätzbar, ob es wirklich um die Planung in der Abstimmung ging oder eher die Stimmung gegen die Politik entscheidend war, sagte er. Er denkt, dass der Volksentscheid von einer leicht lenkbaren und schwer zu beherrschenden Stimmung getragen wurde und somit der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld nicht unbedingt klug gewesen sei. (vgl. Anhang II: 54) Auch Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH) beschrieb die schlechte Stimmung gegenüber Politik und Verwaltung mit den BürgerInnenaussagen die SenStadtUm kriege keine Großprojekte in den Griff, sie verschleudere Geld, baue Berlin weit immer mehr Luxuswohnungen und jetzt auch noch auf dem Tempelhofer Feld. *„Wir (BerlinerInnen) glauben Denen (Senat) nicht, die erzählen zwar die machen hier eine Randbebauung, aber eigentlich wollen die alles zu bauen. Die fangen jetzt mit dem Rand an und in zehn Jahren ist alles zu gebaut“*, so gab Frau X. (Tempelhof Projekt) die Vorwürfe der BerlinerInnen wieder. (Anhang II: 66) In dieser aufgeheizten Atmosphäre zu vermitteln und zu kommunizieren wurde laut Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH) nicht geschafft. Das Misstrauen der Bürger gegenüber dem Senat reichte nach Aussage von Frau X. bis zu Tempelhof Projekt selbst. Sie beschreibt es anhand einer ihrer Meinung nach oft vertretender BürgerInnenansicht: *„Die (Senat) machen, was die wollen - ich (BerlinerIn) glaub denen kein Wort - ja, wenn Sie (Tempelhof Projekt GmbH) das so sagen, Sie arbeiten in deren Auftrag (SenStadtUm), Sie müssen das so sagen.“* (Anhang II: 66).

3.5.1 Folgen des Volksentscheids

Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen eines Verzichts auf die Teilbebauung des Tempelhofer Flugfeldes

Laut Brettschneider (2015: 282) können negative Folgen dieser Kontroverse Rufschädigung des Vorhabenträgers, ein zeitliche Verzögerung oder das Ende des Projekts bedeuten und der Stadt als Wirtschaftsstandort Verluste bringen. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen eines Verzichts auf die Teilbebauung des Tempelhofer Flugfeldes wurden bereits 2012, also vor dem Volksentscheid

in einem Gutachten von empirica - Forschung und Beratung, im Auftrag der Tempelhof Projekt GmbH und der SenStadtUm aufgeführt. Darin heißt es: „*Das Tempelhofer Flugfeld wird aktuell als Sport- und Freizeitfläche genutzt. Das Gelände ist im wesentlichen noch in dem Zustand, als es noch als Flugfeld genutzt wurde. Der aktuelle Rahmenplan sieht eine Bebauung der Ränder des Geländes in vier Baufeldern vor. Als Nutzung sind überwiegend Wohnungen und kleinteiliges Gewerbe vorgesehen. Auch ein Zentraler Omnibusbahnhof und die geplante Zentrale Landesbibliothek soll auf dem Gelände angesiedelt werden.*“ (empirica 2012: 1) Nach diesen Vorgaben hat die empirica eine Alternativfläche zum Tempelhofer Feld, als Vergleichsfläche einer Nicht-Bebauung des Feldes in ihren Berechnungen benutzt. Berlin verfügt aus historischen Gründen über viele verfügbare Bauflächen, z.B. ehemalige Industriebrachen, Baulücken, den Mauerstreifen und weitere unbebaute Zwischenräume, die Alternativflächen darstellen. Laut dem Flächenmonitor der SenStadtUm sind 775 Bauflächen, davon 535 für Wohnen und Gewerbe, zusammen 2.900 ha als bis 2030 zu bebaubare Flächen im FNP dargestellt. Zudem gibt es eine Vielzahl kleinerer Flächen. Deshalb wird laut empirica „*eine Nicht-Bebauung des Tempelhofer Flugfeldes auch nicht dazu führen, dass die dort geplanten Wohnungen, Büros oder Gewerberäume nicht gebaut werden. Eine Nicht-Bebauung wird 'nur' dazu führen, dass die geplanten Investitionen auf anderen, alternativ verfügbaren Flächen getätigt werden.*“ (empirica 2012: 3)

Die volkswirtschaftlichen Vorteile und Nachteile einer Bebauung oder Nicht-Bebauung des Tempelhofer Flugfeldes entstehen daher nicht durch die Bebauung selbst, sondern durch die Lage der Freifläche. Das Tempelhofer Feld, die Freifläche des ehemaligen Flugfeldes Tempelhof, ist als Freifläche grundsätzlich nicht einmalig in Berlin, laut empirica. Auch im Umland der Stadt finden sich viele große, offene und ähnliche Freiflächen beispielsweise das ehemalige Flugfeld in Sperenberg im Süden Berlins oder das demnächst in Tegel verfügbare Flugfeld. Ein Flächenmangel bzw. eine Bodenknappheit sei zur Bebauung mit Wohnungen, Büros und anderem Gewerbe, ebenso wie zur Nutzung als öffentlicher Park oder als landwirtschaftliche Fläche prinzipiell nicht vorhanden. (Vgl. empirica 2012: 3) Auch Herr Y. (BUND) teilt eine ähnliche Sichtweise. Die Aussage der Politik und des Senats, die die Polarisierung im Volksentscheid verstärkt hat: „*Wenn wir hier (Tempelhofer Feld) nicht bauen, dann geht Berlin unter, weil wir das Wohnungsproblem nicht gelöst kriegen.*“ Auch laut BUND gibt es aber genug Flächen, die bebaut werden können. Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH) teilt diese Ansicht nicht, sie unterstellt dem BUND eine Verunglimpfung mit Zahlen, in dem er behauptet, dass ca. zehneinhalb tausend Wohnungen durch Nachverdichtung entstehen könnten. Das wären jedoch größtenteils Dachaufstockungen von Privatbauten. Dazu kann man kein Rechenmodell erstellen, meint Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH). „*Das wäre ja Ameisenverkehr, bei jedem Eigentümer zu klingeln und zu fragen: Sind Sie bereit noch zwei Stockwerke drauf zusetzen?*“ (Anhang II: 67) So kann laut Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH) nicht steuernd eingegriffen werden.

Besonders am Tempelhofer Feld sei, laut empirica, seine zentrale Lage innerhalb des S-Bahn-Ringes. Diese Zentralität wird von empirica als Ursache für die hohe Nachfrage der Fläche und die starke Nutzungskonkurrenz als Sport- und Freizeitfläche und für Wohnen, Büros und Gewerbe angesehen. Ihre Aussage: „*Wäre das Tempelhofer Flugfeld 10 km weiter südlich gelegen, gäbe es dieses Gutachten nicht.*“ (empirica 2012: 4) ist kritisch zu sehen. Der Versuch eine Sache auf einen Hauptgrund zurückzuführen und damit alles zu erklären, stellt sich generell als schwierig dar. Speziell beim Tempelhofer Feld werden viele verschiedene Gründe des Interesses am Feld kundgetan, sodass allein die Zentralität nicht ausreicht. In den Interviews wurden mir von Herr Y. (BUND) die Bedeutung des Tempelhofer Feldes aufgrund seiner einzigartigen Gestalt der Natur mit den offenen Wiesenlandschaften mitten in der Stadt, aber auch als Freizeit- und Sportraum als Freifläche anderen Typs mit ganz anderen Nutzungsmöglichkeiten als Tiergarten oder Ähnliches erklärt. Vor allem auch die geschichtliche Bedeutung als Stück West-Berliner Geschichte sei nicht zu unterschätzen. (vgl. Anhang II: 60) Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld) sieht ähnliche Gründe und stellt eine generelle Stimmung in Berlin fest, die besagte dass man nicht noch mehr Luxuswohnungen, sondern Lebensqualität braucht. Letztere drücke sich in echtem bezahlbaren Wohnungsraum aus, der werde aber nicht durch Neubau geschaffen, sagt Sie. (vgl. Anhang II: 70)

Das Ziel der Studie von empirica ist, den volkswirtschaftlichen Wert der Zentralität einer Bebauung zu messen. (Vgl. empirica 2012: 4) Empirica hat in ihrer Studie das Tempelhofer Feld mit einer Ausgleichsfläche verglichen und jeweils verschiedene Werte ermittelt, die den (Bau-)Wert der Flächen darstellen sollen. Problematisch dabei ist die Berechnung des Werts der Flächen bei

Nichtbebauung, also die Berechnung des Verlusts von Park- bzw. Sport und Freizeitflächen. Für diese Flächen bestehen zwar auch Richtwerte, aber die Bewertung von öffentlichen Gütern ist bei der praktischen Anwendung schwierig. Die Wertschätzung der BenutzerInnen, die Volkswirtschaftslehre spricht von Zahlungsbereitschaften, ist grundsätzlich unbekannt. (Vgl. empirica 2012: 12)

Es wird davon ausgegangen, *„dass die BesucherInnen durch ihren Besuch offenlegen, dass ihre Zahlungsbereitschaft für den Besuch eines Parks mindestens den Kosten der Anreise entspricht. Zwar sind die Reisekosten abhängig von der Entfernung und werden öffentliche Parks vor allem aus dem Nahbereich besucht, trotzdem hat sich in der Literatur als pragmatischer Ansatz durchgesetzt, den Preis für einen Nahverkehrsfahrschein als Zahlungsbereitschaft für den Besuch eines Parks zugrunde zulegen.“* (empirica 2012: 13) Das heißt die BerlinerInnen geben für Hin- und Rückfahrt 4,80 Euro (Stand: 2012, heute 5,80) aus, daraufhin entspricht die Zahlungsbereitschaft für das Tempelhofer Feld jährlich mehr als 7,7 Mio. Euro.

Dass der Wert den man als BürgerIn empfindet, am Preis des BVG-Tickets gemessen wird, ist nicht deren Ernst? empörte sich Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld) während des Interviews. Die Kostenschätzung zum volkswirtschaftlichen Schaden, den das Volksbegehren anrichtet, wurde ordentlich und professionell durch geführt, das stellt sie nicht in Frage. Aber den Wert des Feldes am BVG-Ticket zu messen und ihn auf die Zentralität der Fläche des Tempelhofer Feldes innerhalb des S-Bahnringes zu beschränken, wäre nicht richtig, laut Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld). Der S-Bahnring sei nicht in allen Stadtteilen die entscheidende Größe, ob man zentral wohnt oder nicht, sagt Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld). Wenn die Stadtplanung das so sieht, dann gehe das, laut Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld) an den BerlinerInnen vorbei. Zur Verdeutlichung nennt sie Beispiele wie das Rathaus Steglitz, welches außerhalb des S-Bahnringes liegt und zentral ist oder dass in Tempelhof eher das Ende der U-Bahnlinie 6 den Einschnitt der Zentralität bildet. In Wedding oder Reinickendorf gibt es ihrer Meinung nach S-Bahn-Stationen der Ringbahn, die man als nicht so zentral einordnen würde. (Vgl. Anhang II: 70) Damit stellt sie das Zentralitäts-Argument bzw. die Zentralität des Tempelhofer Feldes als das große Bebauungsargument in Frage.

Außerdem müssten bei einer Nicht-Bebauung die Auswirkungen auf die Verkehrsbelastung beachtet werden. Wird das Tempelhofer Feld nicht bebaut, dann wird ein dezentraler Alternativstandort bebaut, von dem aus die Menschen weitere Distanzen überwinden müssen, um zu ihren jeweiligen Zielen zu gelangen, laut empirica. Aus dem 2007 von der Bundesregierung im Rahmen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und der im Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg festgelegten raumordnerischen Grundsatz, dass die Innenentwicklung vor der Außenentwicklung der Begrenzung des Flächenverbrauchs, des Bodenschutzes und damit der Minimierung der Verkehrsbelastung diene, schlussfolgert empirica (2012: 14) *„eine Nicht-Bebauung des Tempelhofer Feldes führt daher zu mehr Verkehr in der Stadt“*. Andererseits führt auch eine Bebauung des Tempelhofer Feldes zu mehr Verkehr in der Stadt. Die BewohnerInnen eines Standortes müssen durch die Stadt, egal wo Sie wohnen. Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld) äußerte sich dazu, in dem Sie eine Frage aus der Bürgerschaft und die Antwort der SenStadtUm wiedergibt. Einige Anwohner hätten mal nach den Parkplätzen und der Verkehrssituation gefragt, da es auf dem Tempelhofer Damm bereits zu Stoßzeiten zum Stau kommt. Es soll eine Parallelstraße zum Tempelhofer Damm entstehen, war die Antwort der SenStadtUm/Tempelhof Projekt GmbH. Nur muss diese Straße ja auch an der S-Bahnstation und am Platz der Luftbrücke wieder in den Tempelhofer Damm münden, fragten sich die AnwohnerInnen. Das Verkehrsthema wurde somit nicht ausreichend beantwortet. Auf Nachfrage hat man eine Antwort der SenStadtUm erhalten, die lautete: *„wir sind doch alle umweltbewusst und Grün, im besten Fall hat keiner, der auf das Feld zieht, ein Auto“*. (Anhang II, S. 69) Bei solch einer Antwort fühlt man sich nicht Ernst genommen, schilderte Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld).

Im Ergebnis von empirica entstehen rund 298 Mio. Euro volkswirtschaftliche Kosten bei einer Nicht-Bebauung des Tempelhofer Feldes.

Nach dem Volksentscheid, in dem das ThF-Gesetz zur Erhaltung des Tempelhofer Feldes gewählt wurde, hat die Pressestelle der SenStadtUm ein Papier zu den Auswirkungen des Volksentscheides vom 25. Mai 2014 für das Tempelhofer Feld veröffentlicht. Darin sind die verschiedenen Folgen des von der SenStadtUm verlorenen Volksentscheids aufgeführt. Die für die Betrachtung in dieser Bachelorarbeit als wichtig erscheinen, werden nachfolgend dargestellt. Es werden die Arbei-

ten am Masterplan und das B-Planverfahren für die Quartiere Tempelhofer Damm, Südgelände und Oderstraße eingestellt. Zudem wird die Baugenehmigung für den Bau des Wasserbeckens aufgehoben und die Beendigung der Arbeiten zur Gestaltung der Parklandschaft genannt. Anstelle dessen erfolgt nach dem ThF-Gesetz die Erarbeitung eines Entwicklungs- und Pflegeplanes unter Beteiligung der Bevölkerung. Das ThF-Gesetz wird unter Fachaufsicht der SenStadtUm von der, mit der Freiflächenbewirtschaftung beauftragten Grün Berlin GmbH umgesetzt. Weitere Aufgaben aus dem ThF-Gesetz sind die Altlasten- und Kampfmittelberäumung, die Anlegung eines Flächennutzungskatasters (Wiesenkataster), die Nutzung des Regenwassers des Flughafengebäudes und des Vorfeldes zur Wiesenbewässerung. Des Weiteren werden die archäologischen Untersuchungen auf dem Feld und die Entwicklung eines Gedenkkonzeptes weiter vorangetrieben. Die geplanten Infrastrukturgänzungsmaßnahmen an S- und U-Bahnhöfen im Umfeld werden umgesetzt (Aufzug U-Bhf. Platz der Luftbrücke, Öffnung Ostausgang U-Bhf. Tempelhof, Ostausgang U-Bhf. Paradedstr.). Für eine Zentrale Landesbibliothek (ZLB) müssen andere mögliche Standorte gefunden werden. (Vgl. Tempelhof Projekt et. al. 2014)

Herr X. (SenStadtUm) meint, dass es durchaus nur eine Frage der Zeit sei, wie lange es sich Berlin leisten kann diese gigantischen Wohnungsbaureserven für ein paar Kyter und 10.000 Leute, die ihre eigenen Interessen durchsetzen wollen, ruhen zu lassen. (vgl. Anhang II: 56) Laut Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld) ist eine Bebauung des Feldes für viele Leute eine totale Absage an die Bürger. Über 730.000 BerlinerInnen haben sich klar in der Frage positioniert: Das Feld soll unbebaut bleiben! Es fand eine große Bürgerbeteiligung bei der Abstimmung im Volksentscheid statt, sagt Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld). Wenn das Ergebnis nicht Ernst genommen wird, wird auch der Bürgerwille nicht Ernst genommen, meint Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld). Wird das Feld bebaut, so wurden nach Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld) die Vorgaben des Volksentscheids missachtet. (vgl. Anhang II: 71)

Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH) denkt, dass die BürgerInnen vielleicht irgendwann mal erkennen, dass das Tempelhofer Feld im Sinne des nachhaltigen Städtebaus bebaut werden muss. Nach ihrer Meinung muss der Senat seine Anstrengungen, die er laut ihr unternimmt um raus zu filtern, wo noch bebaut werden kann, mit den BürgerInnen kommunizieren. (vgl. Anhang II: 68)

3.6 Erstellung des Entwicklungs- und Pflegeplans

Zur Erarbeitung des Beteiligungsmodells zum Entwicklungs- und Pflegeplan Tempelhofer Feld hat die SenStadtUm nach dem Volksentscheid eine Pressemitteilung herausgegeben. Darin erläutert sie kurz die Entwicklung des Beteiligungsmodells, die Akteure, den Online-Dialog, die Beteiligung, das Ergebnis, den Koordinator, den dreistufigen Beteiligungsprozess, die juristische Begleitung und die Begleitung durch ein Beteiligungsbüro, sowie ein Büro für Freiraumplanung.

Wie nach dem ThF-Gesetz vorgesehen soll der EPP für das Tempelhofer Feld unter Beteiligung der Bevölkerung erarbeitet werden. Zudem soll der EPP laut SenStadtUm, Planungsgemeinschaft Kohlbrenner eG, nexus Institut 2014: 1 „[...] die Belange der im ThF-Gesetz definierten Schutz-, Erhaltungs-, Bewahrungs- und Pflegezwecke und Entwicklungsziele beinhalten, die naturschutzfachlichen Belange regeln und organisieren und als Basis für mögliche Umsetzungen von Freizeitaktivitäten und Nutzungsansprüchen der Bevölkerung dienen.“ Dafür wurde unter Beteiligung aller relevanten Akteure ein Verfahrensvorschlag für die Erarbeitung des EPP mit einem offenen, transparenten und zielorientierten Beteiligungsmodell entwickelt. Folgende Akteure sind zu beteiligen: NutzerInnen einschließlich Nutzerbeirat, die zivilgesellschaftlichen Akteure wie der Landessportbund und vereinsgebundener Sportbund, die Initiative 100% Tempelhofer Feld, die Naturschutzverbände u. a. Hinzu kommen interessierte BerlinerInnen, die Politik durch VertreterInnen der Abgeordnetenfraktionen, die Verwaltung durch die SenStadtUm, die GrünBerlin GmbH, sowie VertreterInnen der an das Tempelhofer Feld angrenzenden Bezirke Tempelhof-Schöneberg, Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln. Als externe Fachleute werden ExpertInnen für Bürgerbeteiligung, Landschaftsplanung und Recht hinzugezogen. (vgl. SenStadtUm, Planungsgemeinschaft Kohlbrenner eG, nexus Institut 2014: 1)

Es entstand ein Verfahrensablauf mit einzelnen Phasen. Phase 1 war der Online-Dialog, in dem die BürgerInnen Ideen äußern konnten. In der Phase 2, die zurzeit läuft, werden diese Ideen in Themenwerkstätten diskutiert und Leitlinien, sowie Maßnahmenkonzepte erarbeitet. Aus dem bereits stattgefundenen Online-Dialog, der von Herbst 2014 bis Frühjahr 2015 ging, sollen Vorschläge

der BerlinerInnen zum EPP in den weiteren Beteiligungsprozess eingehen. Ab August 2015 soll der EPP auf Grundlage des ThF-Gesetzes und in Abstimmung mit der Bürgerschaft als Ergebnis des Beteiligungsprozesses vorliegen. (vgl. SenStadtUm, Planungsgemeinschaft Kohlbrenner eG, nexus Institut 2014: 1-2)

Als Verfahrenskoordinator des gesamten Beteiligungsprozesses zum EPP wurde der Landesgeschäftsführer des BUND, Tilmann Heuser, bestimmt. Er bereitet den Prozess vor und führt ihn durch, indem er, nach den Vorstellungen der SenStadtUm, mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren Vorgespräche führt und mit der operativen Ebene aus der SenStadtUm und der GrünBerlin GmbH zusammenarbeitet. Im Interview mit dem BUND wurde berichtet, dass Herr Tilmann Heuser neutral arbeite und die SenStadtUm sich vielleicht etwas zu viel Zusammenarbeit vorgestellt hat.

Durch die einzelnen Stufen und Phasen des Prozesses zum EPP wird der Verfahrenskoordinator von einem Beteiligungsbüro in der fachlich angemessenen Vorbereitung, der Durchführung und der Moderation begleitet. In der dritten Stufe soll zusätzlich ein Büro für Freiraumplanung mit eingebunden werden. Die erarbeiteten Inhalte für den EPP müssen mit dem ThF-Gesetz vereinbar sein. Um das zu gewährleisten, werden externe JuristInnen eingebunden. (vgl. SenStadtUm, Planungsgemeinschaft Kohlbrenner eG, nexus Institut 2014: 2)

In der zweiten Stufe der Erarbeitung des Beteiligungsmodells zum EPP wird aus den sechs verschiedenen Akteursgruppen (bestehend Nutzerbeirat, interessierte BerlinerInnen, ExpertInnen, Politik, Verwaltung und weitere zivilgesellschaftliche Akteure) mittels einem oder mehrerer Workshops ein Gremium erstellt. Neben dem Gremium stehen der Koordinator, das begleitende Beteiligungsbüro, die juristische Begleitung und die Begleitung durch ein Büro für Freiraumplanung. (vgl. SenStadtUm, Planungsgemeinschaft Kohlbrenner eG, nexus Institut 2014: 3)

Kritik zum Beteiligungsverfahren äußerte Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld) während des Interviews. Sie meinte, dass die Meinungen und Wertungen zur Bürgerbeteiligung beim Online-Verfahren vieler Menschen, auch aus der Initiative, weit auseinander gehen. Es gebe verschiedene Ansichten, z. B. dass gedacht wird: *„das ist alles nur Fake und deswegen halte ich mich da raus oder wir haben keine andere Möglichkeit, ich versuche das und mache da mit.“* (Anhang II: 72) Laut ihr ist es fraglich ob der Weg der Bürgerbeteiligung beim EPP der richtige ist bzw. funktioniert, da bereits im Online-Verfahren Dinge wieder instrumentalisiert wurden, sagte Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld). Bei der Wahl zur Volksentscheid, sagt sie, hat die Bürgerbeteiligung funktioniert: alle haben gesagt, was sie wollen: *„lasst es (das Tempelhofer Feld) so wie es ist!“*. (Anhang II: 72) Scheinbar wird das Zeichen, also die BürgerInnen, im Verfahren zum EPP nicht Ernst genommen. Das Tempelhofer Feld einfach zu respektieren und es so zu belassen scheint nicht wahrgenommen werden wollen, von der Politik, meint Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld).

Auch Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH) äußerte sich zum EPP und sieht die Doppelrolle des Geschäftsführers des BUND als Verfahrenskoordinator schwierig. Nach ihrer Meinung, wird in dem Verfahren festzustellen sein, dass das alles *„Initiativ-Wirren“* waren, die jetzt moderiert und diskutiert werden müssen. Was beim EPP schlussendlich als Ergebnis steht, sagt sie, sei noch ungewiss: *„nach der Erkenntnislage der Prozesssteuerer wird es nicht viel sein.“* (Anhang II: 65)

Herr Y. (BUND) bemängelt, dass es bisher kein Konzept gibt. Die Politik neige laut ihm zur Vorfestlegung, sodass Informationsveröffentlichung und Beteiligung fehle. Die Beteiligung sei kein Selbstzweck, es ginge um die Optimierung von staatlichen Planungs- und Entscheidungsprozessen. Im weiteren Prozess zum EPP werden, laut Herr Y. (BUND) ein Themenspektrum, angefangen bei der inhaltlichen Gestaltung und Organisation des Tempelhofer Feldes über die Zusammenarbeit zwischen BürgerInnen und Verwaltung, bis hin zu Projekten auf dem Feld bearbeitet. Der harte Kern, der sich derzeit aktiv Beteiligten liege bei 30 bis 50 Leuten. Das sind Diejenigen, die Lösungen finden und Themen voranbringen. Auch wenn das vermeintlich nicht viele sind, so meint er, wird das Delegieren unterschätzt. Die Menschen, die anwesend sind, seien mit vielen sozialen Netzwerken verknüpft und berichten dort, also geben Feedback, bzw. bekommen Feedback. (vgl. Anhang II: 62)

Generell wurde der Internetdialog im Januar 2015 laut Herr Y. (BUND) eher zurückhaltend gestartet. *„Es sollten nicht zu hohe Erwartungen geweckt werden und gleichzeitig wurde auch nicht viel über dieses Beteiligungsformat informiert.“* (Herr Y. BUND, Anhang II: 62). Nachdem der Senator die geringen Beteiligungszahlen in den Medien beklagt hatte, so Herr Y. (BUND), stiegen die Beteiligungszahlen sprunghaft an. Beim EPP gebe es nach Herr Y. (BUND) viele Besuche-

rInnen und registrierte NutzerInnen, die keine Kommentare schreiben, sondern sich erst einmal informieren.

Herr X. (SenStadtUm) führt an, dass es ein Problem sei, dass keiner weiß wo der EPP hingeht. „Er [der EPP] läuft jetzt und alles ist offen“, sagte Herr X. (SenStadtUm) im Interview. (Anhang II: 57)

Somit ist die Frage, ob die Erstellung des Entwicklungs- und Pflegeplans für das Tempelhofer Feld ein Neuanfang bezüglich der Beteiligung und der Kommunikation gegenüber des bisherigen Planungsprozesses sein könnte, beantwortet. Auch beim EPP-Verfahren gibt es Schwierigkeiten in der Beteiligung und Kommunikation, die es zu lösen gilt.

3.7 Erkenntnisse und Empfehlungen

Grundsätzliche Erkenntnisse und Empfehlungen für Beteiligung und Kommunikation in zukünftigen Planungsprozessen können aus dem Geschehen um das Tempelhofer Feld in Berlin abgeleitet werden. Die Verteilung von Aufgaben und Verantwortungen in möglichst viele Hände, wie anfangs von Selle zitiert, ist beim Tempelhofer Feld nicht gelungen, jedoch wichtig für ein erfolgreiches Verfahren. Die Dreifachrolle des Senats als Entscheider, Planer und Moderator ist gescheitert. Sie entsprach einer Machtbündelung, sodass eine Art Rhetorik von oben (Politik & Verwaltung) entstand. DienstleisterInnen, wie der Tempelhof Projekt GmbH hätte mehr Freiheit im eigenen Handeln gegeben werden können. Sie standen zu sehr unter den Vorgaben der SenStadtUm. Um in Zukunft die BürgerInnen offensiver und aktiver zu beteiligen, müssen die Menschen Ernst genommen und ihnen zugehört werden. Des Weiteren wurde erkannt, dass auch das OB und nicht nur das WIE hätte diskutiert werden müssen. Mit einer Kompromissbereitschaft wäre der Prozess offener gewesen. Damit sind die Vermutungen der Hypothesen weitgehend bestätigt wurden. Die eingengegte Struktur des Verfahrens durch das von vornherein bestehende politische Ziel, einer Bebauung auf dem Tempelhofer Feld, führte letztlich zum Misserfolg des Beteiligungsverfahrens während der Planung. Eine Akzeptanz für das Projekt konnte nicht erreicht werden, sodass die Umsetzung des Vorhabens scheiterte. Um zukünftig eine Akzeptanz zu Erreichen wurde erkannt, dass es einen transparenteren und vor allem offeneren Planungsprozess braucht. Unabdingbar sei auch ein anderes Miteinander und andere Beteiligungsformate, in denen Themen nicht nebeneinander, sondern nacheinander diskutiert werden. Schließlich fehle es auch an verfassungsrechtlichen Randbedingungen. Diese könnten in Anlehnung, der in Hamburg bestehenden, geschaffen werden.

Erkenntnisse und Empfehlungen der Akteure

Erkenntnisse	Empfehlungen
Dreifachrolle des Senats als Entscheider, Planer und Moderator funktioniert nicht	DienstleisterInnen, wie der Tempelhof Projekt GmbH mehr Freiheit geben
offensiver und aktiver Beteiligen	Bürger Ernst nehmen und Zuhören
das OB und nicht nur das WIE diskutieren	mehr Transparenz und Offenheit
keine Rhetorik von oben (Politik)	Kompromissbereitschaft
andere Beteiligungsformate und anderes Miteinander	Themen nicht nebeneinander sondern nacheinander diskutieren
verfassungsrechtliche Randbedingungen schaffen	an Hamburg orientieren

Tabelle 4: Erkenntnisse und Empfehlungen (Eigene Darstellung).

Empfehlungen für Beteiligung und Kommunikation in Planungsprozessen, sowie ein Ausblick in die Zukunft wurden ebenfalls in den Interviews erfragt. Laut Frau Y. (Initiative 100 % Tem-

pelhofer Feld) müsse ein Umdenken stattfinden. Den BerlinerInnen müsse zugehört werden und Sie müssten Ernst genommen werden. Ohne eine Rhetorik von oben (Politik, Verwaltung) müsse versucht werden die Menschen für etwas zu begeistern. Die mangelnde Kompromissbereitschaft seitens der Politik und der Verwaltung müsse sich bessern. Es fehle an Transparenz und Offenheit. Generell sollte das OB und nicht nur das WIE diskutiert werden, sagte Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld). (vgl. Anhang II: 71). Ihrer Ansicht nach muss sich also noch viel tun, besonders in der Form der Beteiligung und Kommunikation.

Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH) meinte hingegen, dass man nie allen Forderungen einzelner Gruppierungen gerecht wird. Allgemein klar sei jedoch, laut ihrer Annahme, dass nur wenn man viel, früh und offen beteiligt, die Akzeptanz der Planung und der Umsetzung erreicht werden kann. In solch eine offensive Kommunikation mit der Bürgerschaft ist die SenStadtUm, laut Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH), relativ spät gegangen. Um die Kommunikation unter den einzelnen Beteiligten zu verbessern, braucht es andere Beteiligungsformate oder ein anderes Miteinander, sagt sie. Zudem erklärt sie, dass es eine Öffnung des Flughafens, so wie sie bei Tempelhof erfolgt ist, nicht noch einmal geben wird. Daraus hat die Politik ihrer Meinung nach gelernt. Wenn man damals schon eine genaue Planung gehabt hätte, dann wäre es Ihrer Ansicht nach klug gewesen, den Baubereich vorzuhalten. (vgl. Anhang II: 63 - 68) *„Alles an die Hand und frei zu geben“* war taktisch falsch, resümiert Sie. *„Wenn man Menschen etwas gibt und es Ihnen hinterher wieder wegnehmen will, dann ist das sehr schwer“* (Anhang II: 67). Das bekommt man kaum argumentiert, meint sie.

Herr Y. (BUND) sieht ebenfalls wie Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld) die fehlende Frage nach dem OB als essentiell. Auch hätte die SPD seiner Meinung nach das Gespräch mit der Initiative 100 % Tempelhofer Feld suchen müssen. Sein Vorschlag ist das ThF-Gesetz erst mal als Grundlage anzunehmen und einen neuen Diskussionsansatz darüber zu vereinbaren. Um das Gesetz zu ändern, fehle es laut Herr Y. (BUND) an verfassungsrechtlichen Randbedingungen. Er führt Hamburg als Beispiel an. Dort können die Bürger, wenn es mindestens 2,5 % der Wahlberechtigten sind, für eine Änderung eines durch einen Volksentscheid zu Stande gekommenen Gesetzes stimmen. Dadurch wird, nach Herr Y. (BUND), eine Interventionsmöglichkeit für die BürgerInnen weiterhin gesichert. Für den Umgang mit dem ThF-Gesetz und für den weiteren Prozess müssen Instrumente und Spielregeln geschaffen werden, sagt er. Auch die Dreifachrolle des Senats und der Politik kreidet Herr Y. (BUND) an: *„der Senat kann nicht gleichzeitig Planer, Moderator und Entscheider sein“* (Anhang II: 61). Die Tempelhof Projekt GmbH wurde als DienstleisterIn für den Beteiligungsprozess beauftragt. Ihnen wurde nach Herrn Y. (BUND) zu wenig Freiheit gegeben, bestimmte Themen ergebnisoffen diskutieren zu können. Als DienstleisterIn müsste die Tempelhof Projekt GmbH zwischen Verwaltung und BürgerIn stehen und in Ihrer Kompetenz als BeteiligungsexpertIn die Konflikte und deren Konsequenzen für die Planung aufzeigen, sagte Herr Y. (BUND). Weiterhin bestärkt Herr Y. (BUND) ein weiteres Verfahren in Zukunft offen zu halten und die verschiedenen Themen nicht nebeneinander, sondern nacheinander zu diskutieren. (vgl. Anhang II: 58 - 62)

Auch Herr X. (SenStadtUm) sagt, dass es schöner gewesen wäre, wenn es ein komplett offener Prozess gewesen wäre, indem mit den BürgerInnen eine Diskussion geführt hätte werden können. Er glaubt: *„wenn man die Wohnungsnotbeseitigung durch die Schaffung von günstigem Wohnraum von Anfang an mit den BürgerInnen argumentiert hätte, dann wäre es ganz anders gekommen“* (Anhang II, S. 54). Wenn eine Nichtbebauung in einem offenem Prozess ebenfalls möglich gewesen und die SenStadtUm das diskutiert hätte, dann wäre bestimmt die Einsicht der BürgerInnen zur Bebauung erfolgt, meint Herr X. (SenStadtUm). In einem offenen Prozess hätten die BürgerInnen zunächst erst mal von der Sinnhaftigkeit des Wohnungsbaus überzeugt werden können, glaubt Herr X. (SenStadtUm).

Das Thema hätte laut Herr X. viel offensiver angegangen werden müssen. Die SenStadtUm hat sich, nach Ansicht von Herr X. (SenStadtUm), hinter der Bebauungsplanbeteiligung versteckt und ist nicht aktiv auf die BürgerIn zugegangen und hat erklärt, warum so geplant wurde. Auch er nennt die Form der Beteiligung als falsch und sieht die Öffnung des Feldes als Fehler. Ähnlich wie Frau X. (Tempelhof Projekt) meint er: *„hätte man die Baufelder gleich abstecken sollen um dem öffentlichen Druck zu entgehen“*. Zum Volksentscheid, meint er, war es nicht klug nur eine Planung zur Wahl zu stellen. Klüger wäre es nach ihm gewesen auch eine Planung ohne ZLB bzw. generell mehr Varianten der Planung anzubieten. *„Die politische Entscheidung war aber mit*

einer Freiflächensicherungskampagne in die Volksabstimmung zu gehen und das der Volksentscheid von den Trägern gewonnen wird, daran hat kaum einer in der SenStadtUm geglaubt“ (Herr X. SenStadtUm, Anhang II: 56).

3.8 Ausblick

Am 9. Mai, ein paar Tage bevor die ersten Interviewtermine für die Bachelorarbeit anstanden, berichtete der Tagesspiegel in einem Artikel über ein Interview mit Michael Müller: *„Der regierende Bürgermeister [...] hält Randbebauung des Tempelhofer Feldes weiter für denkbar. [...] Er schloss nicht aus, dass das Tempelhofer Feld trotz des erfolgreichen Volksentscheids mittelfristig doch noch bebaut wird.“* (Zawatka-Gerlach 09.03.2015: 1)

Eine Randbebauung und eine kulturelle Nutzung des Tempelhofer Feldes wird laut Müller im Interview mit dem Tagesspiegel in den nächsten drei, vier Jahren keine Rolle spielen, aber man sollte daran denken. (Vgl. Zawatka-Gerlach 09.03.2015: 1)

Kurz darauf erscheinen ähnliche Artikel in der taz.Berlin und in der Berliner Zeitung. Im taz-Interview sagte Müller, dass die Frage, ob eine Randbebauung nicht doch eine Möglichkeit ist, in einigen Jahren wieder eine Rolle spielen wird. Hintergrund sei die stetig wachsende Stadt und der knappe Wohnraum, laut Müller wird man solche Fragen, wenn die Stadt sich weiterentwickelt, diskutieren können und müssen. Die alten Pläne wieder zu verfolgen, schließt Müller im taz-Interview aus. Die Empörung wäre zu groß, so seine Worte, dass heißt eine mögliche erneute Bebauungsplanung werde kleiner ausfallen, sagt er. Dass diese mögliche erneute Bebauungsplanung nicht in dieser Legislaturperiode und auch noch nicht in der kommende Legislatur, also bis 2021, in Angriff genommen wird, sei allgemeiner politischer Konsens im Abgeordnetenhaus, so Müller im taz-Interview. (Vgl. Rada und Schulz 12.05.2015: 1)

Laut der Berliner Zeitung sagt der regierende Bürgermeister, Michael Müller, bei einer Diskussion der Industrie- und Handelskammer Berlin (IHK): *„Wo im gesamtstädtischen Interesse gehandelt werden müsse, hätten Einzelinteressen zurückzustehen.“* Diese Aussage deutet die Berliner Zeitung als Absage gegen die Bürgerinitiativen, welche Bauprojekte in Berlin verhindern wollen. Mit dem Widerstand gegen die Wohnungsbauvorhaben und die „ungünstigen“ Folgen der „Direkten Demokratie“, sei Michael Müller als regierender Bürgermeister direkt konfrontiert, schreibt die Berliner Zeitung. (Vgl. Rogalla 13.05.2015: 1)

Die Sorge sei, dass *„[...] wir Instrumente der Direkten Demokratie haben, die nicht ein Mehr an Demokratie bedeuten für mehr Menschen, sondern nur mehr Instrumente sind für einige wenige, die sich schon vorher gut artikulieren konnten“* sagte Müller der Berliner Zeitung. Es gebe in bestimmten Gruppierungen Menschen, die Zugang zu Medien, zu Geld und zu großen Organisationen hätten, laut Müller. Diese Menschen konnten sich seiner Ansicht nach *„[...] schon vorher bei Wahlen, in Bürgerinitiativen oder auch bei Elternabenden gut Gehör verschaffen.“*

Vor diesen „Menschen“ aus den „bestimmten Gruppen“ warnt Müller, indem er im Interview mit der Berliner Zeitung sagt: *„Da müssen wir aufpassen.“* Sie seien bereits bestens organisiert und vernetzt. Sie bekämen durch die Instrumente der Direkten Demokratie zusätzlich Kraft. Das kann laut Müller bedeuten, *„[...] dass diese Gruppen immer mehr nur ihre Eigeninteressen durchsetzen, und nicht die Interessen einer Mehrheit“* (Vgl. Rogalla 13.05.2015: 1)

Im Interview mit Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld) stellte sie klar: wenn tatsächlich wieder die Bebauung des Feldes als Option genannt wird, ist das für viele Leute eine totale Absage an die Bürger. Über 730.000 Berlin haben sich klar in der Frage positioniert: Das Feld soll unbebaut bleiben! Dazu kommen die Interviews von Müller, in denen er vor Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie gewarnt hat. Zwischen den Zeilen las es sich, laut Frau Y. (Initiative 100 % Tempelhofer Feld) wie: *„haltet euch aus unserem Revier fern, das ist was, das wir machen - geht zur Wahl das reicht.“* (Anhang II: 71)

Die VertreterInnen der Bürgerinitiativen 100% Tempelhofer Feld, Schmargendorf braucht Oeynhausen, Mauerparkallianz, Aktionsbündnis Landschaftspark Lichterfelde Süd und andere fordern in einem offenen Brief an Michael Müller, dass er klar stellen soll, dass er die Interessen der BürgerInnen Berlins vertritt.

Im Namen der BürgerInnen Berlins sagen die Unterzeichner des Briefes, dass *„[...] MEHR DEMOKRATIE eine lebendig gebliebene Verpflichtung“* (Rouhani et al. 16.05.2015) sei.

Sie empören sich über die Warnung Michael Müllers bei der Berliner IHK, veröffentlicht in der

Berliner Zeitung. Besonders die Aussage Müllers über die Menschen: *„Die haben Zugang zu Medien, zu Geld zu großen Organisationen. Die konnten sich schon vorher bei Wahlen, in Bürgerinitiativen und auch bei Elternabenden gut Gehör verschaffen“. Und „Da müssen wir aufpassen, weil das bedeuten kann, dass diese Gruppen immer mehr nur ihre Eigeninteressen durchsetzen, und nicht die Interessen der Mehrheit.“*

Wird von den VertreterInnen der Initiativen in ihrem Brief an Müller versucht klar zu stellen. Sie schreiben: *„[...] Ja, wir haben am Tempelhofer Feld ermöglicht, dass die Bevölkerung Berlins Ihren Bebauungsplänen durch einen demokratischen Volksentscheid im Mai 2014 eine Absage erteilen konnte.“* Zudem fragen Sie Müller, ob er sich jemals gefragt hat, Warum und wo sich so viele Bürgerinitiativen bilden und die sich für ein lebenswertes Berlin insgesamt einsetzen? Ihre Antwort darauf lautet: sie entstehen überall dort, wo an den elementaren Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger vorbei und einseitig im Interesse von Investoren entschieden wird.

Ihre Forderung an Michael Müller im Titel des Briefes, wird am Ende des Briefes nochmal aufgenommen und verschärft. Sie fordern den regierenden Bürgermeister auf, klar zu stellen, dass er die Interessen der BürgerInnen Berlins vertritt und nicht nur die von KapitalanlegerInnen. Zudem, dass er die Lebensqualität in Berlin weiter gemeinsam mit den BerlinerInnen erhöht, falls nicht, so soll er sein Amt abgeben. (vgl. Rouhani et al. 16.05.2015)

4 Methodenkritik

Wie bei einer qualitativen Inhaltsanalyse als Auswertungsmethode üblich, wurden die Interviewtranskripte (Anhang II, S. 48) auf Informationen, die für die Beantwortung der Forschungsfrage und der Hypothesen wichtig sind, untersucht. Aufgrund der geringen Steuerung der Interviews durch den Fragebogen (Anhang I, S.), enthalten die Interviewtranskripte viel mehr Informationen, als für die Beantwortung der Forschungsfrage notwendig sind. Deshalb wurde eine Extraktion der wichtigen Informationen vorgenommen. Dadurch können Veränderungen bzw. Fälschungen der Aussagen der InterviewpartnerInnen geschehen, welche jedoch durch das vorherige Zusenden der Interviewtranskripte und Bestätigung der darin enthaltenen Aussagen durch die InterviewpartnerInnen, weitestgehend vermieden wurden.

Die Auswahl der ExpertInnen erfolgte anhand des Kriterienkatalogs (Punkt 1.4.2, S. 8). Dieser Kriterienkatalog baut auf den theoretischen Vorüberlegungen auf. Deshalb konnte nach der Durchführung der Interviews und der Extraktion herausgefunden werden, ob die Auswahl der InterviewpartnerInnen richtig war. Jedes Interviews brachte neue Informationen und zeigte neue/andere Sichtweise auf, darum wurde die Auswahl der ExpertInnen für die Interviews als richtig geschlussfolgert. Die geführten Interviews dienten zur Bildung einer breiten strukturierte Informationsbasis, die alle Sichtweisen zusammenfasst. Diese wurden in der Auswertung genutzt, um die verschiedenen Sichtweisen darzustellen und nach interessanten Vergleichen und Unterschieden zu suchen.

Die von den InterviewpartnerInnen berichteten kausalen Zusammenhänge und Mechanismen der Bedingungen, Abläufe und Ergebnisse sind dabei jedoch, trotz der Rolle der Einzelperson als ExpertIn stellvertretend für eine Organisation, subjektive Theorien der InterviewpartnerInnen. (Vgl. Gläser 2010: 200-206) Das heißt, eine Reliabilität der Aussagen besteht nur bedingt. Durch die Verwendung des gleichen Fragebogens bei allen vier Interviews, ist eine „[...] Vergleichbarkeit der Interviews untereinander gegeben, da ein unterschiedliches Vorgehen mehrerer Interviewer und eine dadurch verursachte Ergebnisverzerrung ausgeschlossen werden konnten.“ (Gläser und Laudel 2010: 202) Das ist einerseits ein Vorteil, andererseits entstanden durch jedes durchgeführte Interview neue Ideen und Anregungen, welche beim nächsten Interview gerne hinterfragt werden wollten, was die Einhaltung des Fragebogens und somit eine Vergleichbarkeit der Aussagen jedoch gemindert hätte.

Zudem müssen die Aussagen der InterviewpartnerInnen auf ihre Validität überprüft werden. Dafür „[...] sind besonders die Interviewsituation kritisch auf Gründe für eine mögliche Verzerrung der Aussagen zu überprüfen.“ (Gläser und Laudel 2010: 203) Während des Planungsprozesses zum Tempelhofer Feld bis hin zum Volksentscheid und darüber hinaus sind zwischen den beteiligten Akteuren Konflikte entstanden, welche wahrscheinlich manche Argumentationsstränge der Interviewaussagen überspitzten ließen. Eine gewisse Emotionalität ist in den Aussagen der InterviewpartnerInnen enthalten. Diese teilweise ungebremsten Antworten zeigen die gegensätzlichen Positionen der Akteure in dieser hitzigen Debatte sehr gut auf. Fachlich gilt es diese Emotionalität in manchen Antworten zu bedenken.

5 Fazit

Ob der Erfolg eines Verfahrens von der Struktur und des Prozederes des Verfahrens abhängt, wurde in der ersten Hypothese (1.3 Fragestellungen und Hypothesen, S. 8) vermutet. Mit Erfolg eines Verfahrens, wie in der ersten Hypothese formuliert, ist das Erreichen einer Akzeptanz aller Beteiligten an der Durchführung des Verfahrens und dem Ergebnis des Verfahrens gemeint. Der Planungsprozess zum Tempelhofer Feld war von vorn herein eingeschränkt, da das politische Ziel einer Wohnbebauung verfolgt werden musste. Herr X. (SenStadtUm) betonte im Interview, dass das Planungsziel Wohnungsbau bereits feststand. Es ging von Anfang an nur um das WIE und nicht um das OB der Planung. (vgl. Anhang II: 53) Dadurch wurden, wie in der zweiten Hypothese (1.3 Fragestellungen und Hypothesen, S. 8) formuliert, Flexibilität und Kreativität für ein einfacheres Vorgehen begrenzt. Gemeint ist die Einengung eines Verfahrens aufgrund der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, die zu und in einem Verfahren vorgegeben sind. Ein einfacheres Verfahren wäre vor allem auch ein offeneres Verfahren.

Zudem fehlte es der Vorgehensweise bei der Beteiligung im Planungsprozess, wie in der dritten Hypothese (1.3 Fragestellungen und Hypothesen, S. 8) angenommen, an Transparenz, Ergebnisoffenheit, Verfahrensklarheit, Neutralität und Fairness. Viele verwaltungsinterne Planungsschritte und Planungsvorgaben wurden von Seiten der SenStadtUm nicht veröffentlicht, so beschrieb es Frau X. (Tempelhof Projekt GmbH). Sie meinte: *„die SenStadtUm müsse ihre internen Dinge in die Öffentlichkeit bringen. Die Menschen haben gar keine Chance zu wissen, was alles passiert.“* (Anhang II: 67)

Die in dieser Planung nicht vorhandene Ergebnisoffenheit wurde von fast allen Interviewpartnern als Hindernis für eine gute Beteiligung und Kommunikation während des Planungsprozesses genannt. Beispielweise Herr Y. (BUND) sagte: *„Die Grundentscheidung der Politik zu der Beharrung auf der Randbebauung [...] führte in allen Beteiligungsstufen zum Konflikt. Eine Verfahrensklarheit konnte aufgrund der mangelnden Transparenz nur teilweise erreicht werden.“* (Anhang II: 59).

Eine Neutralität konnte nicht erhalten werden, da jede Seite, die SenStadtUm und die Initiative 100 % Tempelhofer Feld, im Konflikt um das Tempelhofer Feldes für sich und gegen die andere Seite arbeitete. Der entstandene Konflikt führte auch zu Vorwürfen eines unfairen Verhaltens und Vorgehens gegenseitig. So äußerte sich Herr X. (SenStadtUm) im Interview zu der Initiative 100 % Tempelhofer Feld und unterstellte ihnen das Arbeiten mit unfairen Mittel. Damit meinte er die Darstellungen in ihren Flyern, die seiner Meinung nach deutlich an der Realität vorbei gingen, die aber die Menschen glaubten. (vgl. Anhang II: 55)

Des Weiteren lässt sich ein Defizit in der Kommunikation der einzelnen Akteure miteinander als eine Ursache für das Geschehen feststellen. Ebenfalls erkennen lässt sich eine nicht ausgewogene und späte Kommunikation, sowie eine mangelnde Repräsentation der betroffenen Interessen und Motivation der Teilnehmenden zu einer konstruktiven Problemlösung wie in der dritten Hypothese angenommen wurde. Frau X. (Tempelhof Projekte GmbH) resümierte: *„So addiert sich Unverständnis an Unverständnis“* (Anhang II: 64).

Abschließend stellt sich die Frage: Warum ist das ThF-Gesetz, also die Erhaltung und Freilassung des Tempelhofer Feldes nicht genauso verbindlich und längerfristig gültig, wie es eine Bebauung des Tempelhofer Feldes wäre? Angenommen der Volksentscheid wäre anders ausgefallen und die BerlinerInnen hätten für den Gesetzesentwurf des Abgeordnetenhauses, also eine Randbebauung des Feldes abgestimmt, dann wäre diese Planung umgesetzt worden. Die entstandene Bebauung wäre auf dem Feld sichtbar und längerfristig verbindlich. Die Bebauung würde nach der Abstimmung im Volksentscheid wahrscheinlich nicht nochmal in Frage gestellt werden und sie würde wahrscheinlich nicht wieder abgerissen werden. Warum ist nun bei einer Nicht-Bebauung - Erhaltung des Feldes nach ThF-Gesetz eine Diskussion möglich? Die Abstimmung für das ThF-Gesetz und die Folgen, die daraus entstehen, haben die gleiche Akzeptanz wie eine Bebauung verdient. Doch dies ist in der Realität nicht der Fall. Der politische Wille wurde nicht durchgesetzt und deshalb wird das Thema zukünftig immer wieder zur Debatte stehen.

6 Weiterer Forschungsbedarf

Anschließend an das Fazit gilt es im weiteren Forschungsbedarf die Frage: Warum erfährt die Nichtbebauung - die Erhaltung des Feldes nach ThF-Gesetz nicht die gleiche Akzeptanz, wie es die Bebauung des Feldes wahrscheinlich erfahren hätte? zu erforschen. Viele Themen verbergen sich hinter dieser Frage. Ein wichtiger Punkt dabei, ist die politische Debatte, welche mit der Frage: Warum wird die Wahl der Bevölkerung, also die Abstimmung der BerlinerInnen, vermeintlich nicht Ernst genommen, sondern weiterhin versucht das politische Ziel durchzusetzen? angriffen werden kann.

Das Geschehen um das Tempelhofer Feld in Berlin ist anscheinend noch lange nicht vorbei. Ein eventuell zukünftiges endgültiges Ergebnis im Konflikt der Bebauung und Nichtbebauung des Feldes sollte hinsichtlich der vielen in Bezug stehenden Themenfelder ausreichend ergründet werden.

Auch Fragen, wie *„Was bedeutet Beteiligung für die Stadtplanung für das Verständnis von Stadt als Lebensraum?“* und *„Wem gehört die Stadt?“* müssen weiterhin untersucht werden. Dabei spielt auch die Aufklärung von Gentrifizierungsprozessen, als ein Themenfeld, eine wichtige Rolle. Laut Jensen (2014: 53) ist Gentrifizierung kein natürlicher oder kultureller Prozess, sondern auf eine ökonomische Inwertsetzung von Wohnraum, welche diesen zu einem ertragreichen Spekulationsobjekt macht, zurück zu führen. Der steigende Zuzug von KünstlerInnen, Studierenden und jungen Familien sowie die Eröffnungen von Bars und Cafés sind nur vermeintliche sichtbare Anzeichen für einen laufenden Gentrifizierungsprozess im betreffenden Stadtteil. Gentrifizierung geht einher mit einer Aufwertung des Stadtteils und folglich einer Verdrängung. (Vgl. Jensen 2014: 53) Die Verdrängung von PrekariatsInnen aus dem innerstädtischen Raum ist seit der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa ein ungelöstes und fortschreitendes Problem.

„Zudem versuchen die Städte durch Investitionsprogramme und Subventionen häufig, InvestorInnen anzulocken, um sich selbst im internationalen Wettbewerb der Metropolen besser zu positionieren.“ (Jensen 2014: 55) Der Wettbewerb der Metropolen untereinander, scheint gerade auch beim Tempelhofer Feld mit seiner herausragenden Eigenschaften, wie der innerstädtischen Lage und der besonderen geschichtlichen Bedeutung ein großer Faktor im Vergleich der Städte zu sein. Die einstigen Planungen des Senats mit der IGA, der ZLB und dem Wasserbecken auf dem Tempelhofer Feld deuten daraufhin, was aus politischer Sicht für Potenzial in der Fläche als neues Highlight für die Stadt Berlin gesehen wurde. Dafür spricht auch, dass die BebauungsbefürworterInnen oft institutionalisierte Akteure und Teile des Staatsapparatsensembles sind. Dadurch verfügen sie über mehr materielle und organisatorische Mittel, welche es ihnen ermöglichen, Einzelinteressen zu universalisieren und als Gesamtinteresse darzustellen. (Vgl. Jensen 2014: 55) Die Vereinbarung der Forderungen der Menschen nach Selbstverwaltung und -organisation, Verantwortung und einen Planungsprozess von unten im Konflikt mit der Politik gilt es weiter zu erforschen.

Fraglich ist auch *„[...] ob sich die Stadt noch als politisches Gemeinwesen begreift oder nur mehr als Ansammlung disparater Gruppierungen, die Kiez für Kiez das Recht des Stärkeren in Anspruch nehmen.“* (Schulz 2014: 3)

Zudem werden die Rahmenbedingungen von Stadt(entwicklungs)planung laut Busch (2009: 1) durch folgende Veränderungen gekennzeichnet:

1. *Die Globalisierung führt zu einer zunehmenden Ökonomisierung auch des staatlichen Handelns, zu steigender Konkurrenz der Standorte und zu zunehmender Abhängigkeit von privaten Investoren.*
2. *Der Wertewandel mit zunehmender Individualisierung und Pluralisierung der Gesellschaft führt zu einem abnehmenden Stellenwert des Gemeinwohls.*
3. *Der demographische Wandel führt zu Veränderungen im wirtschaftlichen und sozialen System.*
4. *Der wachsende Einfluss der EU führt zu einer zunehmenden Regelungsdichte.*
5. *Die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie führt zu neuen technischen Möglichkeiten.*

Diese Veränderungen haben direkte Folgen für stadtplanerische Prozesse:

- *die finanzielle Krise des Staates und der Kommunen führt zu Verschiebungen von Prioritäten im öffentlichen Aufgabenbereich,*
- *Investitionen und deren Planungen verlagern sich aus dem öffentlichen in den privaten Bereich,*
- *unter dem Investitionsdruck (Arbeitsplätze !) privaten Kapitals werden bisher geltende normative Regeln geschwächt und*
- *Projekte haben zunehmend kürzere Lebenszyklen.*

Somit stellt Busch (2009: 1) fest, dass sich nicht nur die planerischen Handlungsspielräume ändern, sondern gleichzeitig auch der gesellschaftliche Hintergrund städtebaulicher Planung. Dies ist eine Reaktion auf den sozialen Wandel der Gesellschaft zu einer zunehmenden Individualisierung. Jeder einzelne Mensch möchte bei öffentlichen Belangen und bei der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes mitreden. (Vgl. Busch 2009: 1)

Städtebauliche Planung kann nicht auf Kommunikation und Kooperation reduziert werden. Jeder städtebaulichen Planung muss eine Bestandsaufnahme und eine Problemanalyse voraus gehen. Das Planungsergebnis muss den politischen und rechtlichen Entscheidungsprozessen Stand halten können. Um das zu erreichen, braucht es mehr als ausgeprägte Moderationsfähigkeiten – es bedarf der sorgfältigen Arbeit qualifiziert ausgebildeter StadtplanerInnen. (Vgl. Busch 2009: 214)

7 Quellenverzeichnisse

7.1 Literaturverzeichnis

BENTELE, G., BOHSE, R., HITSCHFELD, U., KREBBER, F. (Hrsg.) (2015): Akzeptanz in der Medien- und Protestgesellschaft – Zur Debatte um Legitimation, öffentliches Vertrauen, Transparenz und Partizipation, Springer VS, Springer Fachmedien Wiesbaden.

BRETTSCHEIDER, F. (2015): Richtig kommunizieren. "Stuttgart 21" und die Lehren für die Kommunikation Infrastruktur- und Bauprojekten. In: BENTELE, G. et al., Hrsg., Akzeptanz in der Medien- und Protestgesellschaft – Zur Debatte um Legitimation, öffentliches Vertrauen, Transparenz und Partizipation, Springer VS, Springer Fachmedien Wiesbaden.

BUSCH, L. (2009): Bürgerbeteiligung in der städtebaulichen Planung – das Beispiel der kreisangehörigen Städte Schleswig-Holsteins, Dissertation am Department für Stadtplanung HafenCity Universität Hamburg.

DEMOKRATISCHE INITIATIVE 100 % TEMPELHOFFER FELD E. V. (2012): Satzung des Vereins „Demokratische Initiative 100% Tempelhofer Feld“ e.V., <http://www.thf100.de/der-verein.html> (zuletzt geprüft am 15.06.15).

DER REGIERENDE BÜRGERMEISTER; SENTASKANZLEI (2014): Verfassung von Berlin vom 23. November 1995, zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Februar 2014, <http://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/verfassung/> (zuletzt geprüft am 15.06.15).

DER SENAT VON BERLIN (2009): Bericht zur Lokalen Agenda 21 Berlin. An das Abgeordnetenhaus von Berlin über Senatskanzlei - G Sen - M i t t e i l u n g - zur Kenntnisnahme -über Lokale Agenda 21 - Drucksachen Nr. 15/3245 und 15/5221.

DIE LANDESABSTIMMUNGSLEITERIN FÜR BERLIN (05.06.2014): Volksentscheid am 25. Mai 2014 – Endgültiges Ergebnis korrigiert, Berlin.

DIE LANDESABSTIMMUNGSLEITERIN FÜR BERLIN (2014): Beteiligung und abgegebene Stimmen beim Volksentscheid „Tempelhofer Feld“ am 25. Mai 2014 – Endgültiges Ergebnis.

DIE LANDESWAHLLEITERIN FÜR BERLIN (Hrsg.) https://www.wahlen-berlin.de/abstimmungen/VE2014_TFeld/ErgebnisUeberblick.asp?sel1=6053&sel2=0799.

DIE LANDESABSTIMMUNGSLEITERIN FÜR BERLIN (28.01.2014): Volksbegehren über den Erhalt des Tempelhofer Feldes Endgültiges Ergebnis ermittelt: Volksbegehren zustande gekommen.

EMPIRICA FORSCHUNG UND BERATUNG (2012): Volkswirtschaftliche Auswirkungen eines Verzichts auf eine Teilbebauung des Tempelhofer Flugfeldes, Endbericht http://www.thf-berlin.de/fileadmin/user_upload/Ueber_die_Tempelhofer_Freiheit/Aktuelles/empirica_Gutachten/Gutachten_empirica.pdf (zuletzt geprüft am 15.06.15).

ENDRUWEIT, G., TROMMSDORFF, G., Hrsg. (2002): Wörterbuch der Soziologie. UTB 2232, Lucius & Lucius, Stuttgart.

FRIEDRICHS, J. (2002): Befragung. In: ENDRUWEIT, G., TROMMSDORFF, G. (Hrsg.) (2002): Wörterbuch der Soziologie. UTB 2232, Lucius & Lucius, Stuttgart.

FUCHS-HEINRITZ, W. (2011): Lexikon zur Soziologie, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin.

GLÄSER, J., LAUDEL, G. (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse – Als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

GENNIES, S. (2014): Nur der "Berliner Wassertisch" war erfolgreich... In: Der Tagesspiegel, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/volksentscheide-in-berlin-nur-der-berliner-wassertisch-war-erfolgreich/9944524.html> (zuletzt geprüft am 15.06.15).

HEISTINGER, A. (2006): Qualitative Interviews – Ein Leitfaden zu Vorbereitung und Durchführung inklusive einiger theoretischer Anmerkungen. , http://www.univie.ac.at/igl.geschichte/kaller-dietrich/WS%2006-07/MEXEX_06/061102Durchf%FChrung%20von%20Interviews.pdf (zuletzt geprüft am 15.06.15).

HENCKEL, D. et, al. (Hrsg.) (2010): Planen - Bauen - Umwelt – Ein Handbuch, VS-Verl., Wiesbaden.

HEUSER, T. (2014): Hintergrundpapier des BUND Berlin zum Volksentscheid Tempelhofer Feld – Klarheit statt Verwirrung: Welche Entwicklungsoptionen bieten die Gesetzentwürfe für das

Tempelhofer Feld?, Berlin.

HEUSER, T., THIEBEN, A.-F. (2013): Hintergrundpapier zu Planung und Öffentlichkeitsbeteiligung von Wasserbecken, Landform und Rundweg auf dem Tempelhofer Feld, Berlin.

INITIATIVE 100 % TEMPELHOFER FELD (14.10.2013): Erfolgreicher Start des Volksbegehrens über den Erhalt des Tempelhofer Feldes, Pressemitteilung Nr. 22, <http://www.thf100.de/pressemitteilungen-der-initiative-lesen/items/pressemitteilung-nr-22-am-14-oktober-2013.html> (zuletzt geprüft am 15.06.15).

INITIATIVE 100 % TEMPELHOFER FELD (29.05.2014): Pressemitteilung Zum Ergebnis des Volksentscheids über den Erhalt des Tempelhofer Feldes am 25. Mai., <http://www.thf100.de/pressemitteilungen-der-initiative-lesen/items/zum-ergebnis-des-volksentscheids-ueber-den-erhalt-des-tempelhofer-feldes-am-25-mai.html> (zuletzt geprüft am 15.06.15).

JENSEN, I. (2014): Das Tempelhofer Feld – Konflikte um Gentrifizierung, Interessen und das Recht auf Stadt. Wissenschaft und Frieden : Wä&äF, 32, (2), 53–55.

KAHLO, F. (10/2014): Die Signalwirkung einer Niederlage – Auswertung der Volksabstimmung 100% Tempelhof, Randnotizen - Stadtteilzeitung aus dem Norden Neuköllns, Berlin.

KAISER, R. (2014): Qualitative Experteninterviews – Konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung, Springer VS, Wiesbaden.

KAUFMANN, B. (2010): Moderne Demokratie im 21. Jahrhundert – Direkt-demokratische Verfahren im repräsentativen System. In: SCHOLTEN, H., (Hrsg.), Politische Kampagnen in der Referendums-Demokratie. Abstimmungskampagnen, VS Verlag für Sozialwissenschaften in GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.

KUJATH, R. (2010): Sozialer Wohnungsbau In: HENCKEL, D. et. al. (Hrsg.) (2010): Planen - Bauen - Umwelt – Ein Handbuch, VS-Verl., Wiesbaden, S. 427 - 432.

LÜTKE, D. (2010): Stadtpolitik In: HENCKEL, D. et. al. (Hrsg.) (2010): Planen - Bauen - Umwelt – Ein Handbuch, VS-Verl., Wiesbaden, S. 494 - 497.

MEUSER, M., NAGEL, U. (2009): Das Experteninterview – konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage In: PICKEL, S. et al., (Hrsg.): Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft - Neue Entwicklungen und Anwendungen, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

MÜLLER, P. (2011): Neues Denken braucht das Land! – Lehren aus Stuttgart 21 und Co. ARL Akademie für Raumforschung und Landesplanung Leibniz-Forum für Raumwissenschaften - Nachrichten 41. Jahrgang.

RADA, U., SCHULZ, B. (12.05.2015): Müller fordert baldige neue Debatte – Der Regierende Bürgermeister will zurück auf das Feld: "In einigen Jahren" sei eine neue Diskussion über dessen Randbebauung fällig, sagte Michael Müller der taz In der taz.Berlin, <http://www.taz.de/Bebauung-des-Tempelhofer-Feldes/!5008236/> (zuletzt geprüft am 15.06.15).

REINHOLD, G., LAMNEK, S., RECKER, H., Hrsg. (1992): Soziologie-Lexikon, R. Oldenbourg, München.

ROGALLA, T. (13.05.2015): Michael Müller warnt das Volk – Der Regierende Bürgermeister Michael Müller will Front machen gegen eine Dominanz der Direkten Demokratie. Wohnungsbau müsse auch gegen Einzelinteressen von Bürgerinitiativen durchgesetzt werden In der Berliner Zeitung, <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/berlins-regierender-buergermeister-michael-mueller-warnt-das-volk,10809148,30690350.html> (zuletzt geprüft am 15.06.15).

ROSKAMM, N. (2014): Im Reich der Wunder – Tempelhofer Feld, Berlin. Zeitschrift für Stadtforschung, (54), 19–21.

ROUHANI, N., SCHNEIDEWIND, M., SCHERING, G. (16.05.2015): Offener Brief An den Regierenden Bürgermeister von Berlin Michael Müller – Herr Regierender Bürgermeister: Stellen Sie klar, dass Sie die Interessen der Bürger Berlins vertreten!, <http://www.thf100.de/news-initiative-lesen/items/offener-brief.html> (zuletzt geprüft am 15.06.15).

SCHÄFERS (2001) In: Grundbegriffe der Soziologie, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. 7. Aufl., 266 - 267.

SCHNELL, R., HILL, P., ESSER, E., Hrsg. (2013): Methoden der empirischen Sozialforschung, Oldenbourg, München.

SCHOLTEN, H., Hrsg. (2010): Politische Kampagnen in der Referendums-Demokratie – Abstimmungskampagnen, VS Verlag für Sozialwissenschaften in GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.

SCHUBERT, M. (2013): Stellungnahme zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit – Bebauungsplan 7-70 und 7-71, Berlin.

SCHULZ, B. (2014): Blicke doch alles, wie es ist: Volksentscheid Tempelhofer Feld. Deutsche Bauzeitung: Zeitschrift für Architekten und Ingenieure 148, (6), 3–5.

SCHWAN, G. (2013): Das neue Interesse an einer Bürgergesellschaft. In: TÖPFER, K. et al., Hrsg., Verändern durch Wissen. Chancen und Herausforderungen demokratischer Beteiligung: von "Stuttgart 21" bis zur Energiewende, Oekom, München.

SELLE, K. (2005): Planen. Steuern. Entwickeln – Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund.

SENATSWERWALTUNG FÜR JUSTIZ UND VERBRAUCHERSCHUTZ (24. Juni 2014): Gesetz zum Erhalt des Tempelhofer Feldes – ThF-Gesetz, Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin, 70. Jahrgang Nr. 15.

SENATSWERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT: Stadtgrün - Tempelhofer Feld – Entwicklung seit 2009, SenStadtUm (Hrsg.), http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/aktuelles/de/projekte/tempelhofer_feld/index.shtml.

(zuletzt geprüft am 15.06.15).

SENATSWERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT, unter Mitarbeit von SCHRÖDER, T. (2012): Parklandschaft Tempelhof – Wettbewerbsdokumentation, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin.

SENATSWERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT (Hrsg.), unter Mitarbeit von Pressestelle (2014): Auswirkungen des Volksentscheides vom 25. Mai 2014 für das Tempelhofer Feld, Berlin.

SENATSWERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT (23.10.2013): Antwort auf die kleine Anfrage Nr. 17/12 785 – Bürgerbeteiligung zu Planungen am Tempelhofer Feld, Berlin.

SENATSWERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT, PLANERGEMEINSCHAFT KOHLBRENNER E, NEXUS INSTITUT (2014): Erarbeitung des Beteiligungsmodells zum Entwicklungs- und Pflegeplan Tempelhofer Feld, Berlin.

STREICH, B. (2011): Stadtplanung in der Wissensgesellschaft – Ein Handbuch, VS Verl. für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

TASSEIT, S. (2002): Bürgerinitiative. In: ENDRUWEIT, G., TROMMSDORFF, G. (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie, Lucius & Lucius, Stuttgart.

TEMPELHOF PROJEKT GMBH (2013): Masterplan – Forstchreibung September 2013. Tempelhof Projekt GmbH (Hrsg.), Berlin, http://www.thf-berlin.de/fileadmin/user_upload/

Ueber_die_Tempelhof_Freiheit/Aktuelles_neu/Downloads/Plaene/2014-Masterplan.pdf. (zuletzt geprüft am 15.06.15).

TEMPELHOF PROJEKT GMBH et. al. (2014): Schaustelle Bürgerbeteiligung, <http://www.thf-berlin.de/tempelhofer-feld/beteiligung-der-oeffentlichkeit/schaustelle-buergerbeteiligung>, (zuletzt geprüft am 15.06.15).

TÖPFER, K., VOLKERT, D., MANS, U., Hrsg. (2013): Verändern durch Wissen – Chancen und Herausforderungen demokratischer Beteiligung: von "Stuttgart 21" bis zur Energiewende, Oekom, München.

WALTHER, U.-J. (2010): Soziale Stadt In: HENCKEL, D. et. al. (Hrsg.) (2010): Planen - Bauen - Umwelt – Ein Handbuch, VS-Verl., Wiesbaden, S. 423 - 426.

WAMBACH, M. (2010): Bürger Bestimmen die politische Agenda - Regierung schmolzt und behindert – Ein Erfahrungsbericht aus Berlin. In: SCHOLTEN, H. (Hrsg.) Politische Kampagnen in der Referendums-Demokratie. Abstimmungskampagnen, VS Verlag für Sozialwissenschaften in GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 427–437.

WEILAND, (2010): Nachhaltige Stadtentwicklung. In: HENCKEL, D. et. al. (Hrsg.) (2010): Planen - Bauen - Umwelt – Ein Handbuch, VS-Verl., Wiesbaden, 343 - 346.

WITTAU, M. (14.03.2015): Kompetenzzentrum für Nachhaltige Entwicklung, Kommentar auf der Onlineplattform: https://tempelhofer-feld.berlin.de/i/tempelhofer-feld/proposal/568-Kompetenzzentrum_f%c3%83%c2%bcr_Nachhaltige_Entwick.

(zuletzt geprüft am 15.06.15).

ZAWATKA-GERLACH, U. (09.03.2015): Müller will im Humboldt-Forum Berliner Geschichte zeigen – Regierender Bürgermeister kündigt neues Berliner Teilkonzept fürs Stadtschloss an - und

hält Randbebauung des Tempelhofer Feldes weiter für denkbar In: Der Tagesspiegel, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/neues-vom-berliner-schloss-mueller-will-im-humboldt-forum-berliner-geschichte-zeigen/11481410.html> (zuletzt geprüft am 15.06.15).

7.2 Abbildungsverzeichnis

1	Das symbiotische Tetraeder der Nachhaltigkeit <i>Streich (2011): Stadtplanung in der Wissensgesellschaft S. 41</i>	13
2	Ablauf der Partizipation zum Masterplan <i>SenStadtUm (2012): Parklandschaft Tempelhof - Wettbewerbsdokumentation S. 37</i>	21
3	Zeitstrahl zu Beteiligung und weiteren wichtigen Ereignissen zum Tempelhofer Feld <i>Eigene Darstellung</i>	22
4	Masterplan zum Tempelhofer Feld <i>Tempelhof Projekt GmbH (2013)</i> http://www.thf-berlin.de/fileadmin/user_upload/Ueber_die_Tempelhofer_Freiheit/Aktuelles_neu/Downloads/Plaene/2014-Masterplan.pdf (zuletzt geprüft am 15.06.15)	25
5	Korrigiertes endgültiges Ergebnis des Volksentscheids <i>Die Landeswahlleiterin (2014) verändert</i> https://www.wahlen-berlin.de/Abstimmungen/VE2014_TFeld/presse/20140605VE.pdf (zuletzt geprüft am 15.06.15)	32
6	Zustimmung zum Gesetzentwurf der Trägerin/ des Abgeordnetenhauses Berlin <i>Die Landeswahlleiterin (2014)</i> https://www.wahlen-berlin.de/abstimmungen/VE2014_TFeld/ErgebnisUeberblick.asp?sel1=6053&sel2=0799 (zuletzt geprüft am 15.06.15)	33
7	Beteiligung und abgegebene Stimmen zum Volksentscheid nach Bezirk <i>Die Landesabstimmungsleiterin für Berlin (2014)</i> https://www.wahlen-berlin.de/abstimmungen/VE2014_TFeld/ErgebnisUeberblick.asp?sel1=6053&sel2=0799 (zuletzt geprüft am 15.06.15)	34

7.3 Tabellenverzeichnis

1	Übersicht zur Auswahl der InterviewpartnerInnen <i>Eigene Darstellung</i>	10
2	Qualitative Interviewformate im Vergleich <i>Ehrhart, Frevel, Schubert, Schüttemeyer (Hrsg.) Elemente der Politik: Kaiser (2014): Qualitative Experteninterviews, S. 3</i>	11
3.1	Übersicht zu den Interviews <i>Eigene Darstellung</i>	30
3.2	Darstellung der Interviewsituationen <i>Eigene Darstellung</i>	30
4	Erkenntnisse und Empfehlungen	39

8 Anhang

8.1 Anhang I Fragebogen

Anhang I: Fragebogen

1. Anfänge der Planung zum Tempelhofer Feld

- a) War die Planung bzw. dass etwas geplant wird bereits entschieden, bevor beteiligt wurde?
- aa) Sodass, Flexibilität und Kreativität im weiteren Planungsprozess eingeschränkt wurden?
- b) Die IGA 2017 sollte auf dem Tempelhofer Feld stattfinden. Wurde sie nach Marzahn verlegt, da das Tempelhofer Feld bereits von den BürgerInnen „besetzt“ war?
- bb) Wenn ja, was führte trotz des vorhersehbaren Widerstandes gegenüber einer Veränderung bzw. Bebauung des Feldes dazu weiter zu planen?

2. Beteiligung und Kommunikation während des Planungsprozesses

- a) Wie sieht Ihrer Meinung nach eine gute Beteiligung (bei solch einem Großprojekt) aus?
- aa) Welche Faktoren können ein Beteiligungsverfahren begünstigen?
- b) Was zeichnet eine schlechte Beteiligung oder das Misslingen einer Beteiligung aus?
- c) Gab es Probleme / Schwierigkeiten / Hindernisse in der Kommunikation unter den einzelnen Akteuren während des Planungsprozesses?
- cc) Wenn ja, welche?
- d) Seit wann oder wodurch zeigte sich der erste Widerstand/Protest/Ablehnung der Planung zum Tempelhofer Feld?
- e) War der geplante Bau des Wasserbeckens / Landform und die Klage des BUND während des laufenden Volksbegehrens ein Zugpferd der Ablehnung?
- f) Wie war die Reaktion auf die Bildung der Initiative 100% Tempelhofer Feld?
- g) Wie konnte die Initiative „100% Tempelhofer Feld“ ihrer Meinung nach den Volksentscheid gewinnen?

3. Der Volksentscheid

- a) War der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld eine „unausweichliche“ Folge der Vorgehensweise bei der Beteiligung im Planungsprozess?
- b) Oder hätte mit anderen Mitteln früher eine Lösung gefunden werden können?
- bb) Wenn ja, welche?

4. Ausblick

- a) Welche Lehren lassen sich aus dem Volksentscheid zum Tempelhofer Feld für die Kommunikation und Beteiligung in Planungsprozessen ziehen?
- b) Empfehlungen für die Zukunft?
- c) Was denken Sie über die (rechtliche) Wirkung des Volksentscheides zum Tempelhofer Feld?

- cc) Kann es in Zukunft eine neue Planung für das Tempelhofer Feld mit Bebauung geben?
- ccc) Wenn ja, ab wann?
- [d) Hätte das Tempelhofer Feld nicht im Sinne des nachhaltigen Städtebaus bebaut werden müssen?]
- [e) Kann es sich Berlin leisten, diese Fläche unbebaut zu lassen?]

letzte Frage: Möchten sie noch etwas (zu ihrer Rolle) sagen?

8.2 Anhang II Interviewtranskripte

Interview Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Abteilung II Städtebau & Projekte, Bereich B städtebauliche Projekte, Herr X. (13.05.2015 10:00 Uhr)

1. Anfänge der Planung zum Tempelhofer Feld

a) *War die Planung bzw. dass etwas geplant wird bereits entschieden, bevor beteiligt wurde?*

Das Planungsziel Wohnungsbau stand bereits fest. Geplant war der Bau von 4.700 Wohnungen. Details der Planung, wie die Dichte oder die Höhe der Bebauung, waren noch nicht klar. Nur grobe Annahmen über das Aussehen und z.B. dass es eine städtische Wohnungsdichte sein müsste.

Es ging von vornherein um das WIE und nicht um das OB

Das WIE ist mehrfach aufgrund von Planungsprozessen, Bürgerinitiativen und internen Besprechungen geändert wurden. Die Kulisse, wo gebaut werden sollte wurde auch mehrfach geändert“ (Columbiadamm nun das zeitlich entfernteste Wohnquartier). Der Versuch war es den Bürgerwünschen entgegenzukommen.

aa) *Wurden Flexibilität und Kreativität im weiteren Planungsprozess eingeschränkt wurde?*

Es war kein offener Planungsprozess, da das klare Ziel Wohnungsbau feststand. Es war nicht Ziel keine Wohnungen zu errichten. Zudem ist es planerisch sinnvoll auf dem Tempelhofer Feld nicht das Zentrum, sondern die Ränder zu bebauen.

b) *Die IGA 2017 sollte auf dem Tempelhofer Feld stattfinden. Wurde sie nach Marzahn verlegt, da das Tempelhofer Feld bereits von den BürgerInnen angenommen bzw. „besetzt“ war?*

Im politischen Prozess wurde das Tempelhofer Feld als der falsche Ort für die IGA gehalten. Die IGA war den Menschen im politischen Umfeld zu stylisch und zu durchstrukturiert. Es ist was dran an der These, dass das Feld schon sehr von den Bürgern angenommen wurde und Veränderungen sich hätten negativ auswirken können. Die IGA hätte zwar nur ein Drittel der Fläche belegt, aber es wären natürlich umfangreiche Änderungen, wie Absperrungen, Nachtschließungen usw. erfolgt. Das wäre bei den Bürgern nicht so gut angekommen. Ich glaube man wollte den Bürgern das Feld erst mal überlassen. Eine Art politische Einsicht.

bb) *Was führte trotz des vorhersehbaren Widerstandes gegenüber einer Veränderung bzw. Bebauung des Feldes dazu weiter zu planen?*

Bei der IGA konnte noch umgeparkt werden. Die IGA hat ein ganz anderes Ziel, es ist eine Gartenschau, sie löst kein Problem in der Stadt. Wir haben uns mal für die IGA auf dem Tempelhofer Feld beworben, das lief im Rahmen der Schließung des Flughafens. Zu der damaligen Diskussion als der Flughafen noch in Betrieb war, musste man den Bürgern sagen, warum es denn gut ist den Flughafen zu schließen. Weil viele Bürger gegen die Schließung des Flughafens waren. Ein Argument dafür, welches denn später weggefallen ist, war die IGA 2017 auf dem Tempelhofer Feld.

2. Beteiligung und Kommunikation während des Planungsprozesses

a) *Wie sieht Ihrer Meinung nach eine gute Beteiligung bei solch einem Großprojekt aus?*

Anders und besser! Ich weiß es nicht genau. Wir haben sehr viel Beteiligung betrieben. Schöner wäre es, wenn es ein komplett offener Prozess gewesen wäre.

aa) *Welche Faktoren können ein Beteiligungsverfahren begünstigen?*

Schöner wäre es, wenn man in einem offenen Prozess mit den Bürgern eine Diskussion geführt hätte. Komplette offener Prozess meint: Das man sagt, wir haben das Ziel Wohnungsbau, wissen aber noch nicht wie viele und was genau. Wir wollen mit Ihnen diskutieren wie wir dieses Problem lösen können in einem offenen Dialog, bei dem die Planung noch nicht feststeht. Ich glaube,

wenn man Wohnungsnotbeseitigung und günstigen Wohnungsraum mit den Bürgern von Anfang an argumentiert hätte, wäre das ganz anders angekommen als es jetzt der Fall war. Wenn eine Nichtbebauung in einem offenen Prozess ebenfalls möglich gewesen und wir das diskutiert hätten. Dann wäre bestimmt die Einsicht der Bürger zur Bebauung erfolgt.

- b) *Was zeichnet eine schlechte Beteiligung oder das Misslingen einer Beteiligung aus? Warum lief es so?*

Es gab eine Entscheidung der politischen Leitung, welche nicht falsch war. Man hätte das Thema nur viel offensiver angehen müssen, das war ein Fehler! Man hätte mehr auf die Bürger aktiv zu gehen müssen und erklären müssen WARUM so geplant wurde. Da hat man sich in unserer Verwaltung hinter den Formalien der Bebauungsplanbeteiligung versteckt. Die Bürgerbeteiligung die gemacht wurde, war schon weitaus mehr, als das was gesetzlich gefordert ist, aber die Bürger wurden nicht erreicht. Falsche Form der Beteiligung, aber auch die Öffnung des Feldes war vielleicht ein Fehler. Um dem öffentlichen Druck zu entgehen, hätte man auch gleich die Baufelder abstecken können. Denn es bliebe ja auch bei der Planung eine sehr große Fläche frei.

Aber das war der Bürgerwelt egal. Es war eher ein bisschen eine Stimmung: Politik-Bashing und Wowerit-Bashing (Bashing = Lästern, öffentlich Beschimpfen, Niedermachen). Ich glaube, die Planung selber hat die allermeisten Menschen gar nicht interessiert. Wenn wir jetzt in die Bürgerforen zum Entwicklungs- und Pflegeplan gehen, dann sitzen da 20 bis 30 Leute. Unterschrieben für den Volksentscheid haben 720.000 Menschen. D.h. die Menschen wollten mal dagegen sein ohne, das sie jetzt die weitere Planung interessiert. Eine Unterschrift ist schnell gemacht, aber im weiteren Prozess geht es in die Arbeitsebene. Viele Menschen, auch die die am 100%-Gesetz mitgearbeitet haben, wundern sich was alles nicht mehr möglich und ausgeschlossen ist, mit dem neuen Gesetz, das sie sich selbst gegeben haben. Z.B. haben Sie, was den meisten Menschen nicht klar war, ökologische Standards von 1936 festgeschrieben durch die Regenwassergeschichte. Jetzt kämpfen wir um Bäume und eine Feldflur, die sind ja auch verboten. Wir wollen Bäume haben um Schatten zu spenden, aber Baumpflanzungen sind verboten.

- c) *Gab es Probleme / Schwierigkeiten / Hindernisse in der Kommunikation unter den einzelnen Akteuren während des Planungsprozesses?* cc) Wenn ja, welche?

Wohnungsbauziel ist die Möglichkeit der Stadtplaner um Gentrifizierung entgegenzuwirken. Es können keine Mieten mehr bei 2,30 Euro festgeschrieben werden.

Zwischen den einzelnen Akteuren gibt es große Konflikte im Prozess zum Volksentscheid. Zum einen gibt es die *Skater* und *Radrennfahrer*, die sich eine schnelle geschützte Bahn um das Feld herum wünschen. Auf der anderen Seite, gibt es die Menschen mit Kindern die sich eine verkehrsberuhigte Zone wünschen. Zudem stehen die *Sportler* mit den *Geschichtsinteressierten* im Konflikt. Die Sportflächen liegen auf Flächen der ehemaligen Zwangsarbeiterlager des Flughafens. Die Sportler möchten gerne ihre *Sportfelder* ausdehnen und die *Geschichtsinteressierten* möchten die Flächen der ehemaligen Zwangsarbeiterlager sichtbar machen. Und natürlich auch das berlintypische Thema: Hundeliebhaber vs. keine Hundeliebhaber. Auf dem Feld gibt es zwei Hundeauslaufgebiete, die ca. drei Hektar groß sind, aber keinen Spielplatz.

Mittlerweile keine Konflikte mehr zwischen Senat, BUND und Initiative. Damals war der BUND vorwiegend gegen die Vorgehensweise zum Wasserbecken der Rest wurde nicht beanstandet. Es gab mit keiner Bürgergruppe direkte Konflikte, außer vielleicht mit den Kleingärtnern.

- d) *Seit wann oder wodurch zeigte sich der erste Widerstand/Protest/Ablehnung der Planung zum Tempelhofer Feld?* e) *War der geplante Bau des Wasserbeckens / Landform und die Klage des BUND während des laufenden Volksbegehrens ein Zuppferd der Ablehnung?*

An Wochenenden bzw. an guten Tagen, haben wir 40.000 Menschen auf dem Feld. Das sind nicht immer neue 40.000 Menschen. Es ist vielleicht ein Potenzial von 80.000 Menschen in der Summe. 720.000 Menschen haben unterschrieben, das spiegelt sich auf dem Feld so nicht wieder. Das Wasserbecken hat keine große Rolle gespielt. Bislang wird das Oberflächenwasser vom Flughafengebäude (10 ha), dem Flughafenvorfeld (30 ha) und die gesamte Strecke des Columbiadamms im vorhanden Regenrückhaltebecken gesammelt und ungeklärt in den Landwehrkanal eingeleitet. Das

ist Ökologie 1936! Ich glaube, dass es zu einem Zeitpunkt X vielleicht in fünf Jahren eine von den Bürgern getragene Gesetzesänderung dazu geben wird. Wir merken im jetzigen Prozess, je besser man die Bürger informiert, desto leichter können sie sich mit Änderungen anfreunden. Sie sehen die Konflikte, die sie praktisch mit dem Gesetz heraufbeschworen haben. Z.B. Sportanlagen ohne Flutlicht, eine Durchsetzung der Insektenfreunde zum Thema Lichtverschmutzung. Andererseits ist in unseren Breitengraden ein Sportplatz ohne Licht der im Winter um 16:00 Uhr geschlossen werden muss unrentabel, i.d.R. sind Sportplätze in der Stadt bis 22:00 Uhr beleuchtet.

Hauptgrund für den Volksentscheid war die allgemeine politische Unzufriedenheit gegenüber Wowereits Politik. Die Bürger haben gesehen, dass beim BER Milliarden versenkt werden, aber es geht nichts voran. Abgesehen, dass das in Brandenburg stattfindet, denkt der Bürger vielleicht: wenn die noch nicht einmal dass mit dem großen Flughafen können, dann können die das mit dem kleinen auch nicht. Es war eher eine Protestwahl ohne wirkliche Auseinandersetzung mit der Planung von Seiten der Bürger.

f) *Wie war die Reaktion auf die Bildung der Initiative 100% Tempelhofer Feld? g) Wie konnte die Initiative „100% Tempelhofer Feld“ ihrer Meinung nach den Volksentscheid gewinnen?*

Sie haben uns mit Flyer, die deutlich an der Realität vorbeigingen, sehr geärgert. Sie haben z.B. Fotos des Denkmals für die ermordeten Juden in Europa vorm Brandenburger Tor genommen und das als graue bedrohliche Bebauung mit Betonklötzen an den Rand des Tempelhofer Feld gesetzt. Das waren schon echte Propagandamittel, welche die Menschen gefangen haben und gegen die wir uns nicht wehren konnten. Zudem waren sie hoch aktiv und sind mit vielen Gruppen in allen Bezirken unterwegs gewesen. Das können wir als Behörde gar nicht leisten. Dafür fehlt uns die Kraft und das Personal. Also es waren teilweise unfaire Mittel zu denen wir mehrfach Gegendarstellung in der Zeitung geschrieben haben, aber das liest dann keiner mehr.

3. Der Volksentscheid

a) *War der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld eine „unausweichliche“ Folge der Vorgehensweise bei der Beteiligung im Planungsprozess?*

Nein! Ich sag mal wenn er zehn Jahre früher oder zehn Jahre später gekommen wäre, dann wäre er vielleicht nicht so erfolgreich. Grund allein war die Stimmung in der Stadt gegen die damalige politische Konstellation mit Wowereit als Bürgermeister und diesen ganzen Verflechtungen.

Volksentscheid als direkt demokratische Instrument oder besser verhindern und früher Lösung finden?

Schwierige Sache, es kann ganz sinnvoll sein. Wir haben eine Stimmung angefangen links und rechts. Ob es wirklich um die Planung ging ist schwer einschätzbar. Ich glaube es war eher die Stimmung gegen die Politik. Ist ein Volksentscheid, der von einer leicht lenkbaren und schwer zu beherrschen Stimmung getragen wird, wirklich klug?

Wohnungsbau ist auch im ureigenen Interesse der Bürger, aber nicht der Bürger, die eine Wohnung haben, sondern der Bürger, die eine Wohnung suchen. Das ist auch eine Lobbyfrage. Diejenigen, die noch suchen haben keine Lobby und kommen erst noch in die Stadt. Aber für die bauen wir ja die Wohnungen. Das Problem ist, dass die die noch gar nicht da sind und für die wir das machen nicht abstimmen können.

Weiterhin gab es eine Fehleinschätzung unseres Hauses im „Letter of Intent“ mit den Wohnungsbaugesellschaften, gab es ein Versprechen des Senators, dass wir preisgünstigen Wohnraum schaffen. Ca. 50 Prozent für Kaltmiete 6 Euro momentan liegt der Durchschnitt zwischen 10-11 Euro. Das Problem dabei, ist, dass die Menschen die davon betroffen sind in Neukölln mit langfristigen Mietverträgen von 4-5 Euro wohnen. Dass heißt für diese Menschen ist 6 Euro teuer, das hätte man anders aufziehen müssen.

b) *Oder hätte mit anderen Mitteln früher eine Lösung gefunden werden können?*

Laut der Verfassung von Berlin haben die Bürger wenn sie entsprechend Stimmen gesammelt haben ein Rechtsanspruch auf ein Volksbegehren bzw. eine Volksabstimmung. Der Senat muss dann das Gesetz übernehmen. Er hätte theoretisch auch die Chance gehabt zu sagen wir lehnen

das ab, aber er hat es sich zu eigen gemacht und so steht es in der Verfassung. Es wäre auch ein politischer Vertrauensbruch gegenüber den Bürgern, sie abstimmen zu lassen und dann abzulehnen. Das ist eine freiwillige Akzeptanz, die eigentlich auch nicht freiwillig ist, weil das politisch gar nicht durchhaltbar gewesen wäre nicht auf eine Volksabstimmung einzugehen.

bb) Wenn ja, welche? Polarisierung in der Abstimmung?

Das es nur ein „Ja“ oder ein „Nein“ gab hat mich auch geärgert. Wir haben ja eine Alternative dargestellt und man konnte theoretisch zu beiden „Ja“ sagen. Aber was nicht zur Wahl stand war Planung. Wir hatten ja nur die eine Planung mit ZLB. Klüger wäre die Wahl auch für ein Planung ohne ZLB gewesen bzw. generell mehr Varianten der Planung. Man konnte nur dem einen oder dem anderen zustimmen. So war aber die politische Entscheidung mit einer Freiflächensicherungskampagne in die Volksabstimmung zu gehen. Alle haben zu diesem Zeitpunkt nicht gedacht, das die mit dem Volksentscheid erfolgreich sind.

4. Ausblick

a) Welche Lehren lassen sich aus dem Volksentscheid zum Tempelhofer Feld für die Kommunikation und Beteiligung in Planungsprozessen ziehen?

Offener auf den Prozess zu gehen.

b) Empfehlungen für die Zukunft?

Beim nächsten Mal müsste man die Bürger erst mal von der Sinnhaftigkeit des Wohnungsbaus dort überzeugen und das geht nur durch Überzeugungsarbeit. Wie das genau aussieht, das weiß ich nicht.

c) Was denken Sie über die (rechtliche) Wirkung des Volksentscheides zum Tempelhofer Feld?

Jetzt haben wir das Gesetz. Dieses Gesetz müsste geändert werden. Dafür braucht es eine politische Mehrheit im Abgeordnetenhaus, aber ich glaube das geht auch nicht ohne eine politische Mehrheit in der Bürgerschaft.

cc) Kann es in Zukunft eine neue Planung für das Tempelhofer Feld mit Bebauung geben?

Sowohl der regierende Bürgermeister als auch mein Senator Herr Geißel haben schon mehrfach angedeutet, dass sie sich Wohnungsbau dort langfristig vorstellen können.

ccc) Wenn ja, ab wann?

Im nächsten Jahr sind Wahlen vorher rührt das keiner an. Danach glaube ich auch nicht, aber nächste Wahl dann schon. Also in sechs Jahren vielleicht. Es könnte ja auch ein Topthema werden, aber wahrscheinlich wird die Politik klug abwarten bis sich die Mietpreise hier so unverschämt weiter entwickeln, dass die Leute dann Einsicht zum Wohnungsbau haben. Aber wir wissen es nicht und das ist auch nur eine theoretische Überlegung. Ich weiß ja nicht, was die Politik dann entscheidet, Ich kann ja nur Vorschläge machen als Stadtplaner.

Es wird erst mal abgewartet, bis Gras über die Sache gewachsen ist und sich die Wellen geglättet haben. Wenn der BER in Betrieb ist, dann wird man auf das Tempelhofer Feld zurückkommen.

[d) Hätte das Tempelhofer Feld nicht im Sinne des nachhaltigen Städtebaus bebaut werden müssen? e) Kann es sich Berlin leisten, diese Fläche unbebaut zu lassen?]

Es ist in der Tat eine Frage wie lange kann es sich Berlin leisten diese gigantischen Wohnbaureserven einfach rumliegen zu lassen, für partikular Interessen, ein paar Kyter vielleicht rund 10.000 Leute, die da ihre eigenen Interessen durchsetzen wollen. Das muss politisch überlegt werden, was ist denn sinnvoll und wie geht man da vor? das ist im Moment noch nicht klar, weil es keiner angreifen will.

Was sind die Konsequenzen, wenn es nicht bebaut wird? (Frage von Herr X. selbstredend erklärt)

Es sind fast 5.000 Wohnungen, wenn die fehlen? Es kommt der Wohnungsmangel, der zu Preis Anstiegen führt. Es könnte passieren, dass der damalige Wohnungsrahmen mit der Randbebauung in sieben Jahren nicht mehr existiert und mehr Wohnungen gebraucht werden. Aber das weiß keiner und das ist Zukunftsmusik.

EPP wird solange gemacht, bis das Ziel Wohnungsbau wieder in Angriff genommen werden kann?

Ja das Gesetz wird angepasst werden und Mängel beseitigt. Z.B. Baumpflanzungen und Bänke möglich machen, da Schatten vor allem auch für ältere Menschen benötigt wird, wenn man das gesamte Spektrum der Bevölkerung erreichen will. Der See soll kommen, die meisten Leute finden ihn klasse. So wird auch das Wasserproblem ökologisch geklärt. Vielleicht wird der Friedhof für islamische Bestattung und die Sportflächen erweitert, was aktuell alles ein bisschen problematisch ist.

Die Stadt hat die Aufgabe des EPP an den BUND abgegeben.

Das Problem ist ja, im Gesetz steht „unter breiter Beteiligung der Bevölkerung“. Es soll deswegen kein von uns gelenkter Prozess sein. Wir stehen da als Planer der Senatsverwaltung unter Generalverdacht immer alles fies und hinterhältig und heimtückisch zumachen. Um sich diesem Verdacht zu entziehen haben wir den Prozess auf externe Füße gestellt. Was ich auch sehr klug finde. Das Problem ist der EPP läuft jetzt, aber keiner weiß wo es hin geht. Alles ist im Laufen es gibt keine Gremien und alles ist gut offen.

Interview mit dem Bund für Naturschutz und Umwelt, Landesverband Berlin, Herr Y. (13.05.2015 13:00 Uhr)

1. Anfänge der Planung zum Tempelhofer Feld

- a) *War die Planung bzw. dass etwas geplant wird bereits entschieden, bevor beteiligt wurde? Wurden Flexibilität und Kreativität im weiteren Planungsprozess eingeschränkt? Seit wann oder wodurch zeigte sich der erste Widerstand/Protest/Ablehnung der Planung zum Tempelhofer Feld?*

Es gibt einen länger zurückweisenden Planungsprozess seit 1994 (erster Flächennutzungsplan zum Feld). 2008 erster Volksentscheid, als es um den Weiterbetrieb des Flughafens ging. Ein erstes Konzept für eine Randbebauung bzw. eine Einfassung des Feldes durch eine Bebauung wurde von der Senatsverwaltung vorgestellt, sowie vorher und hinterher online beteiligt.

Ein weiterer wichtiger Punkt für die Planung, war die Entscheidung der Gründung der Tempelhof Projekt GmbH, welche die Planung übernommen hat. Die Flächen, die zum Teil vom Bund gekauft wurden, sollten entsprechend verwertet werden. Der Finanzsenator legte viel Wert darauf, dass Einnahmen erzielt werden, die zur Finanzierung der Sanierung des Flughafengebäudes etc. eingesetzt werden können. Die Verbindung zwischen dem Tempelhofer Feld und dem Flughafengebäude fixierte wie viel Flächen bebaut werden, bevor sich intensiver mit Einzelflächen auseinandergesetzt wurde.

Einerseits der generelle Konflikt zwischen Weiterbetrieb Flughafen und Sicherung des Flughafengeländes. Auf der anderen Seite der Konflikt über die spätere Nutzung. Hierbei war damals schon der Grün- und Freiflächenaspekt sehr stark. Aber auch das Bebauungsthema mit dem ersten „Masterplan“. Dann fand eine vertiefende Untersuchung zum Columbiaquartier statt. In einem städtebaulichen Wettbewerb wurden verschiedene Szenarien durchgespielt mit dem Ergebnis, dass davon gar nichts verwirklicht wird und das Columbiaquartier zurückgestellt wird in der Planung. Dies war ein Ergebnis der intensiven Diskussion, da gab es auch einen Lerneffekt durch die intensivere Auseinandersetzung mit den Gegebenheiten dort. Einmal was das Feld selbst betrifft: Baseball/Softball und ehemalige Zwangsarbeiterlager des Flughafens. Insbesondere aber auch die Frage der Anbindung nach Norden. Da ist ein Riegel durch Kasernengelände und Kleingärten, das würde dann eher ein solitäres Wohngebiet.

- b) *Die IGA 2017 sollte auf dem Tempelhofer Feld stattfinden. Wurde sie nach Marzahn verlegt, da das Tempelhofer Feld bereits von den BürgerInnen angenommen bzw. „besetzt“ war?*

Die Internationale Gartenbauausstellung (IGA)-Planung war zunächst auch mit Grundlage für die Parkplanung. Hier haben Sie (Senat) die Pläne konzentriert und ziemlich stark zurückgenommen, weil gemerkt wurde hier ist der Widerstand (der Bevölkerung) relativ groß und die Begeisterung recht gering. Sodass Sie (Senat) die Planung dort abgebrochen haben und nach Marzahn gegangen sind. Um diesem Konflikt aus dem Weg zu gehen.

- bb) *Was führte trotz des vorhersehbaren Widerstandes gegenüber einer Veränderung bzw. Bebauung des Feldes dazu weiter zu planen?*

Die IGA-Entscheidung war 2012, glaube ich. Interessant ist, das bis 2011 (bis zu den Abgeordnetenhauswahlen) die Tempelhof Projekt GmbH-Planung und die Masterplanung gemacht wurde. Da war entscheidend, dass das Feld noch nicht geöffnet war und es in vielen Fällen eine sehr abstrakte Diskussion war. Da war die Situation vor Ort noch gar nicht klar.

Es vermischen sich politische Motive einerseits wollen wir zeigen, dass wir auf dem Tempelhofer Feld was Gutes machen können als Gegenentwurf zum Weiterbetrieb des Flughafens, denn das war ein massiver Konflikt. Auf der anderen Seite dann die Entscheidung der Planung der Tempelhof Projekt GmbH zur Verwertung der Flächen um den Park und das Flughafengebäude zu finanzieren. Das war eine Grundsatzentscheidung die schon viele Weichen gestellt hat, deshalb auch die Fixierung auf eine Bebauung auf dem Tempelhofer Feld. Dies und auch die Finanzierungspläne spielten bei der Diskussion eine Rolle. Derzeit ging die Konzeption noch davon aus die Grundstücke sehr stark im privaten Bereich zu entwickeln mit eher gehobenen Wohnungsangeboten. Denn nur so erziele ich (Senat) die Einnahmen.

2011 kam dann auch im Vorfeld des Volksentscheides der Switch, in dem gesagt wurde: wir (Senat) wollen stärker auf sozialen Wohnungsbau setzen, da es eine landeseigene Fläche ist. Das ist ein relativ später Richtungswechsel. Wobei hierbei auch gesagt werden muss, bis 2011 hatte Berlin kein Wohnungsproblem auch politisch definiert (nach Aussage von Junge-Reyer). Nach 2011 nach den Wahlen war: „Wir brauchen neuen Wohnraum“ plötzlich mit das Topthema. Also insofern eine nachvollziehbare Strategieänderung des Senats, die sicher auch intern nicht einfach war.

2. Beteiligung und Kommunikation während des Planungsprozesses

- [a) *Wie sieht Ihrer Meinung nach eine gute Beteiligung bei solch einem Großprojekt aus?*
 aa) *Welche Faktoren können ein Beteiligungsverfahren begünstigen?*
- b) *Was zeichne eine schlechte Beteiligung oder das Misslingen einer Beteiligung aus? Warum lief es so?*

Die Grundentscheidung der Politik zu der „Beharrung“ auf der Randbebauung mit den vier Baufeldern an der festgehalten wurde, führte in allen Beteiligungsstufen zum Konflikt. Es gab zwar verschiedenste Beteiligungsformate und die Verknüpfung mit dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEK) Neukölln, Kreuzberg, Friedrichshain und Tempelhof-Schöneberg, aber das reichte nicht aus.

Im landschaftsplanerischen Wettbewerb mit Online-Dialog und Telefonumfragen wurden verschiedene Wünsche und Ideen abgefragt, aber es wurde nicht wirklich in den Dialog gegangen, um zu fragen: „Was wollt ihr (Bevölkerung) wirklich?“. Es war eher ein vorgegebenes „Wünsch-Dir-Was“, anstatt einen richtigen Diskurs-Prozess abzuhalten. Stattdessen lief der internationale Wettbewerb, in dem die Landschaftsarchitekten GROSS.MAX aus Schottland gewonnen haben. Da fand eine Rückkopplung zu den Entwürfen in öffentlichen Veranstaltungen statt. Aber die fundamentale Kritik, der Bevölkerung gegenüber einer grundlegenden Veränderung des Geländes, auch zur Landschaftsplanung, wurde von der Politik nicht wahrgenommen.

- [c) *Gab es Probleme / Schwierigkeiten / Hindernisse in der Kommunikation unter den einzelnen Akteuren während des Planungsprozesses? cc) Wenn ja, welche?*
- e) *War der geplante Bau des Wasserbeckens / Landform und die Klage des BUND während des laufenden Volksbegehrens ein Zugpferd der Ablehnung?*

In den Umfragen hatten kleinteilige Wasserelemente eine riesige Zustimmungquote, selbst der Badensee schloss bei der Eröffnung mit 60 Prozent ziemlich hoch ab. Das war ein Badensee mit Liegewiese. Das Wasserbecken, welches Sie (Senat) dann geplant haben, war aber weder kleinteilig noch war es ein Badensee. Es ging um die Versickerung des Abflusswassers für die es auch andere Möglichkeiten gibt. Das Wasserbecken war halt ein landschaftsarchitektonische Element. Als es dann aber plötzlich als ökologisches Regenwassermanagement formuliert wurde, dass aber nur sehr zum Teil stimmte, fand eine Verknüpfung von „wir wollen das Wasserbecken“ und „es ist auch hilfreich fürs Regenwassermanagement“ statt. Aber das wurde verkürzt und auf die alten Umfrageergebnisse, damit auf eine breite Unterstützung aus der Bürgerschaft gestützt. Das trifft den Berufsethos der Verwaltung „wir machen hier eben für alle Bürger, das ist eine gute Sache, was wir hier machen“. Die Sensorik für das, was die Leute wollen ging der Senatsverwaltung da wohl verloren.

Vom Vorgehen her hatte es eine Mobilisierungswirkung. Die Sympathien für das Wasserbecken waren vorhanden. Die Klage war auf den Rundweg, der durch schützenswerte Biotope gebaut werden sollte, bezogen. In der öffentlichen Kommunikation war aber nur das Wasserbecken Thema. Die Klage wurde gewonnen, weil die (Senat) versucht haben sich irgendwie durch zu manövrieren. Zwei Jahre lang wurde senatsintern am Wasserbecken und Rundweg herumgebastelt. Durch Akteneinsicht (des BUND) wurden die vielen interne Abstimmungen öffentlich gemacht. Der ineffiziente interne Planungsprozess fand unter Missachtung aller Beteiligungserfordernisse, wie eines Planfeststellungsverfahrens für das Wasserbecken oder einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für die Gesamtmaßnahme statt. Es wurde von Seiten des Senats aus versucht alles so durchzuziehen, das möglichst niemand eingebunden werden muss. Es gab keine Bereitschaft sich über die konkrete

Planung, Beispielsweise den Rundweg zu diskutieren oder sich damit auseinanderzusetzen. Stattdessen übte der Senat eine kommunikative Verdichtung auf das Wasserbecken aus - ökologisches Wassermanagement, denn das ist was Gutes. Über die vielen anderen Maßnahmen wurde oft gar nicht öffentlich informiert.

- f) *Wie war die Reaktion auf die Bildung der Initiative 100% Tempelhofer Feld? g) Wie konnte die Initiative „100% Tempelhofer Feld“ ihrer Meinung nach den Volksentscheid gewinnen?*

Nicht nur der Volksentscheid wurde von der Politik unterschätzt, vielmehr die Initiative, die zu klein sei, kein Geld hätte und keine breiten Unterstützer im Gegensatz zum Energietisch mit ca. 50 Institutionen. 100% hatte kaum Unterstützer wir (BUND) waren der größte Mitunterstützer. Aber der Volksentscheid des Tempelhofer Feldes wurde aus der Mitte der Gesellschaft aufgegriffen. Es haben sich viele Menschen selber aktiviert und gesagt, das ist unsere Sache. Wir holen uns die Unterschriftenlisten und sammeln (Bsp. Seniorenheim usw.). Das passte in die bekannte Logik der Parteien nicht rein. Beim Energietisch gab es mobilisierungsfähige Verbände und Organisationen. Der Top-Down Ansatz wurde nicht verstanden. Beim Tempelhofer Feld brauchte es keine starke und breit aufgestellte Organisation, die Menschen haben es selber aktiv in die Hand genommen. Nicht die Schlagkraft des Trägers des Volksbegehrens wurde unterschätzt, sondern die emotionale Schlagkraft des Themas. Deshalb war auch die Überraschung so groß, dass der Volksentscheid geschafft wurde.

3. Der Volksentscheid

Es gibt ja zwei Interpretationslinien zum Volksentscheid. Die einen sagen, der Senat hat eine rote Karte bekommen, entweder weil Leute gegen Bebauung sind oder grundsätzlich gegen die generelle Politik sind. Meine Gegenthese war auch schon davor und ist immer noch: „Der klare Ausgang des Volksentscheids lässt sich primär durch die Bedeutung des Tempelhofer Feld, sowohl in seiner einzigartigen Gestalt der Natur mit den offenen Wiesenlandschaft mitten in der Stadt, aber auch als Freizeit- und Sportraum als Freifläche anderen Typs mit ganz anderen Nutzungsmöglichkeiten als Tiergarten oder Ähnliches erklären.“ Vor allem auch die geschichtliche Bedeutung als Stück West-Berliner Geschichte. Auch beim Volksentscheid 2008 ging es vorwiegend um Geschichte und Bedeutung des Tempelhofer Feldes.

Die Gegenthese bezüglich des Misstrauens gegen den Senat kann man gut widerlegen. Bei Tegel wurde eigentlich keine Diskussion darüber geführt, ob Tegel erhalten werden sollte. Es gab eine breite Akzeptanz darüber, dass da etwas passieren soll. Von der grundsätzlichen Ausstattung her ist Tegel durchaus vergleichbar mit Tempelhof. Erklärungsfaktor für den Ausgang des Volksentscheids zum Tempelhofer Feld ist die spezifische Geschichte des Tempelhofer Feldes. Angefangen als Sport- und Freiraum der Bevölkerung des 19. Jahrhundert und dann später als Flughafen. Dieser Wert des Tempelhofer Feldes wurde von der Politik nicht erkannt.

- a) *War der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld eine „unausweichliche“ Folge der Vorgehensweise bei der Beteiligung im Planungsprozess? Volksentscheid als direkt demokratische Instrument oder besser verhindern und früher Lösung finden?*

Da kommen wir zur Beteiligung, die es zwar gab, die aber immer wieder gescheitert ist, weil der zentrale Punkt OB und WIE gebaut werden soll nicht diskutiert wurde. Das WIE war schon mal im Bebauungsplanverfahren Tempelhofer Damm und Südring aber nur Ansatzweise. Es wurde das Signal gegeben über eine Bebauung wird nicht diskutiert.

Keine echte Reaktion, Widerstand. Kritikpunkt war der Gesetzesentwurf der Initiative gegenüber dem Vorgehen des Senats im Planungsprozess..

Die politische Diskussion wurde über die zwei vorgelegten Szenarien geführt. Einmal „100% Tempelhofer Feld“ und andererseits „man lässt Bebauung zu, auch wenn über das Konkrete erst später entschieden wird“. Ob die Baufelder so realisiert werden wie vorgesehen, ist auch eine Frage.

Wenn man weder für das eine, noch für das andere ist hätte man mit „Nein-Nein“ stimmen müssen. Da wurde gesagt: „die Leute seien überfordert damit“. Ich vertrete die Gegenthese man merkt an dem häufigen „Ja-Ja: ich bin grundsätzlich dafür das Feld zu erhalten bin aber auch dafür das es teilweise bebaut wird.“ Wo wäre der Kompromiss gewesen? Über Tempelhofer Damm

kann man diskutieren, hier gab es das Problem der Festlegung des damaligen Bürgermeisters, hier die Zentrale Landesbibliothek zu bauen. Die politische Logik war dabei es durchzuziehen bevor es heißt: „Wowereit knickt ein“. Das es eine vernünftige Entscheidung gewesen wäre, hätte nicht interessiert.

- b) *Oder hätte mit anderen Mitteln früher eine Lösung gefunden werden können? bb) Wenn ja, welche?*

Die SPD hätte die Gespräche mit der Initiative suchen müssen (das hat der BUND versucht voranzutreiben). Aber die SPD ging davon aus, dass sie gewinnen. Denn wir (SPD) haben mit dem Bebauungsplan überzeugende Argumente. Das war eine Fehlentscheidung insbesondere der SPD. Die CDU war da wesentlich diskussionsoffener. Die CDU hat sich auch insgesamt während des Volksentscheid zurückgehalten. Es hätte also auch die Möglichkeit bestanden das Ganze abzufangen. Sie hätten das Gesetz (das Tempelhofer Feld wird geschützt) als Grundlage auch erst mal annehmen können. Man vereinbart einen neuen Ansatz darüber zu diskutieren und sagt auch, da fehlt es dann aber an verfassungsrechtlichen Randbedingungen, man übernimmt das Gesetz und dann ändert man es. Sie könnten auch sagen wir führen ein fakultatives Referendum ein. D.h. wenn ein durch Volksbegehren/Volksentscheid zustande gekommenes Gesetz geändert wird, hat man eine niedrigere Hürde für den Volksentscheid. Wenn in Hamburg beispielsweise nicht 2,5 % der Wahlberechtigten in einer bestimmten Frist unterschreiben. Um eine Interventionsmöglichkeit für die Bürger weiterhin zu sichern.

Für den Umgang mit dem Gesetz und den weiteren Prozess fehlen die Spielregeln und die Instrumente.

Polarisation in der Abstimmung?

Mit dem Signal, das man gesetzt hat, wurde polarisiert. Auf der einen Seite gab es einen Masterplan und auf der anderen Seite gab es 100 %. Der Senat war nicht bereit von seinen Plänen mal ein Stück abzurücken. Es hieß: „Wenn wir hier nicht bauen dann geht Berlin unter, weil wir das Wohnungsproblem nicht gelöst kriegen.“ Es gibt in Berlin aber genug Flächen, die bebaut werden können.

4. Ausblick

- a) *Welche Lehren lassen sich aus dem Volksentscheid zum Tempelhofer Feld für die Kommunikation und Beteiligung in Planungsprozessen ziehen?*

Die Dreifachrolle des Senates oder der Politik: Ich (Senat) kann NICHT gleichzeitig Planer, Moderator und Entscheider sein. Ein weiteres Problem waren die beauftragten Dienstleister, wie Tempelhof Projekt GmbH, die den Beteiligungsprozess für den Senat durchführten. Denen wurde zu wenig Freiheit geben, Beispielsweise bestimmte Themen ergebnisoffen diskutieren zu können. Als Dienstleister, müssten Sie (Tempelhof Projekt GmbH) zwischen Verwaltung und Bürger stehen und in ihrer Kompetenz als Beteiligungsexperte die Konflikte und deren Konsequenzen für die Planung aufzeigen.

- b) *Empfehlungen für die Zukunft?*

Erstmal alles offen halten. Die verschiedenen Themen nicht nebeneinander in den Arbeitsgruppen sondern nacheinander diskutieren. Informationsphase in der Beispielsweise Naturschutzgutachten, Parkmanagement, Gebäude, usw. vorgestellt wird, durchführen. Das allein gibt schon eine riesige Zahl von Veranstaltungen. Da kommen dann zu den unterschiedlichen Veranstaltungen verschiedene Zielgruppen. Für diejenigen, die immer mit dabei sind, wirkt es wie ein Riesenbeteiligungsmarathon. Für die Anderen ist das aber gut, weil sie so wissen wo muss ich hinkommen, um meine Themen zu diskutieren.

- c) *Was denken Sie über die (rechtliche) Wirkung des Volksentscheides zum Tempelhofer Feld?*

Stichworte: Volksentscheide auf Landesebene, Wahlberechtigung für Menschen, die schon ewig hier wohnen aber keinen deutschen Pass besitzen oder Wahlberechtigung ab 16 Jahren.

- cc) *Kann es in Zukunft eine neue Planung für das Tempelhofer Feld mit Bebauung geben?*
 ccc) *Wenn ja, ab wann?*

Im aktuellen Beteiligungsprozess merkt man wie wenig/gar nicht auf die eigentlichen Ideen und Wünsche der Bürger eingegangen wurde. So gut wie niemand möchte, dass der Grundcharakter des Feldes verändert wird. Es geht eher um punktuelle Maßnahmen für Sport und Freizeit und keine grundsätzliche Umgestaltung. Ein Wasserspielfeld wäre auch möglich.

Es ist nach wie vor der Wunsch der Bürger wenig zu verändern und das Feld so zu lassen, wie es ist. Menschen die das Feld kennen sehen den Geschichtshintergrund oder die große Grünfläche deren Charakter erhalten bleiben soll. Andere, die das Feld nicht so gut kennen sehen das Tempelhofer Feld als große Brachfläche inmitten der Stadt, die man ja bebauen könnte.

In einem Interview der Taz vom 12. Mai 2015 sagte Müller: „In einigen Jahren vielleicht in der Übernächsten Legislaturperiode sei eine neue Debatte über die Randbebauung des Tempelhofer Feldes fällig“.

- [d) *Hätte das Tempelhofer Feld nicht im Sinne des nachhaltigen Städtebaus bebaut werden müssen? e) Kann es sich Berlin leisten, diese Fläche unbebaut zu lassen?*

EPP Alliierten Museum, Zwangsarbeiter Lager, Luftbrücke Bezüge zwischen Feld und Flughafengebäude. Wirtschaftssenatorin (Messe) versus Stadtentwicklungssenator. Es gibt viele Ideen gern auch als Lösung für verschiedene Probleme. Bisher gibt es kein Konzept. Politik neigt zur Vorfestlegung. Informationsveröffentlichung und Beteiligung fehlen.

Koordinationsrolle war als Vertrauensperson, die moderiert und vorbereitet. Verantwortung für einen gemeinsamen Aushandlungsprozess. In der ersten Phase wurde sortiert und strukturiert. In der zweiten Phase des Prozesses wird jedes Thema einzeln bearbeitet. Beteiligung ist kein Selbstzweck, es geht um die Optimierung von staatlichen Planungs- und Entscheidungsprozessen. Das ganze Spektrum von inhaltlicher Gestaltung und Organisation des Tempelhofer Feldes, Zusammenarbeit Bürger und Verwaltung bis hin zur Frage Projekte auf dem Feld. Das ist ein breiter Strauß an Themen, die jetzt im weiteren Prozess abgearbeitet und definiert werden. Der harte Kern der sich derzeit aktiv Beteiligten, beträgt 30 - 50 Leute, die Lösungen finden und Themen voran bringen. Das sind vermeintlich nicht viele, aber man hat auch bei normalen Beteiligungsprozessen nicht unbedingt viele Leute. Es gibt verschiedene Interesse und nicht jeder hat Zeit sich an allen Beteiligungsprozessen zu beteiligen. Das was unterschätzt wird ist das Delegieren, die Menschen die da sind, sind mit sozialen Netzwerken verknüpft, berichten dort, geben Feedback und bekommen Feedback zurück. Man hat viele Leute da, wenn etwas schief gelaufen ist, denn dann wird mobilisiert. Die Mobilisierung beim Tempelhofer Feld ist zurzeit gering es werden hauptsächlich Informationen ausgetauscht.

Mit dem Internetdialog im Januar 2015 zum Tempelhofer Feld sind wir eher zurückhaltend gestartet, um nicht zu viele Erwartungen zu wecken und weil nicht darüber informiert wurde. Erst als das Beklagen der geringen Beteiligung aus Sicht des Senator in den Medien erschien stiegen die Zahlen sprunghaft an. Im Vergleich zu Stadtmitte, die mit einer starken medial Präsenz (Berliner Fenster) gestartet sind, haben wir auf der Seite des Tempelhofer Feldes über 1000 Besucher und eine höhere Aktivitätsrate (Kommentare und Statements schreiben). Bei Stadtmitte sind bei max. ca. 460 Besucher derzeit. Viele Leute sind auch „nur“ registriert, also sie informieren und interessieren sich, sind aber nicht aktiv am Schreiben. Das zeichnet sich aber generell auch bei Beteiligungen auf dem Feld, wenige Vorschläge der Bürger aber viele Menschen da, die sich informieren.

Die Verwaltung will zunächst mal ihre Pläne vorstellen und prallt auf breite Gegnerschaft mit entsprechenden Diskussionen. Die hohe Diskursqualität schreckt viele Menschen, die neugierig sind und sich nur informieren wollen ab bzw. kommen unter die Räder. Bei den Neutralen, die sich beide Seite anhören wollen, kann das eher zurückschlagend wirken.

Interview Tempelhof Projekt GmbH, Bereich Planung und Entwicklung, Frau X. (21.05.2015 16:00 Uhr)

1. Anfänge der Planung zum Tempelhofer Feld

- a) *War die Planung bzw. dass etwas geplant wird bereits entschieden, bevor beteiligt wurde? Wurden Flexibilität und Kreativität im weiteren Planungsprozess eingeschränkt?*

Es war klar, dass nachdem der Flugbetrieb, der 2008 endete und der anschließenden Öffnung des Feldes, mit der Fläche umgegangen werden muss. Frühzeitig wurden städtebauliche Studien von der Senatsverwaltung in Auftrag gegeben und Beteiligungswerkstätten, um Ideen der Bürger zu erfahren, initiiert. Anfangs wurden bei einer Ausstellung im Flughafengebäude zu diesem Thema noch die Ideen mit dem Berg, dem großen See oder dem Columbiadamm als Einkaufsmeile usw. von dem damaligen regierenden Bürgermeister Wowereit genannt. Da gab es viele zum Teil auch waghalsige Vorstellungen für den Umgang mit der Fläche. Eine Ansage der Senatsverwaltung mit dem Verwertungshintergrund für den Gesamtstadtentwicklungszusammenhang auf dem Feld ein Flächenangebot für Wohnen und Arbeiten zu schaffen, gab es derzeit noch nicht. Die Überlegungen waren damals noch ziemlich unkonkret. Es wurden Angebote gemacht kreativ und visionär mit den Flächen umzugehen.

2009 gab es dann eine Setzung für den frei werdenden Feldbereich, also das was ehemals Flugfeld war. Nicht das, was ehemals betriebsnotwendiges Flughafengelände war - heute durch den weißen Zaun abgegrenzt. Es ist eine Privatfläche, die dem Land Berlin gehört, die durch die Tempelhof Projekt GmbH im Auftrag des Senats betrieben wird. Die Betriebsfläche unterscheidet sich in der Zuständigkeit zu der freigewordenen Fläche hinter dem weißen Zaun. Da liegt die Zuständigkeit bei der Grün Berlin GmbH. Das mehrstufige VOL-Verfahren zur Findung der Parkplaner wurde von Grün Berlin ausgeschrieben lange bevor die Tempelhof Projekt GmbH 2011 gegründet wurde. Dieses Verfahren zur Suche eines Büros war eine Setzung die es früh gab. Da kann auch schon so manches in Missverständnisse geboren sein, nach dem Motto: *Alles wird Freizeit oder Landschaft oder Park bleiben*. Eine definitive Baukulisse, wo auch immer auf dem Feld und in welcher Dimension wurde nicht mittransportiert.

Erst 2011 mit der ersten Ideenskizze von GROSS.MAX, die den Zuschlag erteilt bekommen haben, wurden an den Rändern wage Dinge angedeutet. Der Landschaftsraum war als Gegenstand des Verfahrens gestaltet und unterlegt. Mehr als Option, da noch sehr unspezifisch, wurden an den Ränder städtebauliche Strukturen gezeigt.

Was wann geplant wurde, lässt sich nicht auf den Punkt beantworten.

In der Landschaftsplanungsthematik lag der Schwerpunkt in der Befassung der Senatsverwaltung. Dies wurde auch stark in die Öffentlichkeit getragen, das andere Thema eher nicht so.

- b) *Die IGA 2017 sollte auf dem Tempelhofer Feld stattfinden. Wurde sie nach Marzahn verlegt, da das Tempelhofer Feld bereits von den BürgerInnen angenommen bzw. „besetzt“ war?*

Das hat damit nichts zu tun. Es war eine interne Entscheidung. Es gibt eine Runde beim regierenden Bürgermeister, die heißt Steuerungskreis Flughäfen. Steuerungskreis ist ein Format einer bestimmten Teilnehmerschar, da sitzen die Senatoren um den Regierenden herum. Die Steuerungskreise werden themenbezogen abgehalten. Beim Steuerungskreis Flughäfen waren Tempelhof und Tegel angesprochen. Wir (Tempelhof Projekt GmbH) nahmen als Fachleute daran teil. Alle drei Monate war so eine Runde angesetzt. In einer dieser Runden ist das Thema IGA in Tempelhof nochmal aufgeworfen worden. Überlegungen zur Verkleinerung der Fläche um Kosten zu sparen kamen auf. Die Kosten müssten über eine Refinanzierung durch die Kartenverkäufe gedeckt werden. Nach kurzer Zeit wurde dann entschieden, die IGA nach Marzahn zu verlegen.

Die Bürger waren auch hinter den Kulissen kein Grund. Es war eine politische Entscheidung. Vielleicht hat man auch nicht mehr die Notwendigkeit gesehen die IGA auf dem Tempelhofer Feld auszurichten. Zudem haben wir (Tempelhof Projekt GmbH) schon intensiv an den gesamt koordinativen Themen gearbeitet. Einerseits war klar es soll eine Baufeldentwicklung geben und andererseits eine Landschaftsparkplanung und -entwicklung geben. Dann soll bis 2017 auch noch eine IGA Platz nehmen können. Das sind unglaublich viele Dinge, die parallel laufen sollten. Jedes Vorhaben für sich ist schon groß. Allein die öffentlichen Besucherströme zu planen, wo es hier

schon im Alltag auf dem Tempelhofer Damm in Richtung Innenstadt ein Verkehrsproblem gibt. Wir hatten Infrastrukturbedarf, es wäre dringend bis Ende 2016 eine Brücke über das Fernbahngleis nötig gewesen. Diese Unwägbarkeiten und Erkenntnisse über diese Problematiken und auch formalen Richtlinien einer IGA waren deutlich zu spüren.

2. Beteiligung und Kommunikation während des Planungsprozesses

a) *Wie sieht Ihrer Meinung nach eine gute Beteiligung bei solch einem Großprojekt aus?*

Das kann ich Ihnen nicht sagen. Da gibt es viele Erfahrungen und Meinungsbilder. Jeder Fachmensch sagt was anderes, viele sagen, dass kriegst du eh nicht hin. Allen Forderungen einzelner Gruppierungen wird man nicht recht, das geht gar nicht.

aa) *Welche Faktoren können ein Beteiligungsverfahren begünstigen?*

Es wurde sehr viel Partizipation betrieben vor und nach der Öffnung. Die einzelnen Partizipationsprozesse waren aufwendig, teuer, langlaufend über Jahre. Beispiel Besuchermonitoring zur Parklandschaft über Jahre. Gefragt wurde: *Was wollen Sie? Was sucht der Bürger?* Ergebnisse waren Schatten, Spielplätze, Aufenthaltsqualität, Ruheräume, nicht nur die große weite Fläche, weil im Sommer zu heiß im Winter ruppig, mehr Gastronomie. Vor allem auch Wegeverbindung und Vernetzung quer in die Stadt. Damit ging Partizipation einher.

Als dann klar war, dass an Rändern höchstens 200m tief bis hin zum Taxiway für kleine Wohngebiete bebaut wird, wurde nochmal speziell eine Beteiligung für dieses Thema aufgesetzt, neben der formalen Planungsbeteiligung zum B-Plan. Beispiel Planungszelle, bei der Menschen wahllos aus dem Melderegister angeschrieben wurden und gefragt wurden, ob sie daran teilnehmen möchten, sie werden auch freigestellt. Der Stundenausfall wird dem Arbeitgeber erstattet (alles durch Steuerzahler bezahlt). Das hatte Konsequenzen für unsere Zeitpläne. Das war alles weit über der formalen, nach Baugesetzbuch geforderten, Beteiligung.

Aber was wirklich zum Ziel einer Akzeptanz der Planung und Umsetzung führt, kann keiner sagen. Da gibt es viele verschiedene Meinungen und Einschätzungen. Allgemein klar ist, dass man viel, früh und offen tun muss.

b) *Was zeichnet eine schlechte Beteiligung oder das Misslingen einer Beteiligung aus? Warum lief es so?*

Die Senatsverwaltung ist relativ spät in eine offensive Kommunikation mit den Bürgern gegangen. Wir haben Infopavillons, Beteiligungsformate und Stadtforen bedient und abgehalten.

Die großen offiziellen Runden haben gezeigt, dass kleine Gruppierungen (ca. 10-15 Leute) ganze Säle mit 500 Leuten sprengen, weil sie auf die Bühne stürmen und versuchen das Mikro an sich zu reißen, den Beamer zu zerstören, den Strom zu unterbrechen um den Vortragenden abzubrechen und sich selbst darzustellen. Das haben wir auch erlebt. Es gibt zwei Gruppierungen, einmal die *Gelben* mit dem Leitspruch: „Tempelhof erhalten“. Sie wollen den Flugbetrieb wieder haben und die *Grünen* die gegen eine Veränderung des Feldes sind. Sie wollen den Zustand des Feld erhalten und keinen „Designpark“, wie kommuniziert wurde, obwohl es keine Designplanung war. Unter Betriebskostengesichtspunkten, war da ein Landschaftsfreiraum in Planung, der wenig Pflege gebraucht hätte. Das Thema Wasserreservoir durch den See. Jetzt (nach dem ThF-Gesetz) ist alles verhindert, wir dürfen nichts machen. Das Regenwasser von den riesigen Dächern fließt in die Kanalisation, das ist ein Unding. Da draußen kapiert es eigentlich kein Mensch, was man mit dem ThF-Gesetz außer Kraft gesetzt hat.

So addiert sich Unverständnis an Unverständnis.

Diese beiden Gruppierungen waren relativ früh da und haben leider solche Informationsveranstaltungen sehr unschön werden lassen für alle Seiten. Viele Menschen, die gekommen sind, haben sich nur in geringer Zahl mal hervorgetan und gesagt: Leute seid doch bitte ruhig. Ich bin hierhergekommen, weil ich mich informieren will. Dazu bin nicht in der Lage, wenn ihr hier alles unterbindet.

Da brauch es andere Formate oder ein anderes Miteinander.

c) *Gab es Probleme / Schwierigkeiten / Hindernisse in der Kommunikation unter den einzelnen Akteuren während des Planungsprozesses? cc) Wenn ja, welche?*

Rolle BUND

Der BUND war eine sehr enttäuschende Vereinigung in dem Zusammenspiel der Dinge hier. Immer wieder Falschaussagen in all ihren Blättern und Falschinformation in der Infopost. Auch mit Hinweisen, dass sie dies bitte zurückziehen sollen, waren sie nicht zu belehren. Zudem was sie Stimmungs- und Meinungsbildend mit der Initiative, die sie massiv unterstützt haben, bewirkt haben. Durch das Mitwirken des BUND als anerkannte Vereinigung, hat die Initiative, die ein versprengtes Zusammenwirken Einzelner darstellt, einen besonderen Charakter und eine Aufwertung bekommen. Sie haben sich in der Sache nicht wirklich schlau gemacht und eine unglaubliche Anti-stimmungshaltung gegen jegliche Vorhaben, obwohl sie ökologisch absolut sinnvoll gewesen wären, verbreitet. Das Thema Gründächer oder der Umgang mit dem Wasser, dabei haben sie dem Bürger den Wunsch nach einem Landschaftserleben mit Wasser genommen haben. Das geht alles auf die Kappe des BUND.

Jetzt ist der Geschäftsführer des BUND auch noch der Koordinator des EPP. Er muss das Verfahren moderieren und stellt fest, was das alles für Initiativ-Wirren waren. Was da so raus kommt, ist noch ungewiss.. Nach Erkenntnislage der Prozesssteuerer wird es nicht viel sein.

- d) *Seit wann oder wodurch zeigte sich der erste Widerstand/Protest/Ablehnung der Planung zum Tempelhofer Feld? e) War der geplante Bau des Wasserbeckens / Landform und die Klage des BUND während des laufenden Volksbegehrens ein Zugpferd der Ablehnung?*

Schon bei den Baumpflanzungen gab es Protest, das kann ich (mir) nicht erklären.

Wenn man eine Wasserlandschaft nach Besuchermonitoring überdeutlich prozentual in einem nachgewiesenen Querschnitt der Bevölkerung als Wunsch nachweist, dann mit der Umsetzung anfängt und dafür eine Baufläche absticht, in der das Loch gegraben werden soll, in dem das Regenwasser aufgefangen werden soll, dann ist das eine zwangsläufige Folge der Umsetzung des Wunsches.

Es ist ja auch noch nicht mal richtig was passiert. Es wurde nur der Schaustellen Container aufgestellt, um über das, was in den nächsten Wochen passiert, zu informieren und die Kommunikation auf das Wasserbecken zu verstärken. Dann wurde da mit Zahlen von Millionen hantiert ohne wirklich mal aufzugreifen, was hinter dieser Planung für eine Motivation lag. Da steckte ein Umweltprogramm hinter. Der Staat, das Land, wir zahlen jedes Jahr viele hunderttausend Euro Einleitungsgebühr. Dieses Wasser fließt in den Landwehrkanal und überfordert diesen. Ein Regenrückhaltebecken, was wir den Bezirken als Sportflächen quasi als Gabe geben wollten, ist jetzt mit dem ThF-Gesetz alles Geschichte.

Weil man (BUND/Initiative/Bürger) kategorisch und konsequent *NICHTS* wollte. Eine gewisse Beratungsresistenz bestand, da man die Informationen gar nicht an sich heranließ.

An Wochenenden, in Werkstattgesprächen und Offenen Türen außerhalb der großen Runden kamen auch mal Leute, die Fragen gestellt haben und gesagt haben: Ach tiefer sind die Flächen der Bebauung gar nicht, soviel wie zwei Fußballfelder, ist ja gar nicht soviel. Eine Vorstellung von der Maßstäblichkeit auf dem Feld zu bekommen ist sehr schwer. Die Wahrnehmung der Größe des Feldes allein vom Blick her stehend auf dem Boden des Feldes ist begrenzt. Beispielsweise die Perspektive vom Dach bietet da mehr. Im Zuge der fortschreitenden Planung hätten wir (Tempelhof Projekt GmbH) diese Visualisierungen möglich machen müssen. Auch um mehr verständlich zu machen, was nehme ich (Bürger) denn wahr, wenn vom Tempelhofer Damm 200m tief eine Bebauung entsteht.

- f) *Wie war die Reaktion auf die Bildung der Initiative 100% Tempelhofer Feld? g) Wie konnte die Initiative „100% Tempelhofer Feld“ ihrer Meinung nach den Volksentscheid gewinnen?*

Die Reaktion der Senatsverwaltung auf die Initiative war flach bis gar nicht vorhanden. Wir (Tempelhof Projekt GmbH) haben oft versucht durchzustellen: lasst das, was die da kommunizieren, nicht im Vakuum-Raum stehen, gebt mal einen offiziellen Kommentar ab und sagt: wofür es diese Umsetzung der Planung braucht. Das viele Aussagen, die da in die Öffentlichkeit getragen wurden, falsch sind. Die Senatsverwaltung hat geglaubt das läuft sich tot, das glaubt doch kein Mensch. Das war in der Wahrnehmung falsch.

3. Der Volksentscheid

- a) *War der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld eine „unausweichliche“ Folge der Vorgehensweise bei der Beteiligung im Planungsprozess?*

In den vielen Stufen, die ein Volksbegehren durchläuft, mussten wir früh anfangen zu überlegen (da wir mit Steuergeld hantieren) und reflektieren, können wir das noch Verantworten, wenn im nächsten Jahr ein Volksentscheid kommt?. Es lief immer mit, wurde aber erst im Januar nach dem deutlichen Ergebnis des Volksbegehren langsam von der Senatsverwaltung ernster genommen. Trotzdem wurde immer gedacht das Quorum schaffen Sie (Initiative/BUND/Bürger) nicht. In den umliegenden Bezirken vielleicht. schon, aber Berlin weit nicht.

Da wurden wir belehrt. Das es dann zu dieser Summe der Stimmen kam, war eine Melange aus ganz vielen Dingen.

Wenn man die Stimmen heute nochmal auszählen würde, wäre das Ergebnis ein anderes. Die Landeswahlleiterinnen hat alle Stimmen gelten lassen, sie hat nicht in den Geburtsregistern überprüft, ob die Menschen drei Monate in Berlin gemeldet waren, denn nur dann sind sie Wahlberechtigte und ob sie alle im Wahlberechtigtenalter waren. Ist das denn sorgsam sortiert, wer hier ein Wahlberechtigter ist oder vielleicht nur ein Tourist? Es wurden ja nicht nur auf dem Feld Unterschriften gesammelt, sondern auch in der U-Bahn. Damit wurde eine Art Gruppenzwang ausgelöst, indem gefragt wurde: *Wenn Ihnen das Tempelhofer Feld lieb ist, dann unterschreiben Sie mal hier.* Es wurde nicht gefragt: *Sind sie Berliner?, Wohnen Sie hier schon drei Monate?, Sind sie hier mindestens förmlich gemeldet?*, weil sonst dürfen Sie gar nicht teilnehmen. Wir haben auch Stichproben durch Mitarbeiter, die hier in den Kiezen wohnen, gemacht. Sie wussten teilweise, das wenn bei Ihnen jemand zu Besuch war, dass die sich auf diesen Listen eingetragen haben. Das zeigt ganz klar, es sind jede Menge Menschen auf diesen Listen vermerkt, die gar keine Wahlberechtigung haben. Dass man dem nie nachgegangen ist, das ist ein großes Versäumnis des Senats. Da sind hunderttausend Stimmen bei, die man nicht als gültig anerkennen kann. Die Mühe, das zu kontrollieren, hat sich nur keiner gemacht.

Dann kommt die Melange zu dieser Zeit mit der miesen Stimmung: *Die Senatsverwaltung kriegte Großprojekte nicht in den Griff - die verschleudern Geld - es entstehen in ganz Berlin nur noch Luxuswohnungen und jetzt in Tempelhof auch.* Das stimmte natürlich überhaupt nicht. Es ging um den Bau von Wohnungen durch die Wohnungsbaugesellschaft und die dürfen keinen Luxus bauen. Da passt das eine nicht zum anderen. Man wollte Wowereit abstrafen. Alle möglichen Themen waren dabei, das zeigt auch das Wahlergebnis: warum interessiert sich sonst ein Spandauer oder Hellersdorfer für diese Fläche, auf der er nie ist?

Wir (Berliner) glauben denen (Senat) nicht, die erzählen zwar die machen hier eine Randbebauung, aber eigentlich wollen die alles zu bauen. Die fangen jetzt mit dem Rand an und in zehn Jahren, ist alles zugebaut. Das war ein Vorwurf, den wir (Tempelhof Projekt GmbH) in den Infoveranstaltungen und offenen Räumen, bei denen uns (Tempelhof Projekt GmbH) die Dienstleister Reihenweise wegelaufen, weil die Aggression von Seiten der Bürger so groß waren, vermitteln wollten, das der Bebauungsplan ein gesetzmäßiger Plan ist und man da nicht einfach Morgen was ganz anderes machen kann. Das ist dann wieder ein Riesen-Verfahren, kostet viel Geld, dauert sehr lange und die Bürger sind immer zu hören. Das Feld eben mal zu bebauen, das geht nicht. Das hat nicht gereicht in der Kommunikation, es war in vielen Fällen nicht zu vermitteln. Dieses Misstrauen (der Bürger gegenüber dem Senat): *Die machen, was die wollen - ich glaub denen keinen Wort - ja, wenn Sie das so sagen, Sie arbeiten in deren Auftrag, Sie müssen das so sagen.* Wir (Tempelhof Projekt GmbH) sind als die Erfüllungsgehilfen des Senats behandelt worden, das waren schlimme Situationen. Beispiel: eines Sonntagsnachmittags im Mai in einem Infopoint: Ausspruch einer Bürgerin: *Ich möchte es jetzt mal loswerden: ich kann gar nicht soviel fressen, wie ich kotzen möchte, wenn ich diese Pläne hier sehe.*

Ähnliche Meinungsbilder und eine emotionale Aufgeladenheit gab es bei Vielen. Das kann man sachlich kaum noch abfangen.

Das Wahlergebnis, mit 70 Prozent der Stimmen gegen die Planung, war ein Schock. Einige haben es vorher gelassen gesehen. Wir wussten das Ergebnis wird nennenswert hoch, aber deutlich unter dem Quorum. Die Konsequenz ist, das wir alle arbeitslos geworden. Fern dessen, das wir vier hoch intensive Jahre mit dem Projekt hatten und viel dran gehängt habe, mehr gearbeitet haben als nötig, aber so ist das nun mal bei so einer Projektentwicklung. Da hängt viel Herzblut

dran, die Konsequenz ist für jeden verschieden, immer sehr tragweit. Die Senatsverwaltung und die Staatssekretäre waren fassungslos und wortlos während der Hochrechnung als bereits die Quoten in den Außenbezirken (Hellersdorf, Spandau, Lichtenberg) unglaublich hoch waren. Da war das Quorum schon erreicht, als Kreuzberg noch gar nicht aufgerufen war.

[Volksentscheid als direkt demokratische Instrument oder besser verhindern und früher Lösung finden?]

b) *Oder hätte mit anderen Mitteln früher eine Lösung gefunden werden können?*

bb) *Wenn ja, welche? Polarisierung in der Abstimmung?]*

4. Ausblick

a) *Welche Lehren lassen sich aus dem Volksentscheid zum Tempelhofer Feld für die Kommunikation und Beteiligung in Planungsprozessen ziehen?*

Wenn man Menschen etwas gibt und es ihnen hinter her wieder wegnehmen will, dann ist das sehr schwer. Das bekommt man kaum argumentiert.

b) *Empfehlungen für die Zukunft?*

Eine Öffnung des Flughafens wie sie bei Tempelhof erfolgt ist, wird es bei Tegel so nicht wieder geben. Daraus hat die Politik gelernt, da wird dann direkt die Planung ansetzen. In Tempelhof musste man öffnen, die Bürger sind ja den Zaun eingerannt. Wenn man aber damals schon eine Planung gehabt hätte, hätte man einen Bereich für die Bebauung vorhalten können. Um zu zeigen das drinnen bleibt dauerhaft, nur der Rest wird verändert. Dann wären viele Sachen ganz anders gelaufen und gar nicht so ins Bewusstsein gerückt. Man hätte die Archäologie sondiert und Altlasten beseitigt. Hier wurde jeder Schritt beäugt. Alles an die Hand und alles frei zu geben war taktisch falsch. Wie es genau anders (ohne den Volksentscheid) gelaufen wäre weiß keiner.

c) *Was denken Sie über die (rechtliche) Wirkung des Volksentscheides zum Tempelhofer Feld? Kann es in Zukunft eine neue Planung für das Tempelhofer Feld mit Bebauung geben?*

Interview von Herr Müller aus der taz vom 12. Mai 2015. . Da sagt es der regierende Bürgermeister verdammt zahm. Da steckt ein viel deutlicheres Meinungsbild hinter. Er sagt das Thema kommt wieder auf uns zu, es ist nur die Frage wann? und wer greift es auf?. Er wird sich nicht im Rahmen der Legislatur die Finger verbrennen. Dann wird er unglaubwürdig, das kann er nicht.

Das Thema muss wahrscheinlich aus der Bürgerschaft kommen. Die Senatsverwaltung muss ihre internen Dinge in die Öffentlichkeit bringen. Die Menschen haben gar keine Chance zu wissen, was alles intern passiert. Es wird jeder größere Standort, bei dem das Land Berlin Eigentümer ist und wo sie direkt handeln kann, geprüft, ob man dort Wohnungen bauen kann. Dabei kommt heraus es gibt nur sehr kleine Standorte. Zwei größere Standorte, die Buckauer Felder im Süden (ca. 15 ha) und die Elisabeth Aue (ca. 70 ha) in Pankow, sind jetzt schon öfter in der Presse gewesen. Das sind mal größere Flächen, die aufgrund von Landschaftsschutz nicht komplett bebaubar sind, die aber im Zusammenhang existieren. Alle anderen Flächen eignen sich nicht. Dazu betreibt der BUND eine Verunglimpfung mit Zahlen von ca. zehneinhalb tausend Wohnungen würden durch Nachverdichtung entstehen. Da wird plakativ für eine Dachaufstockung von Supermärkten geworben. Das sind Privatbauten, da kann man nur ein Rechenmodell machen. Das wäre Ameisenverkehr, bei jedem Eigentümer zu klingeln und zu fragen: Sind Sie bereit noch zwei Stockwerke drauf zusetzen. Da kann nicht steuernd eingegriffen werden. Da wird ein falsches Meinungsbild erzeugt. Nur wenn die Bodenordnung geklärt ist und die Verfügungsberechtigung über Flächen da ist, dann kann ich damit etwas machen. In einer Eigentümerstruktur können nur Anreize zum Bauen durch Förderung oder Ähnliches geschaffen werden, es kann nichts direkt getan werden. Wenn dieses Thema: Wo haben wir in Berlin noch Flächen? so weiter geht, dann kommt das Tempelhofer Feld wieder als Thema. Das Land hat diese Fläche mal gekauft vom Bund und das Mähen, die Müllbeseitigung usw. kostet jedes Jahr weiterhin viel Geld.

ccc) *Wenn ja, ab wann?*

Der Wohnungsmangel in Berlin war schon lange Thema wurde aber nicht Ernst genommen. Die demografische Veränderung ist zusehen, die Haushalte werden immer kleiner, es werden immer mehr Haushalte. Die Menschen wohnen in größeren Wohnungen mit weniger Menschen. Das sind altbekannte Trends, die schon lange laufen. Die wurden schon immer im höheren Segment der Privatinvestoren bedient. In dem ganzen Segment, in dem in Berlin die massiven Zuzüge stattfinden, jung dynamisch kleine Wohnungen, Wg's wenig Geld Finanzmittelstärke. Dazu kommt wir haben in Berlin die höchste Sozialhilfeempfängerquote in Deutschland, weit abgeschlagen von Bremen. Das Thema Wohnungsfürsorge ist in dieser Stadt lange Zeit nicht bedient wurden. Jetzt gibt es eine angeheizte Stimmung. Viele dieser Leute machen eine schlechte Stimmung. Richtige Wohnungsnot besteht Beispielsweise in Köln und München. Dort leben viele Menschen in Mobil-Homes, weil es kein Wohnraum gibt, bzw. der der noch vorhanden ist viel zu teuer ist.

In Berlin gab es noch vor vier Jahren in Rollbergviertel Nord-Neukölln viele leerstehende Wohnungen, weil der Kiez nicht Schick genug war. Es hat sich nach der Flughafenaufgabe stark verändert. Jetzt ist es hip, dort kommt viel von unten und es ist alles noch nicht so teuer. Der Motor dafür war nicht, weil dort jemand Luxuswohnungen auf dem Tempelhofer Feld geplant hat, sondern weil der Flugbetrieb aufgehört hat. Die gleiche Aufwertung: klarer Luftraum, kein Dreck und mehr Ruhe passierte auch im ehemaligen Fliegerviertel in Tempelhof. .

[d) *Hätte das Tempelhofer Feld nicht im Sinne des nachhaltigen Städtebaus bebaut werden müssen? e) Kann es sich Berlin leisten, diese Fläche unbebaut zu lassen?*]

Es ist eher die Frage: Wie lange will es sich Berlin (Senat oder Bürger) leisten? Vielleicht werden es die Bürger irgendwann mal erkennen. Der Senat muss kommunizieren, was sie alles für Anstrengungen unternehmen um raus zu filtern, wo können wir denn überhaupt noch bauen und das Ergebnis muss man mal kommunizieren und sagen wir haben eigentlich keine Fläche.

zur Rolle von Tempelhof Projekt Projektträgergesellschaft vom Land Berlin beauftragt für die Entwicklung und den Betrieb des Flughafens. Die Entwicklung der Fläche des Tempelhofer Feldes ist seit dem Volksentscheid Vergangenheit . Die Politik will wieder gewählt werden, in diesem Spagat sitzen wir als Entwickler, wenn wir in deren Auftrag tätig sind. Die Politik gibt uns an, was wir machen dürfen. Wir sind aus dem Projekt heraus viel fordernder gewesen und haben gesagt: das Projekt braucht für die Umsetzung dieses und jenes. Die politische Riege der Senatsverwaltung, nicht die agierende Verwaltung, ist fraktionsgetrieben. Die haben ein Meinungsbild aus der Fraktion umzusetzen. Das ist nicht mit jedem Einzelnen gleich zusetzten, der Beispielsweise Staatssekretär ist. Aber sie müssen mehrheitlich dem parteilichen Zusammenhang folgen. Da duckt man sich vielleicht schon mal weg und da muss man nicht in der tosenden Brandung aushalten, das kostet vielleicht auch Wählerstimmen. Das muss man immer mitbedenken, das Wahlbeamte i.d.R. keinen Spaß dran haben eine Quittung für irgendwas zu kriegen.

Interview demokratische Initiative 100% Tempelhofer Feld, Vorstand Frau Y. (21.05.2015 20:00 Uhr)

1. Anfänge der Planung zum Tempelhofer Feld

- a) *War die Planung bzw. dass etwas geplant wird bereits entschieden, bevor beteiligt wurde? Sodass, Flexibilität und Kreativität im weiteren Planungsprozess eingeschränkt?*

Die Informationsveranstaltungen zum und vorm Masterplan, waren bestenfalls gute Informationsveranstaltungen, man hatte das Gefühl, man selbst bzw. das von einem Gesagte wurde nicht richtig Ernst genommen. Es erschien immer sehr kostspielig, oft gab es Getränke und Häppchen. Es wurde alles sehr professionell gemacht mit „tollen“ Broschüren und Pinnwänden. Auch Herr Müller und Frau Lüscher waren anwesend. Bei den Fragen, die gestellt wurden, stand nie das Ganze zur Disposition. Es ging nicht um das *OB*, sondern nur um das *WIE*! Aber diese ganze Prominenz und dieser ganze Aufwand hat sich einen eher ärgern lassen, weil man gedacht hat *für wie bescheuert halten die einen?*

Ein Beispiel: da hat mal jemand von den Anwohnern nach den Parkplätzen und der Verkehrssituation gefragt, da es hier zu Stoßzeiten immer Stau von der Autobahnabfahrt bis zum Platz der Luftbrücke gibt. Es sollte wohl eine Parallelstraße zum Tempelhofer Damm geben, die dann aber an der S-Bahn-Station und am Platz der Luftbrücke wieder in den Tempelhofer Damm einmünden hätte müssen. Das Verkehrsthema wurde nie wirklich beantwortet. Eine Antwort aus der Senatsverwaltung war tatsächlich ein mal *wir sind doch alle umweltbewusst und Grün, im besten Fall hat keiner der auf das Feld zieht ein Auto*. Bei solch einer Antwort, fühlt man sich nicht ernst genommen. Klar wär es gut, wenn wir weniger Autos hätten, aber den Leuten, die aufs Feld ziehen, können Sie doch nicht vorschreiben kein Auto zu besitzen. Das kann nicht ihr Ernst sein.

- b) *Die IGA 2017 sollte auf dem Tempelhofer Feld stattfinden. Wurde sie nach Marzahn verlegt, da das Tempelhofer Feld bereits von den BürgerInnen angenommen bzw. „besetzt“ war?*

Vermutungen

Die Intervention der Grünen hat eine starke Rolle gespielt und eine Kostenrechnung, in der klar wurde, dass die IGA auf dem Feld sehr teuer gewesen wäre.

Zu dem Zeitpunkt war die Beliebtheit des Feldes in seiner jetzigen Form noch nicht im Bewusstsein der regierenden Politiker angekommen. Für die Berlinerinnen und Berliner ist das wohl der entscheidende Punkt, der wohl damals noch nicht entscheidend gewesen sein wird. Das Feld ist ein Mehrwert für Berlin, ein Freiraum, wo man Denken kann, wo man Sachen entwickeln kann und wo ganz viel so passiert. Ein Designerpark und eine Umgestaltung sind hier nicht das, was den Vorteil bringt, sondern den Nachteil.

2. Beteiligung und Kommunikation während des Planungsprozesses

- a) *Wie sieht eurer Meinung nach eine gute Beteiligung bei solch einem Großprojekt aus? Welche Faktoren können ein Beteiligungsverfahren begünstigen? Was zeichnet eine schlechte Beteiligung oder das Misslingen einer Beteiligung aus? Warum lief es so?*

Bürgerbeteiligung und Gestalten einer Stadt kann nicht an den Bürgern vorbei passieren, man braucht ein gewisses Ortskenntnis (Geschichte, Sozialisation, usw.) und muss den Bürgern zuhören. Ein Beispiel für Unkenntnis über Berlin ist das S-Bahnring-Argument. Ein Argument, warum man gerade das Tempelhofer Feld bebauen will war, dass das Feld innerhalb des S-Bahnringes liegt. Aber der S-Bahnring ist nicht in allen Stadtteilen die entscheidende Größe, ob man zentral wohnt oder nicht. Wenn die Stadtplanung das so sieht, dann geht das an den Berlinern vorbei. Es gibt in Tempelhof noch freie Flächen, was passiert auf dem Industriegebiet? Wenn Sie hier Gewerbe- und Industrie bauen wollen, können Sie sich nicht erst mal um die Gebiete 200m weiter kümmern. Antwort dazu *Außerhalb des S-Bahnringes zu wohnen, kann man ja nun wirklich keinem zumuten*.

In Tempelhof ist der Einschnitt vielleicht eher das Ende der U-Bahnlinie 6. Anderes Beispiel ist das Rathaus Steglitz, es liegt außerhalb des S-Bahnringes und ist zentral. In Wedding und Reinickendorf hingegen gibt es S-Bahn-Stationen der Ringbahn, die man als nicht so zentral einordnen würde.

Der Fehler lag nicht an bzw. bei den namhaften Büros. Geld und Fachkompetenz sind nicht alles. Es geht in erster Linie um die Haltung, man muss auch wirklich interessiert sein. Wenn ich den Büros vorgebe wir bebauen und jetzt können Sie mal das und das erheben, wird das nichts. Beispiel Kostenschätzung zum volkswirtschaftlichen Schaden, den das Volksbegehren anrichten wird, das wurde alles ordentlich und professionell durch geführt. Aber, dass der Wert, den man als Bürger empfindet, am Preis des BVG-Tickets gemessen wird, ist nicht deren Ernst?!

Für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung muss es auch um das OB gehen! Offenheit und Transparenz fehlten und fehlen. Es ist immer noch unklar, wie die Gebäude- und Nutzungsverträge auf dem Feld vergeben werden.

- c) *Gab es Probleme / Schwierigkeiten / Hindernisse in der Kommunikation unter den einzelnen Akteuren während des Planungsprozesses? Wenn ja, welche?*

Probleme, Schwierigkeiten und Hindernisse gab es zwischen allen Akteuren.

- d) *Seit wann oder wodurch zeigte sich der erste Widerstand/Protest/Ablehnung der Planung zum Tempelhofer Feld? [e) War der geplante Bau des Wasserbeckens / Landform und die Klage des BUND während des laufenden Volksbegehrens ein Zugpferd der Ablehnung?]*

Der erste Widerstand/Protest/Ablehnung der Planung zum Tempelhofer Feld entstand vielleicht mit dem Volksentscheid zum Flugbetrieb des Tempelhofer Feldes 2008 und der Squat-Bewegung, dem ersten formierten Widerstand, der die Zäune stürmte und zur Öffnung des Feldes drängte.

- f) *Wie war die Reaktion auf die Bildung der Initiative 100% Tempelhofer Feld?*

Politisch gab es kaum eine Reaktion. Die Politik hat die Bürgerinitiative erst spät Ernst genommen. An einem Montag mussten Unterschriften eingereicht werden und am Freitag vorher wurde noch gesagt *es ist völlig ausgeschlossen, dass das Quorum erreicht wird*. Dabei lagen dann am Montag Abend weit über 180.000 Unterschriften vor.

- g) *Wie konnte die Initiative „100% Tempelhofer Feld“ ihrer Meinung nach den Volksentscheid gewinnen?*

Die Einzigartigkeit des Feldes war entscheidend. Es gibt ganz viele weitere Faktoren.

Bei der Beantwortung der Frage, muss man vorsichtig sein - es ist spekulativ. Das Einzige, was man weiß ist, dass bis zum 25. Mai 2014 739.000 Stimmen für „Ja“ waren. Alles was daraus abgeleitet wird, ist Spekulation. Es ist nicht, wie bei einer Abgeordnetenhauswahl, bei der man eine Partei wählt und dann sagt *die hat man gewählt, weil die andere sich so daneben benimmt*. Es war wirklich eine Sachfrage und da kann man sich aus verschiedenen Gründen für „Ja“ oder „Nein“ entscheiden. Die Sachfrage war *Möchte man, dass das Feld so erhalten bleibt oder nicht?* Das ist das Wichtigste bei dieser Frage, also anscheinend war das Feld entscheidend. Natürlich hat auch ein Bisschen mit rein gespielt, dass man nicht noch ein Großbauprojekt und diese Landeszentralbibliothek wollte.

Vor allem aber die Entwicklung des Feldes, innerhalb von fünf Jahren, zum meistbesuchten Park Berlins mit zehnmal so vielen Besuchern wie der Tiergarten (gerne vergleicht wegen der Größe). Die Berliner finden das Tempelhofer Feld einfach toll - die Kreativität und die Weite der Fläche.

Es sind regional und altersstrukturell verschiedene Gründe der Berliner zur Erhaltung des Feldes. Ältere Leute finden beispielsweise den geschichtlichen Aspekt des Feldes sehr wichtig, junge Leute kommen zum Sport, Familien zum Grillen, Hundebesitzer, Biologen usw. Es gibt viel Platz für alle. In der gesamten Stadt gab es unterschiedliche Gründe, in Tempelhof, Neukölln und Kreuzberg ist es die Freizeitfläche überhaupt. Aber die Besucherzahlen des Feldes werden nicht nur durch die Anwohner der umliegenden Bezirke erreicht. Durch die gute Erreichbarkeit des Feldes mit der Ringbahn, der U6 und der U8 kommen viele Leute her. Der Artikel *Der Platz der Rekorde* von der BZ zeigt auf, was alles auf dem Feld geht, das ist charakteristisch für das Feld. Hier sind Sachen möglich, für die sonst kein Platz ist, Ideen auf die man erst mal kommen muss.

Die generelle Stimmung in Berlin zeigt auch, dass man nicht noch mehr Luxuswohnungen, sondern Lebensqualität braucht. Letztere drückt sich in echtem bezahlbaren Wohnraum aus, der wird aber nicht durch Neubau geschaffen. Da müssten andere Dinge, wie beispielsweise der Mietenvolksentscheid geschaffen werden. Da gäbe es viele andere Methoden, z. B. Forderungen Mietenvolksentscheid. Die Lebensqualität hängt auch mit Freizeitflächen zusammen. Viele Berliner sind nicht

so reich, dass sie sich immer einen großen Urlaub leisten können. Ich habe schon öfter gehört, dass viele Leute sagen, *wenn man von der Neuköllner Seite auf das Feld kommt fühlt es sich wie am Meer an, durch die Weite und den Wind.*

3. Der Volksentscheid

- a) *War der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld eine „unausweichliche“ Folge der Vorgehensweise bei der Beteiligung im Planungsprozess?*

Der Volksentscheid war ausweichlich, man hätte sich auch für eine andere Form des Widerspruchs, der Mitgestaltung und des Protest entscheiden können. Dass es aber Protest, den Wunsch nach echter Beteiligung geben wird, das war bei diesem Vorlauf unausweichlich.

- b) *Volksentscheid als direkt demokratische Instrument oder besser verhindern und früher Lösung finden?*

Klar, am besten ist es, wenn die Bürger so beteiligt werden und auf ihre Interessen so gehört wird, dass Volksentscheide nicht nötig sind. "Besser verhindern" geht also in eine falsche Richtung. Volksentscheide sind eine tolle Möglichkeit losgelöst vom Parteiensystem über Sachfragen zu sprechen und abzustimmen, hier geht mal nicht um Personen.

4. Ausblick

- a) *Welche Lehren lassen sich aus dem Volksentscheid zum Tempelhofer Feld für die Kommunikation und Beteiligung in Planungsprozessen ziehen?*

Wenn kein Umdenken der Politik stattfindet und sich nichts ändert, dann wird das wieder zu Protesten führen. Es gab viele Leute, die gesagt haben: *„unterschreiben bringt nichts, das verändert sowieso nichts“*. Es gab auch Leute, die nach dem Volksentscheid E-Mails geschrieben haben oder angerufen haben und gesagt haben: *„wir danken euch, ihr habt uns den Glauben an die Demokratie wiedergegeben und daran, dass sich der Einsatz lohnt.“*

Es wird immer gesagt: *„warum geht keiner zur Wahl? warum engagieren sich die Leute nicht?“*

Wenn tatsächlich wieder die Bebauung des Feldes als Option genannt wird, dann ist das für viele Leute eine totale Absage an die BürgerInnen. Über 730.000 Berlin haben sich klar in der Frage positioniert: Das Feld soll unbebaut bleiben!

Dazu kommt das Interview von Müller im Tagesspiegel, indem er vor Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie gewarnt hat. Zwischen den Zeilen las es sich wie, haltet euch aus unserem Revier fern, das ist was, das wir machen - geht zur Wahl das reicht.

- b) *Empfehlungen für die Zukunft?*

Das Ärgerliche ist, das kein Umdenken stattgefunden hat. Man muss Zuhören und die Berliner Ernst nehmen. In den Umfragen zu den Olympischen Spielen ergab sich ein Meinungsbild von 50:50. Aber der Senat startet eine Kampagne mit *Wir wollen die Spiele*. Das ist wieder diese Rhetorik von oben. Anstatt, dass man versucht die Leute inhaltlich fundiert zu überzeugen, wird auf Slogans gesetzt. Es gab ja noch keine Mehrheit dafür oder dagegen. Es ist interessant mit welcher Strategie man da agiert. Vor allem auch mit welchen Geldern. Die Olympia-Kampagne hat gezeigt, dass sich nichts verändert hat.

An dem mangelnden Interesse an der Meinung der Berliner hat sich nichts gebessert, aber das muss sich in Zukunft bessern.

- c) *Was denken Sie über die (rechtliche) Wirkung des Volksentscheides zum Tempelhofer Feld?*

Eigentlich ist diese Frage an sich eine Unverschämtheit!

Wird diese Frage gestellt, zeigt es, dass der Bürgerwille nicht Ernst genommen wird. 739.000 Berliner haben gesagt, sie möchten, dass das Feld unbebaut bleibt oder als Freizeit- und Erholungsfläche geschützt wird. Wir hatten eine sehr große Bürgerbeteiligung bei der Wahl/Abstimmung.

Ein Gesetz hat keine Gültigkeit. Mit entsprechenden Mehrheiten kann ein Gesetz geändert werden. Aber man fragt ja auch nicht Herr Müller *wann wollen sie die Berliner Verfassung ändern?* oder *wann wird das Grundgesetz geändert?*. Natürlich kann das passieren, aber wenn man ein Gesetz beschließt, dann beschließt man es nicht um es zu ändern, sondern, weil man es für gut hält.

Alle anderen Gesetze sind nicht von Bürgern entschieden. Die große Koalition hat nicht viel mehr Stimmen als das ThF-Gesetz. Das zeigt mal wieder, das nicht Ernst genommen wird, was hier vor einem Jahr passiert ist.

cc) *Kann es in Zukunft eine neue Planung für das Tempelhofer Feld mit Bebauung geben?*

Wenn man sich an die Vorgabe des Volksentscheids hält, dann nicht. Aber Berlin ist aus Sicht der Investoren anders als aus Sicht der Berliner.

ccc) *Wenn ja, ab wann?*

Gar nicht! Dass Herr Müller das anders sieht, zeigen seine letzten Interviews.

Onlineverfahren Im Onlineverfahren, das nach dem Volksentscheid stattgefunden hat, gab es Kommentare: *der Volksentscheid ist vorbei, was jetzt? Jetzt will eben doch keiner was sagen und keiner hat eine Idee*. Dabei hat die wichtigste Bürgerbeteiligungsartikulation schon stattgefunden. Bei der Wahl hat die Bürgerbeteiligung funktioniert. Alle haben gesagt, was sie wollen: *lasst es wie es ist*. Das Gesetz scheint so nicht wahrgenommen werden zu wollen.

Bei dem Onlineverfahren sieht man auch, wie Dinge schon wieder instrumentalisiert werden. Wie man die Bürgerbeteiligung jetzt und das Onlineverfahren wertet, da gehen die Meinungen bei uns (Initiative) weit auseinander. Egal, ob man denkt: das ist alles nur Fake und deswegen halt ich mich da raus. Oder ob man sagt, wir haben keine andere Möglichkeit, ich versuch das, ich mach da mit. So wie es jetzt beispielsweise von Geißel dargestellt wurde mit der Überschrift *Beim Volksentscheid 739.000 Stimmen und jetzt schlagen sich die Bürger in die Büsche*, so ist es auf keinen Fall. Bei den Zahlen, die da gebracht werden 700.000 Leute stimmen mit „Ja“ und es gibt nur ein paar hundert Vorschläge fürs Feld. Wenn aber im Online-Forum ein Vorschlag *Alles soll so bleiben* oder *mehr Bäume und Bänke* so und so viel Klicks hat und man das nicht noch einmal als Vorschlag einbringt, dann ist klar das man dafür gestimmt hat. Die Zahlen dazu werden nicht genannt.

Das ist von der statistischen Auswertung her sehr fragwürdig. Denn man kann nicht sagen *nur wer einen Vorschlag einbringt, hat sich beteiligt*. Es waren wesentlich mehr Leute, die da geklickt haben. Egal wie Ernst dieses Bürgerbeteiligungsverfahren zu nehmen ist, wird an dieser Stelle schon wieder deutlich, was manche Politiker versuchen daraus zu machen. Nämlich es zu bagatellisieren und zu sagen, das hat nicht funktioniert - die wollen gar nicht und dann müssen wir selbst was machen.

Dass, das Feld einfach als Park respektiert wird und so gelassen werden könnte, scheint von diesen Leuten nicht wahrgenommen zu werden. Die Besucherzahlen nehmen zu, die Leute kommen gerne her und das ist eine Entwicklung, die wichtig für die Zukunft des Feldes ist. Das Schöne am Feld ist ja eigentlich, das viele Sachen und Ideen direkt vor Ort entstehen. Wie beispielsweise unsere Aktion *Die Feldfinder*, eine Aktion für Kinder um ihnen das Feld näher zu bringen.

Bürgergutachten Es gab ja vor dem Volksentscheid, dieses Bürgergutachten, bei dem 50 Leute ausgewählt wurden. Von denen haben sich Einige vorher an uns gewandt und wollten sich vorbereiten. Dafür hat man ja auch freibekommen auf der Arbeit und so, da wurden keine Kosten gescheut. Im Nachhinein waren auch Einige sehr gut informiert und wollten mit uns in Kontakt bleiben. Da haben wir uns mal getroffen. Die Leute haben zum Teil sehr gute Informationen bekommen, die einem vorher so nicht aufgefallen sind. Beispielsweise, das man hier auf der Seite (Tempelhofer Damm) 3-4 Hochpunktoptionen (bis 60m Bebauung) hatte. Das war einem so nicht bewusst, es wurde immer gesagt, das die Grundfläche gar nicht so hoch sein soll. Aber, wenn man vier Hochpunktoptionen mit 60m hat. Es gab auch da, wie bei den vorherigen Bürgerbeteiligungsveranstaltungen, Fragen am Ende jeder Seminareinheit bei denen es wieder mal nur um das WIE ging und nicht ums OB. Schade ist, dass es bei so einem aufwendigen, kostspieligen und über zwei Tage andauernden Bürgergutachten, das gleiche wie vorher zu sein scheint.

9 Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Alle Ausführungen, die fremden Quellen wörtlich oder sinngemäß entnommen wurden, sind kenntlich gemacht. Die Arbeit war in gleicher oder ähnlicher Form noch nicht Bestandteil einer Studien- oder Prüfungsleistung.

Neubrandenburg, 08. Juli 2015

Mareen Heppner